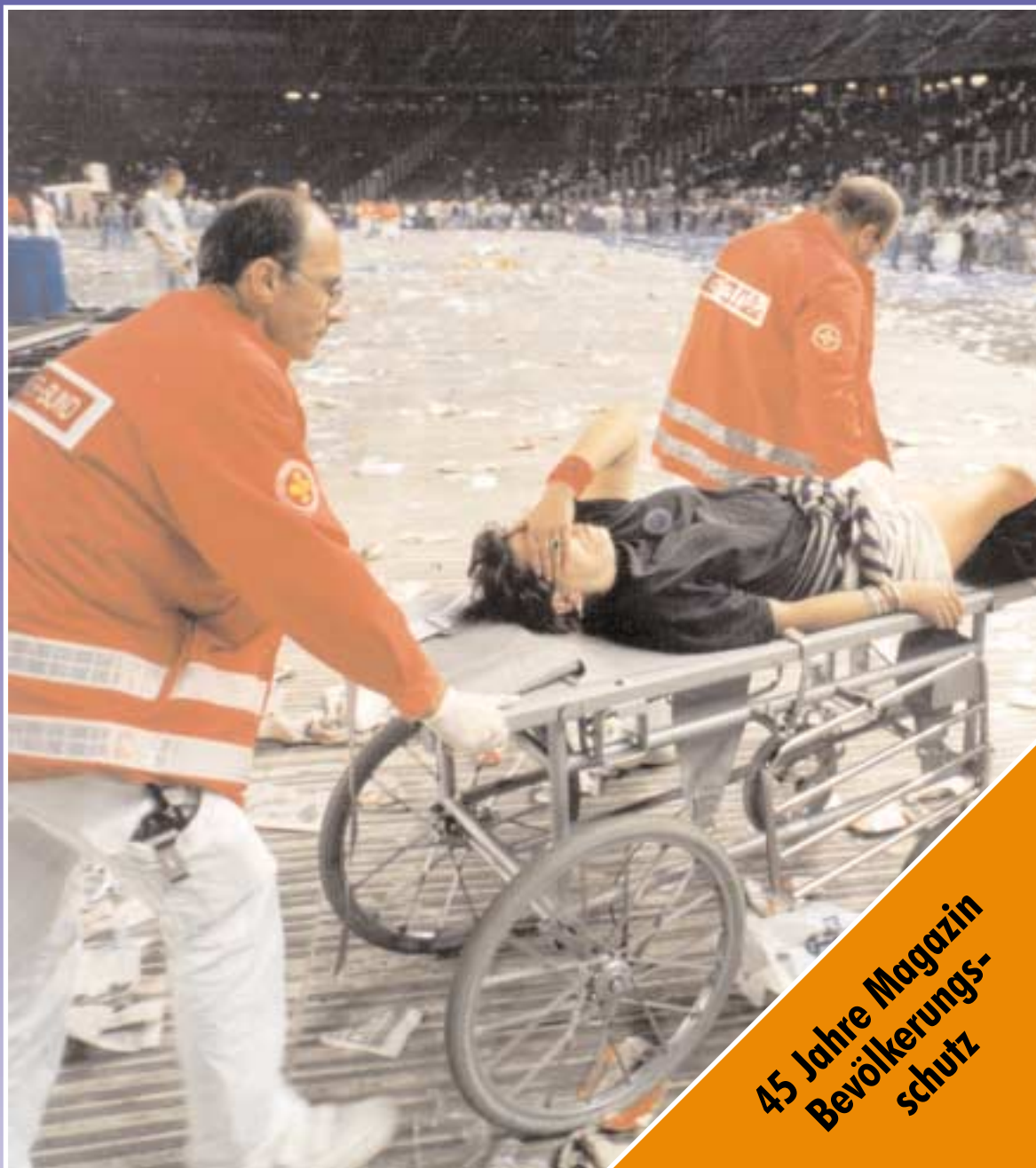


# Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und  
Katastrophenschutz



45 Jahre Magazin  
Bevölkerungs-  
schutz

2-01



**BUNDESVERWALTUNGSAMT**  
Zentralstelle für Zivilschutz





*Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,*

*das Jahr 2001 wurde bereits 1997 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Freiwilligen ausgerufen (vgl. Beitrag S. 16 in dieser Ausgabe). Am 05. Dezember 2000 fand in New York die Auftaktveranstaltung statt. Am gleichen Tag eröffnete Bundespräsident Rau den Reigen der deutschen Veranstaltungen mit einer Feierstunde in Bonn.*

*Freiwilliges Engagement findet in Deutschland in allen Bereichen statt. Viele Aktivitäten werden dadurch erst machbar, denn die Ehrenamtlichen müssen nicht zu Marktpreisen entlohnt werden.*

*Bei Wehrdienstverweigerung und im Zivil-/Katastrophenschutz gibt es für Wehrpflichtige gesetzliche Anreize, sich zu einer freiwilligen Mitarbeit für elf Monate Vollzeit (Zivildienst) bzw. sieben Jahre ehrenamtlich (Zivil-/Katastrophenschutz) zu verpflichten: Im Gegenzug entfällt die Verpflichtung, Grundwehrdienst zu leisten. Die Verpflichtungszeit verkürzt sich, wenn sich die Zeit des Grundwehrdienstes verkürzt.*

*Würde die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft, würde der genannte Anreiz für Zivildienstleistende und ZS-/KatS-Helfer ganz wegfallen. Es darf bezweifelt werden, daß sich dann ebenso viele „Freiwillige“ in beiden Bereichen verpflichten würden wie bisher. Die Auswirkungen könnten erheblich sein: Zur Zeit gibt es 190.000 Plätze für Zivildienstleistende und 182.500 für freizustellende ZS-/KatS-Helfer, die jedoch bei weitem nicht voll besetzt sind. Die Problematik wird uns noch oft beschäftigen.*

*Noch ein Hinweis in eigener Sache: Wir bieten weiterhin die Möglichkeit zum Abdruck von Leserbriefen.*

*Ihr Hans-Walter Roth*

## Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz ..... **2**

## Politik und Gesellschaft

**Von der Illustrierten zum Magazin**  
30 Jahre Magazin und seine Vorgeschichte ..... **4**

**25.000 Türen im Berg**  
Aachener Photograph dokumentiert den  
„Ausweichsitz der Verfassungsorgane des Bundes“ ..... **7**

**Dienststelle Marienthal**  
Beschreibung eines außergewöhnlichen Bauwerkes ..... **9**



Farbtupfer in der grauen Bunkerwelt: Sitzgruppe aus dem Arbeitszimmer des Bundespräsidenten in der Dienststelle Marienthal. (Foto: Schramm)

# INHALT 2-2001

## Aus der Praxis

<b>30 Jahre Rettungshubschrauber „Christoph 3“ in Köln</b> Eine bewährte Einrichtung feiert Jubiläum .....	11
<b>Das Ehrenamt in Deutschland</b> Bundesweite Erhebung zu einem aktuellen Thema .....	16
<b>Wem nutzen unsere Baunormen überhaupt noch?</b> Sicherheitsstandards in Diskotheken .....	18
<b>Psychoziale Notfallversorgung in Deutschland</b> Stress im Katastrophenschutz .....	23
<b>Haben wir eine Krise der Krisenstäbe?</b> Stabsausbildung vonnöten .....	25



Mit einem in drei Jahrzehnten bewährten Rettungsmittel befasst sich unser Beitrag ab Seite 11. (Foto: Göbel)

## Technik und Wissenschaft

<b>Aus der Industrie</b> Aktuelle Produktinformationen .....	30
---	----

## Aus den Organisationen

<b>Arbeiter-Samariter-Bund</b> .....	34
<b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft</b>	36
<b>Deutscher Feuerwehrverband</b> .....	38
<b>Deutsches Rotes Kreuz</b> .....	39
<b>Johanniter-Unfall-Hilfe</b> .....	40
<b>Malteser Hilfsdienst</b> .....	41
<b>Technisches Hilfswerk</b> .....	43

## Rubriken

<b>Rundblick</b> .....	46
<b>Stellungnahmen</b> .....	51
<b>Für Sie gelesen</b> .....	52
<b>Kopfnuss</b> .....	55
<b>Termine</b> .....	56
<b>Zuletzt</b> .....	57

## Paul Claes im Ruhestand

Der Beitrag über die Geschichte dieses Magazins könnte im Titel eigentlich um den Zusatz „... davon 20 Jahre Paul Claes“ erweitert werden.

Da Paul Claes aber am 1. März 2001 seine „Redaktionsstube“ in Bonn-Bad Godesberg als Vor-Ruheständler ver-



20 Jahre lang der Arbeitsplatz von Paul Claes – die Redaktion des „Magazins“.

lassen hat, soll dies der Anlass sein, den Menschen Paul Claes und seinen Anteil an der Entwicklung dieser Zeitschrift zu würdigen.

Der echte „Kölsche Jung“ Claes erblickte, wie sollte es schon anders sein, an Karneval des Jahres 1943 im Schatten des Kölner Domes das etwas trübe Licht der damaligen Zeit.

Nach der Schulzeit in seiner Heimatstadt machte Paul Claes von 1957 bis 1960 eine Berufsausbildung als Schriftsetzer.

Mit den Besonderheiten des Journalismus infiziert wurde Claes in den Jahren, die er in der Redaktion einer Kölner Tageszeitung tätig war. Nichtsdestotrotz blieb er zunächst der „schwarzen Kunst“ treu und besuchte von 1972 bis 1974 die Fachschule für Drucktechnik. Der Drucktechniker Claes arbeitete dann bei einer Kölner Großdruckerei

und dem Kohlhammer-Verlag, einem Verlag der unter anderem auch Fachbücher und Dienstvorschriften für die Feuerwehren herausgibt.

Vor 20 Jahren, zu Karneval 1981, meldete sich Paul Claes zum Dienstantritt in den Redaktionsstuben, in denen monatlich das „Zivilschutz-Magazin“ im Auftrag des Bundesinnenministeriums herausgegeben wurde. Sein neuer Arbeitgeber war nun der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) in Köln.

1988 wechselte die Redaktion von Köln nach Bonn-Bad Godesberg, 1997 vom BVS zum Bundesamt für Zivilschutz (BZS) und Anfang dieses Jahres zum Bundesverwaltungsamt (BVA).

Beständig waren nur das Magazin und Paul Claes, der als Redakteur auch für das Layout der Fachzeitschrift zuständig war.

Die Zugehörigkeit zur Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln ist seit 1962 ein großes Hobby von Claes. Die fundierten Fachkenntnisse des ehrenamtlichen Hauptbrandmeisters und seine guten Beziehungen zum Deutschen Feuerwehrverband (DFV) hatten zur Folge, dass Paul Claes mehrmals dem Pressestab des DFV

anlässlich der Weltleitmesse für Katastrophenschutz „Inter-schutz“ in Hannover und Augsburg sowie den Deutschen Feuerwehrtagen in Friedrichshafen und Augsburg angehörte.

Da wäre noch seine Geburt an Karneval. Fast zwangsläufig ist Claes bei der Großen Karnevalsgesellschaft Rot-Weiß in Köln-Porz als ehrenamtlicher Geschäftsführer und Senator tätig.

Auch in diesem Jahr hatte Paul Claes am Rosenmontag Geburtstag und sein letzter Arbeitstag in der Redaktion des Bevölkerungsschutz-Magazins war der Aschermittwoch. Aus der Hand vom Vizepräsidenten des BVA, Giso Schütz, erhielt er seine Entlassungskunde.

In einem Schreiben, mit dem sich Paul Claes von den vielen Menschen die er kannte, verabschiedet hat, beantwortete er die Frage, wie es nun im Ruhestand weitergehen würde, auf seine kölsche Art: „Et kütt, wie et kütt un et hätt noch immer jootjeange.“

Dem Vorruheständler Paul Claes wünschen die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundesverwaltungsamt alles Gute.

Paul, „mach et joot“!



Seinen 60. Geburtstag feierte der Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Gerd Jürgen Henkel, gemeinsam mit vielen Gästen in der THW-Leitung in Bonn. Zu den zahlreichen Gratulanten gehörte auch der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Gerald Schäuble. Henkel würdigte Schäubles Besuch als sichtbares Zeichen, dass THW und Feuerwehr sich auf dem richtigen Weg guter Zusammenarbeit befinden. Als Modelleisenbahner freute sich Direktor Henkel über eine originalgetreue Nachbildung der THW-Jubiläumslöcher.  
v.r.n.l.: DFV-Präsident Gerald Schäuble, Gerd Jürgen Henkel, DFV-Bundesgeschäftsführer Herbert Becker.  
(Foto: Hilberath)

## Staatssekretärin Angelika Mertens zu Besuch bei den Seenotrettern

Zu einem Informationsbesuch bei den Seenotrettern fand sich Angelika Mertens, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, am 21. März 2001 in Bremen ein. Im Mittelpunkt des Treffens stand ein Gedankenaustausch mit Vorstand und Geschäftsführung der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS).



Die parlamentarische Staatssekretärin Angelika Mertens im Gespräch mit dem Vorsitzenden der DGzRS Hermann C. Helms.

„Die Rettungsfrauen und -männer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger haben seit ihrem Bestehen über 67.000 Menschen aus Seenot gerettet. Mich beeindruckt besonders der Elan und die Qualität des maritimen Such- und Rettungsdienstes, der auf privater, unabhängiger und freiwilliger Basis durchgeführt wird“, erklärte Angelika Mertens.

Die Vertreter der DGzRS würdigten die gute Zusammenarbeit mit dem Bundesverkehrsministerium, das die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland auf internationaler Ebene zur Durchführung des maritimen

Such- und Rettungsdienstes 1982 auf das 1865 gegründete Seenotrettungswerk übertragen hat.

Dem ausführlichen Gespräch schloss sich ein Rundgang durch die Zentrale der DGzRS mit der betriebseigenen Reparaturwerft, den Aus- und Weiterbildungseinrichtungen sowie der Seenotleitung Bremen an. Hierbei konnte sich Angelika Mertens ein Bild vom hohen technischen Standard des deutschen Seenotrettungsdienstes - auch im weltweiten Vergleich - machen. Von Seiten der DGzRS wurde unterstrichen, dass die gesamte Arbeit ausschließlich durch freiwillige Zuwendungen getragen werde, ohne staatliche Zuschüsse. Zurzeit unterhält die Gesellschaft eine Rettungsflotte von 60 modernen Einheiten auf 54 Stationen zwischen Borkum im Westen und Ueckermünde im Stettiner Haff. Von den 270 fest angestellten Mitarbeitern gehören allein 230 dem Rettungsdienst auf See und an Land an. Darüber hinaus stehen mehr als 700 ehrenamtliche Rettungsmänner und -frauen zur Verfügung. „Besonders beeindruckt mich die selbstlose Einsatzbereitschaft der Seenotretter, die an 365 Tagen im Jahr, bei Wind und Wetter hinausfahren, um Menschen aus Seenot zu retten“, so Staatssekretärin Mertens.

## Ehrung für Volker Lambrecht

In Anerkennung seiner Verdienste um das Feuerwesen in Rheinland-Pfalz hat Ministerpräsident Kurt Beck dem ehemaligen Leiter der BASF-Werkfeuerwehr, Volker Lambrecht, das Goldene Feuerwehr-Ehrenzeichen verliehen. Innenminister Walter Zuber, überreichte im Rahmen einer Feierstunde die Auszeichnung in Form eines Steckkreuzes an Lambrecht.

## Nachruf

Nach langer schwerer Krankheit starb am 18. Februar 2001 das langjährige Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin e. V.

### Dr. med. Reinhold Schultze

Noch vor einem Jahr hat Dr. Schultze, um seine unheilbare Erkrankung wissend, an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) den Workshop „Kehren die Seuchen zurück?“ moderiert.

Dr. Reinhold Schultze leitete noch im Herbst 2000 eine Sitzung der Arbeitsgruppe „Biologische und chemische Gefahren“ der „Ständigen Konferenz für Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge“ (SKK) in Köln.

Arzt war Dr. Schultze aus Leidenschaft, wobei die ärztliche Berufung in der Ausnahmesituation für ihn eine besondere Herausforderung bedeutete. Seine Passion hat er immer wieder unter Beweis gestellt als Chefarzt der Chirurgischen Abteilung des Kreiskrankenhauses in Siegen, als Oberstarzt d. R. der Bundeswehr oder als Mitglied der DGKM e. V.

Bei einem derart engagierten Menschen wie Dr. Schultze bleibt die politische Betätigung nicht aus. Für die F.D.P. saß der Arzt im Stadtrat von Siegen. In sicherheits- und verteidigungspolitischen Gremien seiner Partei war er ein kompetenter Fachmann.

Seine Gedanken und seine Erfahrungen waren auch im Bereich des Zivilschutzes von großer Bedeutung. Alle, die mit Dr. Reinhold Schultze zusammengearbeitet haben, werden ihn in guter Erinnerung behalten.

# Von der Illustrierten zum Magazin

30 Jahre Magazin und seine Vorgeschichte

Von Rainer Schramm und Peter Trunk

Seit nahezu einem halben Jahrhundert können sich Menschen, die sich in Deutschland mit dem Thema „Zivilschutz“ befassen, durch eine Fachzeitschrift informieren und weiterbilden. Der heutige Zivilschutz hat in diesen Jahren schon mehrfach den Namen gewechselt, von „Ziviler Luftschutz“ über „Ziviler Bevölkerungsschutz“ zum „Zivilschutz“. Die Fachzeitschrift ist aber ihrem Konzept, Fachinformationen zu vermitteln, treu geblieben. Hier die Geschichte von der „ZB Illustrierten“ zum „Bevölkerungsschutz-Magazin“:

Es war vor genau 45 Jahren als auf dem damaligen Medienmarkt eine neue Zeitschrift mit dem Titel „ZB Illustrierte“ erschien. Die 24 Seiten umfassende Illustrierte war im Zeitungsdruck hergestellt und nicht geheftet. Chefredakteur war Friedrich Walter Dinger. Dinger war auch für die Öffentlichkeitsarbeit des damals noch jungen Bundesluftschutzverbandes (BLSV) zuständig. Die Redaktion der Zeitschrift befand sich im selben Gebäude, in dem auch der Sitz der Bundeshauptstelle des BLSV in Köln untergebracht war.

Der Titel „ZB Illustrierte“ lässt durch die enge Verbindung zum damaligen BLSV vermuten, dass ZB für ziviler Bevölkerungsschutz stand. Damals noch weit gefehlt. Das Impressum gab Auskunft darüber, dass es sich um die Illustrierte „Zeit-Berichte + Zeit-Bilder (daher ZB) für Menschen im Atomzeitalter“ handelte.

Das Druckwerk erschien im ersten Jahr monatlich und ab 1957 zweimal im Monat zum Einzelpreis von 40 Pfennigen.

Inhaltlich würde man die „ZB Illustrierte“ heute eher der Regenbogenpresse zuordnen. Angefangen von wissenschaftlichen Beiträgen über Fortsetzungsromane und Portraits von Filmschauspielern bis hin zur Witze- und Rätsel-seite war alles in der Illustrierten vertreten.

## Die Geschichte vom Kommissar Atom

Unter den heutigen Gesichtspunkten wurden unter den wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Teil haarsträubende Kuriositäten verbreitet. Unter der Überschrift „Atome spüren Verbrecher auf“, wurde über ein neuartiges Verfahren berichtet, Ladeneinbrecher mittels eines „Geigerzählers“ aufzuspüren. Der Ladeninhaber müsse einfach den Boden des Ladens mit einer radioaktiven Paste

bestreichen. Der Polizei sei es dadurch ein leichtes, den Flüchtigen durch das Messgerät aufzuspüren.

Über den organisatorischen Aufbau des BLSV und über praktische Themen des Selbstschutzes wurde immer mehr in den einzelnen Ausgaben berichtet.

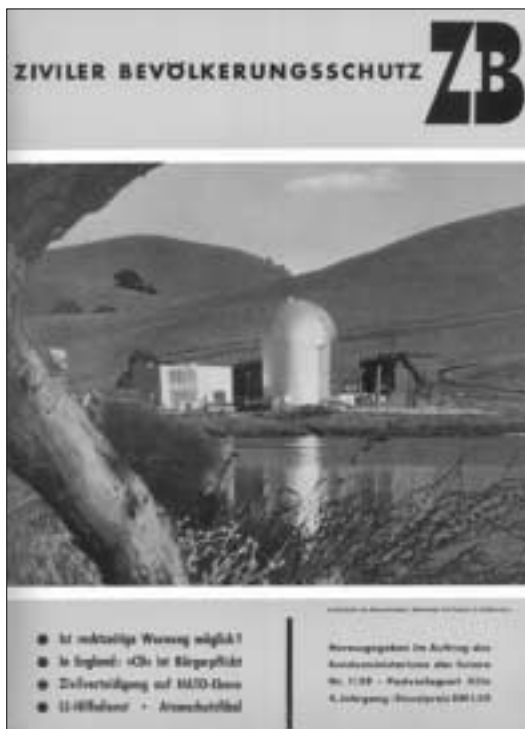
Schon nach drei Jahren wurde erstmals das Layout und das Format geändert. Aus der Illustrierten wurde eine Fachzeitschrift. Der neue Titel sollte für fast zwölf Jahre „Ziviler Bevölkerungsschutz ZB“ heißen.

Vorbei die Zeiten der Krimis, der Filmsternen und der Klatschgeschichten. Vorbei die reißerisch bunten Titelseiten. Die „ZB“ wandelte sich zur ernst zu nehmenden Fachzeitschrift für alle Bereiche des zivilen Bevölkerungsschutzes in der Bundesrepublik. Die Anfangsausgabe war

ZB Illustrierte 1956.

Beiträge über neue Techniken im Haushalt und gesunde Lebensformen, gehörten neben Berichten über den „Luftschutz“ zum Inhalt der ZB-Illustrierten.





**ZB Illustrierte 1959.**

**Zwölf Jahre lang erschien die „ZB“ monatlich in einem hellgrünen Grundton.**

mit 100.000 Exemplaren erstaunlich groß.

Im Oktober 1957 wurde durch den Bundestag das „Erste Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ (ZBG) beschlossen. Trotz mancher Mängel war es für den Aufbau des Zivilschutzes, damals sprach man noch vom zivilen Bevölkerungsschutz, von entscheidender Bedeutung. Nach einer mehrjährigen Planungsphase begannen durch das ZBG in den Jahren 1958 und 1959 die ersten praktischen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung.

Der Bundesluftschutzverband hatte zum damaligen Zeitpunkt 80 000 aktive Helferinnen und Helfer. Viele Tausend dieser ehrenamtlichen Mitarbeiter hatten schon Lehrgänge an den Landesschulen und an der Bundesschule des BLSV in Waldbröl besucht. All diesen Menschen, die mit der Umsetzung des Zivilschutzgedankens befasst waren, musste Wissen vermittelt werden. Diese Aufgabe übernahm auch die monatlich erscheinende „ZB“. In einem Grußwort zur neuen Zeitschrift for-

derte der damalige Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder, angesichts der „atemberaubenden Entwicklung militärischer Waffen“, zu einem noch stärkeren Engagement der Bürger im zivilen Bevölkerungsschutz auf.

## **Im Auftrag des BMI**

Bis heute hat sich der Name und das Layout der Fachzeitschrift noch mehrmals geändert. Seit Januar 1959 wird sie jedoch im Auftrag des Bundesministeriums des Innern herausgegeben.

Im September 1965 kam es durch die Verabschiedung des Schutzbau- und Selbstschutzgesetzes zu einer zweiten Aufbauphase des Zivilschutzes. Zwei Jahre später wurden jedoch diese Gesetze durch das Finanzänderungsgesetz suspendiert. Über alle diese Entwicklungen wurde in der „ZB“ ausführlich berichtet. Die Erwartungen vieler, in der Bundesrepublik einen wirkungsvollen Bevölkerungsschutz aufbauen zu können, schwanden zusehends.

Immer noch war der Bundesluftschutzverband der Herausgeber der „ZB“. Dies

ändert sich ab August 1968, für über 28 Jahre wird nun der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) diese und ab 1971 die nachfolgende Zeitschrift im Auftrag des BMI herausgeben. Der Bundesluftschutzverband wurde in Bundesverband für den Selbstschutz umbenannt. Chefredakteur war ab April 1967 Dr. Bruno F. Schneider.

Der damalige Bundesinnenminister Ernst Benda schrieb zum Jahreswechsel 1968/69 in der „ZB“, dass durch das in diesem Jahr verabschiedete „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ der Selbstschutz einen wichtigen Platz im Rahmen des Zivilschutzes einnehme.

## **Seit 30 Jahren „Magazin“**

Im August 1971 erscheint die erste Ausgabe des neuen „ZS-Magazins, die Zeitschrift für Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz“. Der Titel der Fachzeitschrift hat im Laufe der Jahre zwar noch einige Variationen erfahren, das Wort „Magazin“ hat aber bis zum heutigen Tag Bestand.

Dieses Magazin löste verschiedene Fach- und Helferzeitschriften des Technischen Hilfswerkes, des Warn- und Alarmdienstes und wie schon angedeutet die „ZB“ ab.

Das neue Magazin, das mit einer Auflage von 102.000 Exemplaren monatlich herausgegeben wurde, erhob einen hohen fachlichen Anspruch. Es sollte sowohl die Öffentlichkeit über die Aufgaben der Organisationen als auch über Probleme aus dem Bereich des Zivilschutzes informieren. Das Magazin sollte aber, wie auch bisher die „ZB“, der fachlichen Aus- und Weiterbildung der freiwilligen und hauptamtlichen Kräfte im Gesamtbereich des Zivilschutzes dienen. Das „ZS-Magazin“ sollte kein amtliches Organ, sondern eine Zeitschrift für und von den Helfern sein.

Chefredakteur war O. Ulrich Weidner, der diese Aufgabe bis 1992 ausüb-

te, war wie seine Vorgänger auch Referatsleiter für Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz die in seiner Amtszeit einen besonders hohen Stellenwert erhielt.

Unter Weidners Leitung wurde das Magazin geformt. Das Konzept, Information – Meinungsaustausch – Weiterbildung – Kontakte, war so erfolgreich, dass es bis heute im wesentlichen beibehalten wurde.

## **Bühne der Organisationen**

Neben Sachberichten haben sich in den ersten Ausgaben des ZS-Magazins nur das THW, der Warndienst und der BVS als Organisationen dargestellt. Das Magazin wollte aber mehr sein. Es wollte auch eine Funktion als Sprachrohr aller Organisationen, die im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirken, haben.

In den folgenden Jahren kamen der Arbeiter-Samariter-Bund, die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser Hilfsdienst, der Deutsche Feuerwehrverband sowie die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft mit eigenen Beiträgen hinzu. Einige Zeit später haben noch das Deutsche Rote Kreuz und die Regie-Einheiten ihr Mitwirken zugesagt. Seither hat jede dieser Organisationen die Möglichkeit, auf mindestens einer Seite über ihre Arbeit zu berichten. Gerade die Berichte über humanitäre Einsätze nach Naturkatastrophen oder zur Linderung von Flüchtlingsdramen in Afrika und auf dem Balkan haben die wichtige Arbeit der einzelnen Organisationen sehr eindrucksvoll wiedergegeben.

1980 wurde das Deckblatt mit einem neuen Layout versehen. Das bis dahin schwarze Erscheinungsbild wurde in weiß abgeändert und aus dem Schriftzug „ZS-Magazin“ wurde „Zivilschutz-Magazin“.

Im Oktober 1988 zog die Redaktion des Magazins gemeinsam mit der Bundeshauptstelle des BVS von Köln



ZS-Magazin 1971.

Über einen Zeitraum von neun Jahren erschien das „ZS-Magazin“ in einem dunklen Outfit. Erst ab 1980 wurde das Titelblatt etwas freundlicher.

nach Bonn-Bad Godesberg. Die Zivilschutzbehörden der Bundesrepublik, das Bundesamt für Zivilschutz mit dem THW, die Akademie für zivile Verteidigung und der BVS arbeiteten nun in einem Gebäudekomplex zusammen.

## **Ein neuer Titel charakterisiert den Schutz des Bürgers**

Eine weitere Änderung erfolgte dann 1989. Bei gewohntem Umfang, unveränderter Aufmachung und nach wie vor breitem Inhaltsspektrum wurde der Titel erneut geändert. Statt „Zivilschutz-Magazin“ heißt die Zeitschrift seither „Bevölkerungsschutz“ und im Untertitel „Magazin für Zivil- und Katastrophenschutz“. Mit dem neuen Titel hat man einen Begriff gefunden, der quasi als „Dach“ den Schutz des Bürgers charakterisiert.

Die Wende und die Wiedervereinigung Deutschlands haben die politische Situation für den Zivilschutz grundlegend geändert. Dem wurde natürlich auch im Bevölkerungsschutz-Magazin Rechnung getragen. Das Magazin hatte nun auch die Aufgabe, das System des Zivil- und Katastrophenschutzes, aber auch

die Arbeit der einzelnen Organisationen in den neuen Bundesländern publik zu machen.

1992 übernahm Peter Eykmann die Aufgabe des Chefredakteurs. Unter Eykmann wurde die vielbeachtete Reihe „Menschen im Gespräch“ im Magazin aufgenommen. Hierfür interviewte Eykmann Persönlichkeiten aus Politik, Zivilverteidigung, Zivil- und Katastrophenschutz.

1995 wurde das Layout letztmalig geändert. Für die Grundfarben der Umschlagseiten wurden die Farben des Zivilschutzes, Blau und Orange, gewählt. Auch der Innenteil wurde einer modernen graphischen Gestaltung unterzogen. Das Bevölkerungsschutz-Magazin musste jedoch auch einen schmerzlichen Einschnitt hinnehmen, die Erscheinungsweise wurde von monatlich auf vierteljährlich umgestellt.

Der Bundesverband für den Selbstschutz wurde Ende 1996 aufgelöst. Am ersten Januar 1997 wechselte die Redaktion des Magazins zum Bundesamt für Zivilschutz (BZS). Ende 1997 wurde Hans-Walter Roth neuer Chefredakteur. Unter ihm wurden unter anderem die Leserbriefspalte und das Preisrätsel eingeführt.

Bereits nach vier Jahren, am 31. Dezember 2000 ereilte das BZS das gleiche Schicksal wie vorher den BVS. Im Zuge des Haushaltssanierungsgesetzes (HSanG) vom 22. Dezember 1999 wurde das Amt aufgelöst.

2001 feiert die Redaktion, die seit Beginn dieses Jahres der Zentralstelle für Zivilschutz des Bundesverwaltungsamtes angehört, eine Fachzeitschrift, die im August seit 30 Jahren ihren Lesern als Magazin bekannt ist, deren Anfänge aber seit 45 Jahren eng mit dem Aufbau und der Geschichte des Zivilschutzes in der Bundesrepublik verwurzelt sind.



# 25 000 Türen im Berg

Aachener Photograph dokumentiert den „Ausweichsitz der Verfassungsorgane des Bundes“.

Von Rainer Schramm

Jahrzehntlang war er wohl das bestgehütete Geheimnis der Bundesrepublik Deutschland. Ein Geheimnis, das inmitten einer der lieblichsten Weingegenden unseres Landes Realität war und vielleicht deshalb nicht sofort als solches wahrgenommen wurde. Ein Geheimnis, das man dort wahrscheinlich auch nicht vermutet hat.

Die Rede ist vom bisherigen „Ausweichsitz der Verfassungsorgane des Bundes“ (AdVB), in der Umgangssprache als „Regierungsbunker“ und im Bereich der Verwaltung als „Dienststelle Marienthal“ bezeichnet.

Tief eingebettet im Schiefergestein unter den Weinbergen des Ahrtales liegt dieser Bunker der in seinen Ausmaßen und in seinem Sicherheitsstandard wohl einmalig auf dieser Welt war.

### Weltweit einzigartig

3000 Menschen hätten im „Ernstfall“ bis zu 30 Tage „die Handlungsfähigkeit der Verfassungsorgane gewährleisten können“. Die gemeinsame Krisenunterbringung aller Verfassungsorgane am gleichen Ort war weltweit einzigartig. Gebaut wurde die Anlage auf der Basis eines ehemaligen Eisenbahntunnels zwischen 1960 und 1972.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zerfall des Warschauer Paktes wurde die Funktionserhaltung des kostspieligen Bauwerkes als Relikt des kalten Krieges immer mehr in Zweifel gezogen. Im Dezember 1997 fasste das Bundeskabinett den Ent-

schluss den AdVB zu schließen.

Da das gigantische Schutzbauwerk keine andere Verwendung findet, muß es auf seinen ursprünglichen Zustand zurückgebaut werden. Rückbau bedeutet, dass am Ende nur noch der ursprüngliche, drei Kilometer lange Eisenbahntunnel aus der Anfangszeit des 20. Jahrhunderts vorhanden sein wird.

### Groß wie elf Fußballfelder

Rückbau bedeutet, dass aus einem 19 Kilometer langen Gangsystem, der Hauptstollen wurde durch das Einziehen einer Zwischendecke in ein Ober- und Untergeschoss geteilt, die Einbauten für 897 Büro- und Konferenzräume, 996 Schlafräume, Sanitärana-

gen, Friseursalon sowie fünf Großküchen mit Speisesälen abgerissen und herausgeholt werden.

Da die gesamte Anlage in fünf autarke Abschnitte eingeteilt war, sind auch jeweils fünf Belüftungsanlagen sowie fünf Anlagen mit Dieselgeneratoren zu entfernen.

Durch 25000 Türen, manche bis 25 t schwer, konnte man in der Dienststelle Marienthal gehen. Die unterirdische Nutzfläche umfasst vor dem Rückbau 83 000 m<sup>2</sup>. Diese Fläche ist größer als elf Fußballfelder.

### Das Geheimnis, das keines mehr war

Kaum war beschlossen, dass die Dienststelle Marienthal aufgelassen wird, war es mit



Ein selbst für solche Anlagen gigantisches Ausmaß: Hauptgang des Anlagenteils Ost mit einer Länge von 1,2 Kilometern. (Foto: Magdanz)



**Oben:**  
Mit Hilfe von  
Videoprojektionen  
erleben die Besucher  
im Keller des  
Ausstellungsgebäudes  
eine fast echte  
„Bunkeratmosphäre“.

**Links:**  
Der Autor Andreas  
Magdanz bei seiner  
Eröffnungsrede.

(Fotos: Schramm)

im Selbstverlag einen großformatigen Bildband mit 100 Aufnahmen geschaffen. Bilder die das Einzigartige und die Präzision der Anlage widerspiegeln. Einen noch nie dagewesenen Betrachter lassen sie das besondere der Dienststelle Marienthal erahnen.

Welch großes Interesse an der dokumentarischen Arbeit von Andreas Magdanz besteht, zeigte eine Ausstellung mit dem Titel „Dienststelle Marienthal“, die gemeinsam vom Landschaftsverband Rheinland und dem Rheinischen Landesmuseum in Bonn gezeigt wurde.

Allein zur Eröffnung in der Ausstellungshalle „Alte Rotatation“ erschienen 350 Gäste aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur. Auch die Bevölkerung zeigte an den Bildern und Exponaten ein reges Interesse. Endlich konnte man in Erfahrung bringen, welches Geheimnis sich unter einem der beliebtesten Ausflugsziele des Rheinlands, dem Rotweinwanderweg durch das Ahrtal, verbarg.

## Hohe Besucherzahl

Mehrere tausend Menschen haben die Ausstellung gesehen. Viele der Besucher waren selbst einmal Teilnehmer einer Übung in der Dienststelle Marienthal und hatten so die Möglichkeit, „ihr“ Geheimnis gegenüber der Familie zu lüften.

der Geheimhaltung vorbei. Am 18. Mai 1998 wurde die höchste Geheimhaltungsstufe aufgehoben. Kurze Zeit später erhielt der Aachener Photograph Andreas Magdanz die Genehmigung, die Schutzanlage fotografisch zu dokumentieren.

Bis zu diesem Zeitpunkt ein unvorstellbarer Vorgang. Kein Mensch, der jemals im Bunker war und das waren mindestens alle zwei Jahre bei großen Übungen immerhin 3000 Teilnehmer, durfte nach der Übung in seinem privaten Umfeld erzählen, was er dort

erlebt hat. „Erinnerungsfotos“ im Bunker zu machen, war strengstens verboten. Magdanz fotografierte sieben Monate lang, an mehreren Tagen in der Woche.

Durch seine Bunkerbilder von Räumen, unendlich langen Gängen, tonnenschweren Drucktüren und einzelnen Gegenständen, schuf Andreas Magdanz ein Zeitzeugnis deutscher Nachkriegsgeschichte.

## Faszinierende Ansichten

Aus dem Ergebnis seiner Dokumentation hat Magdanz

*Die Redaktion dankt Andreas Magdanz dafür, dass sie einige seiner Fotografien veröffentlichen konnte.*

*Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie auch auf den Internetseiten des Buchautors unter: [www.dienststellemarienthal.de](http://www.dienststellemarienthal.de)*

# Dienststelle Marienthal

Beschreibung eines außergewöhnlichen Bauwerkes

*Durch den Beschluss der Bundesregierung zur Schließung des Ausweichsitzes der Verfassungsorgane am 8. Dezember 1997 und der daraufhin einsetzenden Bemühungen, das Bauwerk zu veräußern, kam es zur nachstehenden Beschreibung der Liegenschaft Marienthal.*

### Die Historie

Etwa 1910 begann man im Ahrtal mit dem Bau einer neuen Eisenbahnlinie. Diese Eisenbahnlinie sollte den Weg nach Westen verkürzen, um im Kriegsfall möglichst schnell Truppen, Gerät und Nachschub in Richtung Frankreich transportieren zu können. Nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 sah man damals Frankreich als „Erbfeind“ und ersten Gegner bei einem möglichen neuen Waffengang an. Für die neue Bahnlinie wurde auch mit dem Bau eines ca. drei Kilometer langen Tunnels begonnen, der etwa in der Mitte durch einen Taleinschnitt unterbrochen ist. Noch während sich die Bahnlinie im Bau befand, brach 1914 der erste Weltkrieg aus. Dennoch gingen die Arbeiten an der Strecke und an dem Tunnel weiter. Das Ende des ersten Weltkrieges bedeutete aber auch für die neue Bahnlinie das Ende. Die Arbeiten wurden eingestellt, der Tunnel von den Franzosen teilweise gesprengt und unpassierbar gemacht. Im zweiten Weltkrieg entsann man sich des Tunnels, um dort, geschützt vor den Alliierten Luftangriffen, V1- und V2-Raketen zu montieren. Der Bahnbetrieb wurde nicht wieder aufgenommen. Nach Kriegsende wurde der Tunnel abermals in Teilen gesprengt.



Eines der vier Eingangsbauwerke des Ausweichsitzes der Verfassungsorgane des Bundes. (Foto: Schmitter)

So sind dort niemals Züge gefahren. Auf der Trasse der unvollendet gebliebenen Bahnlinie verläuft heute teilweise die Autobahn A 61.

Nach dem Beitritt zur NATO ergab sich dann Ende der 50er Jahre für die junge Bundesrepublik die Notwendigkeit, ein Schutzbauwerk für die Regierung und die übrigen Verfassungsorgane zu errichten. Schließlich entschloss man sich, dazu auf den stillgelegten Eisenbahntunnel im Ahrtal zurückzugreifen, weil die dortige Topographie verschiedene Vorteile für das Vorhaben bot. Insbesondere die bis zu 112 Meter mächtige Überdeckung des Tunnels durch Schiefergestein und die Weitläufigkeit der Röhre gewährleisteten den besten Schutz vor Angriffen aller Art, einschließlich möglicher Nuklearschläge.

Die Längenausdehnung und ihre Untergliederung in autarken Abschnitte machten die Tunnelanlage zu einem Flächenziel, das nur schwierig

anzugreifen und auszuschalten war.

Zwischen 1960 und 1972 entstand so im Ahrtal der bisherige Ausweichsitz der Verfassungsorgane des Bundes. Neben der baulichen Gestaltung der Anlage ist auch die gemeinsame Krisenunterbringung aller Verfassungsorgane am gleichen Ort im internationalen Vergleich einzigartig. Bis zur Schließungsentscheidung unterlag das Bauwerk strengster Geheimhaltung.

### Die Liegenschaft

Aus dem ehemaligen, etwa drei Kilometer langen Eisenbahntunnel entstand der Hauptstollen des Bunkers. Der Taleinschnitt, der den Tunnel unterbricht, konnte im Bedarfsfall über einen unterirdischen Verbindungsgang überwunden werden, der in 60 Meter Tiefe unter dem Bodenniveau der Hauptstollen verläuft. Hinzu kommt eine Vielzahl von Nebenstollen, Fluchtgän-



Von Luxus keine Spur: Der Kabinettsaal.

(Foto: Magdanz)

gen und Lüftungsschächten, die man ausgehend von der alten Bahntrasse vorgetrieben hat. Insgesamt erreicht das unterirdische Gangsystem eine Länge von 19 Kilometern. Die Anlage bietet unter Tage 83.000 Quadratmeter Nutzfläche und umfasst ein Volumen von 370.000 Kubikmetern. Insgesamt gibt es 38 Verbindungen zur Außenwelt. Neben den vier Haupteingängen führen eine kleine Zufahrtsstrasse im Berg, Lüftungsschächte sowie Notausgänge und Notausstiege nach draußen. Oberirdisch gehören zur Liegenschaft bundeseigene Grundstücksflächen von etwa 19 Hektar.

Die beiden Tunnelabschnitte, mit „Ost“ und „West“ gekennzeichnet, sind ihrerseits unterteilt in insgesamt fünf autarke „Bauteile“. Im Anlagenteil Ost sind zwei dieser Bauteile eingerichtet, im Westen drei.

In den Hauptstollen sind weitestgehend Zwischendecken eingezogen. Insgesamt stehen im Erdgeschoss 897 Büro- und Konferenzräume mit 12.600 Quadratmetern Fläche und im Obergeschoss 936 Schlafräume mit 13.600 Quadratmetern sowie Waschräume zur Verfügung.

Die Einrichtung ist sehr spartanisch. Die Büros und

Arbeitsräume, die Unterkünfte und auch die Möblierung sind schlicht und nüchtern. So standen beispielsweise selbst für die höchsten Repräsentanten des Staates nur Feldbetten zur Verfügung. Am ehesten trifft der Vergleich mit einer großen, unterirdischen Kaserne zu.

Jeder der fünf selbständig und unabhängig betriebsfähigen Bauteile verfügt über die gesamte Technik, die das Leben und Überleben in der Anlage ermöglichen sollte. Die Versorgungstechnik lässt sich anhand der klassischen Elemente Luft, Wasser, Feuer und Erde gut beschreiben.

## Luft

Leistungsstarke Lüftungssysteme versorgen in Verbindung mit Klima- und Heizungsanlagen die Arbeits- und Unterakunftsgebiete. Die Luft dafür durch ein umfangreiches, durch den Berg getriebenes Röhrensystem über Außenbauwerke auf dem Bergrücken angesaugt und später wieder abgeführt. Für den Fall einer Verseuchung der Außenwelt konnte die Anlage über Verschlusselemente, die Drücken von bis zu 30 bar standhalten, hermetisch abgeriegelt oder über Schutzfilter belüftet werden.

## Wasser

In der Anlage wird aus eigenen Tiefbrunnen und Zisternen eigenes Trink- und Brauchwasser gewonnen. Es gibt keine Verbindung zum öffentlichen Netz.

Das Brauchwasser wird hingegen nach außen in die öffentlichen Sammler abgeführt. Die Wasseraufbereitungsanlagen sind so konzipiert, dass auch bei einer Vollbelegung keine Ausfälle zu befürchten waren.

## Feuer (elektrische Energie)

Im Normalbetrieb wird der Strom aus dem öffentlichen Netz bezogen. Jeder Bauteil verfügt aber auch über eigene Netzersatzanlagen (Dieselgeneratoren) mit einer Leistung von bis zu 1.250 Kilovolt-Ampere. Für den Betrieb der Generatoren konnten bis zu 1.200 Kubikmeter Treibstoff bevorratet werden.

## Erde (Nahrung)

In jedem der fünf Bauteile gibt es eine Großküche mit Speisesaal, in der täglich für 600 Personen Mahlzeiten zubereitet werden konnten.

Zur Liegenschaft gehören schließlich noch eine Reihe von Außenbauwerken:

Die Schutzbauten über den Zu- und Abluftschächten, die Notausgänge, die Antennenfelder oder die Außentanklager.

Auch die letzten Bestrebungen der Oberfinanzdirektion Koblenz, den ehemaligen Regierungsbunker im Ahrtal zu verwerten, brachten keine konkreten Ergebnisse. Der Bunker wird daher zurückgebaut und verschlossen.

Das Kostenvolumen liegt nach aktuellen Ermittlungen bei rund 60 Millionen DM.

*Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung der Oberfinanzdirektion Koblenz.*

# 30 Jahre Rettungshubschrauber „Christoph 3“ in Köln

Von Ernst Brück, Köln

Nach 30 Jahren Luftrettungsdienst in Köln spricht keiner mehr von den Anfangsschwierigkeiten, die mit der Stationierung des Rettungstransporthubschraubers (RTH) „Christoph 3“ in Köln verbunden waren. Gestartet als ungeliebtes Kind der Landesregierung, der Stadt Köln und deren Anrainer in der Region, hat er sich heute als fester Bestandteil des Rettungsdienstes im Großraum Köln/Düsseldorf bewährt. Der Weg für den Hubschrauber war anfangs sehr steinig und oft für die Besatzung und die Verantwortlichen deprimierend. Der Glaube jedoch an dieses Rettungsmittel hat alle Beteiligten der Anfangsjahre zusammenschweißt und auch die Skeptiker und Gegner von der Einsatzeffektivität dieses Rettungsmittels letztendlich überzeugt.

Es fing schon damit an, dass die zuständige Abteilung im Arbeitsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen das Angebot des Bundesinnenministeriums abschlagen wollte, im Rahmen eines Modellversuches den RTH nach NRW einzusetzen. Erst auf erheblichen Druck des BMI wurde die Einwilligung zu einer Übernahme gegeben. Auch die Übertragung der Verantwortung für den Einsatz des RTH durch den Malteser-Hilfsdienst stieß beim Rettungsdienst der Stadt Köln zunächst auf Widerstand. Als Begründung wurde angeführt, dass der RTH nicht an die Berufsfeuerwehr als dem örtlichen Träger des Rettungsdienstes zugeordnet sei. Dies war die Ausgangsposition vor der Indienststellung der Maschine.

Zwei Tage vor der Indienststellung des RTH, fand unter Leitung des BMI eine absch-

ließende Einsatzbesprechung mit allen infrage kommenden Beteiligten bei der Fliegergruppe des Bundesgrenzschutzes in Hangelar statt.

Anwesend waren unter anderem der Leitende Hubschrauberarzt des ADAC aus München und der Chefarzt jener Kölner Klinik, aus der die Notärzte für den Einsatz des RTH kommen sollten. Als die Frage einer Unfallversicherung für das Personal aufgeworfen wurde, forderte der Kölner Arzt unmissverständlich den MHD auf, eine derartige Versicherung für sein Personal abzuschließen. Ansonsten könne man den Hubschrauber nicht besetzen. Der damalige Generalsekretär des MHD, der die hohen Kosten für die Versicherung genehmigen musste, konnte noch unmittelbar vor dem Antritt eines Auslandsfluges seine Zustimmung zum Abschluss der erforderlichen Versicherung geben. Damit war besagter Stolperstein vorerst beseitigt.

Am 22. Dezember 1971 wurde der Hubschrauber „Johannes-Köln-1“, wie er sich mit dem Funk-Rufnamen anfangs nannte und mit dem legendären amtlichen Kennzeichen D-HDOC auf dem Flugplatz Leverkusen-Kurtekotten, nahe der Stadtgrenze Köln in Dienst gestellt. Der damalige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher hat den Hubschrauber im Rahmen des Modellversuches im Beisein zahlreicher Persönlichkeiten dem damaligen Leiter des MHD Graf Landsberg-Velen übergeben. Bei dem Hubschrauber handelte es sich um eine Maschine vom Typ BO 105, die der Bund im Rahmen des Zivilschutzes beschafft hat.

## „Johannes-Köln-1“ wurde nicht gerufen

Zeitgleich mit der Indienststellung von „Johannes-Köln-1“ geschah in unmittelbarer



22. Dezember 1971 die Geburtsstunde von Christoph 3. Der damalige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher bei der Indienststellung des Rettungstransporthubschraubers.

Nachbarschaft auf der Autobahn A 3 ein Verkehrsunfall mit tödlichen Folgen, ohne dass der RTH trotz Erlass des Landesinnenministers gerufen wurde. Das Rettungsmittel Hubschrauber war den eingesetzten Polizeibeamten zu diesem Zeitpunkt noch zu suspekt und fremd. Man hatte Angst, zur Kostenerstattung herangezogen zu werden. Nach der Indienststellung informierte der leitende Beamte der Autobahnpolizei im Regierungsbezirk Köln seine Mitarbeiter über den Einsatz des RTH. Der vorher beschriebene Vorfall blieb für die Zukunft ein Einzelfall. Es geschah auf den Autobahnen des damaligen Regierungsbezirkes Köln nie wieder, dass der Rettungshubschrauber bei solch einem schweren Ereignis nicht angefordert wurde. Erinnert sei hier an die leuchtend gelben Autoaufkleber mit der Notrufnummer 02 21/24 24 24.

Ganz anders stellte sich die Akzeptanz in den verschiedenen Landkreisen dar. Teilweise war man dankbar, dass man auf den RTH zurückgreifen konnte, und man bedauerte, dass die Maschine nicht auch nachts fliegen durfte. Andere Kreise, Krankenhäuser und Rettungswachen hatten Angst, der Hubschrauber würde ihnen die Patienten abtransportieren bzw. „Patientenklaue“ betreiben. Das ging so weit, dass vielfach der anfliegende Christoph 3, der sich der Einsatzstelle mit genauer Zeitangabe näherte oder bereits über der Unfallstelle zum Landeanflug ansetzte, durch das Bodenpersonal nicht abgewartet wurde, sondern der Rettungswagen den aufgenommenen Patienten schnellstens abtransportierte ohne auf den Notarzt des RTH zu warten.

Ein eklatantes Schulbeispiel aus der Vergangenheit zeigt, wie schwer sich die Besatzungen der Rettungstransportwagen taten, die „Konkurrenz“ aus der Luft zu akzeptieren:

An einem Sonntagmorgen überschlug sich ein schwerer Mercedes auf der Autobahn

A 4. Die Polizei meldete eine schwerverletzte Person. Der Rettungshubschrauber wurde angefordert, gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass der RTW der Gemeinde N. unterwegs sei. Beim Landeanflug auf der Autobahn sah die Besatzung nur noch, wie der Rettungswagen trotz der Aufforderung zu Warten, mit einer angeblich leicht verletzten Person abfuhr. Auch die Polizei war nicht in der Lage, die Fahrzeugbesatzung zum Abwarten zu bewegen. Über Funk wurde dem RTH durch den RTW mitgeteilt, der RTH wäre nicht erforderlich. Der Rettungswagen fuhr mit dem Patienten in die nahegelegene Klinik. Eine halbe Stunde später erhielt die Leitstelle davon Kenntnis, dass der gleiche Rettungswagen mit dem Patienten vom besagten Krankenhaus zur neurochirurgischen Universitätsklinik Köln weiterfahre und man den RTW dort anmelden solle.

Zufälligerweise kam wenige Tage später ein Kollege der RTH-Besatzung darauf zu sprechen, er müsse sich einen neuen Zahnarzt suchen, denn seiner wäre am Sonntagmorgen auf der A 4 schwer verunglückt und anschließend in der Neurochirurgie an seinen schweren Kopfverletzungen gestorben. Es stellte sich heraus, dass es sich um besagten RTH-Einsatz mit einer „leichtverletzten“ Person handelte. Das Gutachten des untersuchenden Pathologen bestätigte, dass der Zahnarzt bei dem Verkehrsunfall schwerste Verletzungen erlitten hatte.

Ähnliche Vorfälle konnten damals immer wieder registriert werden. Rettungsdienste und auch Krankenhäuser „kämpften“ förmlich um „ihre“ Patienten.

### **Mit „Christoph 3“ ging es bergauf**

Drei Kriterien haben die Aufbauarbeit des Luftrettungsdienstes im Großraum Köln-Düsseldorf maßgeblich beeinflusst.

Da war zu einem der beispiellose Pioniergeist aller

an der Luftrettung Beteiligten, sowohl der Piloten des Bundesgrenzschutzes, der Notärzte als auch der damaligen Rettungssanitäter des Malteser-Hilfsdienstes in Köln. Nicht vergessen werden dürfen auch die Mitarbeiter der MHD-Leitstelle sowie alle Verantwortlichen im Malteser-Hilfsdienst.

Zum anderen war die gute und vertrauensvolle Arbeit mit den Kreispolizeibehörden und deren Beamten von großer Bedeutung. Aufgrund eines Erlasses des Innenministeriums NRW, der vom zuständigen Ressortminister für den Rettungsdienst gegengezeichnet worden war, waren die Polizeibeamten auf das Rettungsmittel Hubschrauber durch die Malteser eingewiesen worden. Der Erlass regelte die Einsatzmodalitäten und die Kostenfrage bei einer Anforderung. Die Anforderungen durch die örtlichen Rettungsdienste waren teilweise sehr zurückhaltend. Die Polizei war daher der Anwalt des RTH bis zum Inkrafttreten des NRW-Rettungsgesetzes. Der Polizei ist es mitzuverdanken, dass der RTH sehr schnell ein positives Ansehen in der Bevölkerung erhielt. In den ersten Jahren kamen die meisten Anforderungen von den Kreispolizeibehörden und der Autobahnpolizei.

Als dritter wichtiger Punkt muss die sehr engagierte Haltung der Bezirksregierung in Köln herausgestellt werden. Diese ging immer wieder Einsätzen mit Schwerverletzten nach und ließ sich berichten, warum der RTH nicht gerufen worden war. So wichtig dieses Nachhaken für den Christoph 3 war, so problematisch war dies natürlich für die Zusammenarbeit zwischen Luft- und Bodenrettung. Hier bedurfte es eines langen Atems in der Aufklärungsarbeit für die Luftrettung bei Krankenhäusern und Rettungsdiensten.

Nun aber zurück auf den Flugplatz Leverkusen-Kurtekotten, dem ersten Stationierungsort der Maschine. Die



Seit 30 Jahren ein altvertrautes Bild. Der orangefarbene Zivilschutz-Hubschrauber Christoph 3 über den Dächern von Köln.

Besatzung durfte sich im Bereich des Towers aufhalten, hatte aber keine eigenen Räumlichkeiten für die Abwicklung des Dienstbetriebes. Ein Provisorium, welches auf die Dauer so nicht haltbar war. Einige Monate später wurde der Chronist zum Chefarzt des Krankenhauses gebeten, der die Ärzte für den Rettungshubschrauber abstellte. Der Arzt machte deutlich, dass seine Assistenzärzte nicht mehr bereit wären, ganztägig auf dem Flugplatz zu sitzen, um auf einen Einsatz zu warten. Im übrigen würden diese

Einsätze leider nicht als Ausbildung seitens der Standesorganisation anerkannt. Die schriftliche Krankenhausarbeit auf den Stationen würde liegen bleiben. Die Ärzte wollten zu einem vereinbarten Stichtag die wöchentliche Besetzung auf der Maschine beenden. Man einigte sich auf den 1. Oktober 1972. Damit begann das Suchen nach einem geeigneten Standort von neuem. Für die Argumente der Ärzte hatte die Leitstelle vollstes Verständnis. Außerdem kamen auch noch einige andere logistische Probleme hinzu.

### Ein neuer Standort musste her

Nach vielen Besichtigungen an Kölner Krankenhäusern und deren Freiflächen bot sich das Hl. Geist- Krankenhaus in Köln-Longerich als idealer neuer Standort für den RTH an. Das Krankenhaus gehörte dem Orden der Cellitinnen. Diese waren dem MHD stets eng verbunden. Hier musste nun der RTH angeboten und die Zusage zur Mitwirkung eingeholt sowie mit dem leitenden Chefarzt die Gestaltung der Notärzte verhandelt

werden. Ordensschwestern wie Ärzte sagten nach einer gewissen Bedenkzeit ihre Unterstützung zu. Hervorzuheben ist hier eine Ordensschwester, welche der Anfrage sehr skeptisch gegenüberstand. Aus leidvoller Erfahrung mit den Grundstücksnachbarn war sie bezüglich einer Zustimmung sehr zurückhaltend. Erst als der Pilot des Bundesgrenzschutzes sie zu einen Rundflug mit dem RTH über Köln und zu den Türmen des Kölner Domes einlud, wich die Skepsis und sie unterstützte nachhaltig unser Ersuchen. Sie setzte in ihrem Aufsichtsrat gegen die Stimmen einiger Mitglieder die Stationierung der Maschine am Hl. Geist Krankenhaus durch.

Damit waren im Rahmen des Modellversuches die gutgemeinten Überlegungen des ADAC einer Stationierung des RTH auf einem Flugplatz gescheitert. Man wollte im Gegensatz zum Standort des RTH „Christoph 1“ am Klinikum in München-Harlaching neue Erfahrungen sammeln und neue Wege prüfen. Die Lärmentwicklung eines Hubschraubers bei Start und Landung erwies sich für die Anrainer als belastend und führte sehr schnell zu unüberbrückbaren Emotionen.

Die Verantwortlichen für den Betrieb von „Christoph 3“ hatten bei der Anfrage im Hl. Geist Krankenhaus nicht viel Zeit zu verlieren. Es war Sommer, und der 1. Oktober 1972 rückte näher. Das Bundesinnenministerium war aus den obengenannten Gründen mit einer Verlegung einverstanden, ebenso die Bezirksregierungen in Köln und Düsseldorf.

Aus Zeitgründen war es notwendig, vorerst eine Start- und Landeerlaubnis nach § 25 des Luftverkehrsgesetzes für den Christoph 3 auf einer vorgesehenen Freifläche zu erhalten.

Aus diesem Grunde lud die Bezirksregierung Düsseldorf als Luftverkehrsbehörde am 14. September 1972 Vertreter der Fliegergruppe des Bundes-

**Kirchlicher Segen für die neue Luftretungsstation am Hl.-Geist-Krankenhaus durch den heutigen Bischof von Essen, Hubert Luthé.**



grenzschutzes, der Kölner Kreispolizeibehörde, des Ordnungsamtes der Stadt Köln, des Grundstückseigentümers (Schwesternorden) sowie des Malteser Hilfsdienstes zu einer Besprechung ein. Bei der Ortsbesichtigung des vorgesehenen Landeplatzes äußerten die beteiligten Behörden keine Bedenken.

Am 22. September 1972 erhielt der Malteser Hilfsdienst per Fernschreiben die beantragte Außenstart- und Landeerlaubnis für den Rettungshubschrauber BO-105 auf dem Gelände des Hl. Geist Krankenhauses.

Nahe des Landeplatzes wurde aus Bundesmitteln durch das THW-Leverkusen, die Berufsfeuerwehr Köln sowie durch Handwerker des Krankenhauses eine Unterkunftsbaracke mit allen Versorgungsleitungen und der betonierten Standfläche des RTH errichtet.

Am 1. Oktober 1972 konnte nahtlos der Dienst am Hl. Geist-Krankenhaus beginnen. Mitte des Monats erhielt die Rettungshubschrauberstation im Beisein zahlreicher Ehrengäste die kirchliche Segnung durch den damaligen Weihbischof Hubert Luthé, dem heutigen Bischof von Essen.

### Ein Landeverbot drohte

In der Folgezeit beschwerten sich verschiedene Anrainer und der Bürgerverein Köln-Longerich in zahlreichen Eingaben über die von dem Hub-

schraubereinsatz ausgehenden Geräusch- und Geruchsbelästigungen. Zahlreiche Gutachten säumten von nun an ein eingeleitetes Streitverfahren der Nachbarschaft gegen die Genehmigungsbehörde und den Malteser-Hilfsdienst. Das Streitverfahren gelangte bis zum Obergericht (OVG) nach Münster.

Das OVG Münster wies nach Durchführung eines Ortstermines mit Urteil vom 1. August 1974 den Antrag der Antragstellerin (Anrainer aus der Nachbarschaft) auf Erlass einer einstweiligen Anordnung im wesentlichen zurück und gab dem Regierungspräsidenten Düsseldorf lediglich auf, dem MHD bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die Klage gegen die Außenstart- und Landeerlaubnis vom 22. September 1972 den Einsatz schwererer Hubschrauber als solcher des Typs BO 105 auf dem Hubschrauberlandeplatz des Hl. Geist Krankenhauses zu untersagen. Zur Begründung führte das OVG Münster aus, der Antrag der Antragstellerin auf Erlass einer einstweiligen Anordnung sei zwar zulässig, aber mit Ausnahme der oben erwähnten Reduzierung der Erlaubnis auf Hubschrauber des Typs BO 105 nicht begründet. Das Gericht kam zum Ergebnis, dass den Anliegern die Beeinträchtigung, die vom Fluglärm des Hubschraubers BO 105 ausgehe, zumutbar sei. Hier wies das OVG-Münster zu Recht darauf hin, dass das Interesse des MHD und



der Öffentlichkeit an der Aufrechterhaltung des Hubschrauber-Rettungsdienstes vorrangige Berücksichtigung gegenüber dem privaten Interesse der Antragstellerin habe. Da es sich beim Luftrettungsdienst um eine humanitäre Einrichtung von weittragender Bedeutung handele und zudem die Anbindung des Hubschraubers an ein bestimmtes Krankenhaus zur Effektivität des Rettungsdienstes beitrage.

So musste der MHD eine Person für die Luftaufsicht abstellen, die jeden Start und jede Landung sicherheitsmäßig zu begleiten hatte. Dies konnte kurzfristig bewerkstelligt werden. Eine weitere und gravierende Auflage war jedoch, dass eine geeignete Lärmschutzwand zwischen Hubschrauber und Anrainern mit einer Terminfristsetzung installiert werden musste. Sollte diese Frist verstreichen, würde die Landeplatzgenehmigung erlö-

## Neuer Landeplatz gesucht

Fieberhaft suchte man nunmehr nach einer Zwischenlösung. Wenige Standorte boten sich hierfür an. Durch das kollegiale Miteinander des Konsuls von Malta, Georg von Truszczynski, zugleich Stadtbeauftragter des MHD, und des belgischen Konsuls konnte unbürokratisch erreicht werden, dass der Rettungshubschrauber zum 1. Oktober 1978 auf dem Flugplatz der belgischen Armee in Köln-Ossendorf, stationiert werden durfte. In einem angekauften Bauwagen konnte sich die Mannschaft aufhalten und musste unter widrigsten Umständen vorerst von dort den Rettungsdienst versehen. Bei allen Unzulänglichkeiten waren die Beteiligten jedoch froh, dass der Luftrettungsdienst ohne Einschränkungen fortgesetzt werden konnte.

Zwischenzeitlich plante nun die Stadt Köln einen Landeplatz mit Baulichkeiten am Städtischen Krankenhaus in Köln-Merheim.

Seit dem 1. Juli 1983 fliegt nun Christoph 3 seine Rettungseinsätze von diesem Krankenhaus aus. Die Ärzte werden dort von der chirurgischen Abteilung gestellt. Die Fliegergruppe des Bundesgrenzschutzes in Hangelar ist seit dem ersten Tag bis heute für den Piloteneinsatz verantwortlich. Der MHD in Köln für den Einsatz der Rettungsassistenten.

Ende des Jahres 2001 begeht der Rettungshubschrauber „Christoph 3“ sein 30-jähriges Einsatzjubiläum.

Im April ist im Kisterkall Verlag, in Köln das Buch „Einsatz für den Rettungshubschrauber“ mit Bildern, Berichten und Geschichte um den RTH „Christoph 3“ erschienen. Eine Buchbesprechung erfolgt in der nächsten Ausgabe.



**Schnelle Hilfe für Unfallopfer im Großraum Köln durch das Rettungsteam des Malteser-Hilfsdienstes und des Bundesgrenzschutzes.**  
(Fotos: MHD)

Mit diesem Urteil des OVG-Münster, gegen das die Revision nicht zulässig war, wurde eine gerichtlich abgesicherte Grundlage geschaffen, die es dem MHD möglich machte, den Hubschrauber-Rettungsdienst zur Versorgung und ärztlichen Betreuung von Unfallopfern und Kranken fortzuführen.

Unabhängig vom Streitverfahren beantragte der Malteser-Hilfsdienst bei der Luftfahrtbehörde des zuständigen Regierungspräsidenten in Düsseldorf eine Landeplatzgenehmigung nach § 6 des Luftverkehrsgesetzes. Diese war für eine Dauerlösung am Hl. Geist Krankenhaus notwendig. Ein sehr umfangreiches Verfahren, wozu eine Reihe von Behörden und Institutionen zu Stellungnahmen durch die Bezirksregierung aufgefordert werden mussten.

Die Landeplatzgenehmigung wurde im Januar 1973 mit mehreren Auflagen erteilt.

schen. Hier war nun die Stadt Köln als Vorsitzende der Trärgemeinschaft für den RTH gefragt. Eine sinnvolle Überlegung ging dahin, die notwendige Lärmschutzwand gleichzeitig mit einem Hangar und den Sozialräumen für die Mannschaft zu konzipieren. Die Stadt Köln plante, jedoch ohne Zustimmung des Grundstückseigentümers. Ob dies nun ein Versehen oder Absicht war, soll heute nicht interpretiert werden. Als die Ordensschwester als Grundstückseigentümer davon hörten, dass die Stadt ohne ihre Genehmigung auf ihrem eigenem Grundstück die Baumaßnahme geplant hatten, unterersagten sie aus nachvollziehbaren Gründen der Stadt die weitere Planung und Ausführung.

Damit war das Ende der Stationierung von Christoph 3 am Hl. Geist Krankenhaus, zum 30. September 1978 gekommen.

# Das Ehrenamt in Deutschland

## Bundesweite Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement

34 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich in Verbänden, Initiativen oder Projekten. Ein weiteres Drittel ist aktiv in einem Verein oder einer Gruppe tätig, ohne jedoch ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Damit sind insgesamt zwei Drittel der Bevölkerung ab 14 Jahre in gesellschaftliche Gruppierungen eingebunden und aktiv beteiligt. Das freiwillige Engagement ist damit erheblich größer als bislang angenommen.

Das ist das Ergebnis der ersten, bundesweit durchgeführten repräsentativen Erhebung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde.

Im Rahmen der Studie wurden knapp 15.000 Frauen und Männer in Deutschland telefonisch zu ihrem freiwilligen Engagement befragt. Dabei wurden nicht nur Ehrenämter im engeren Sinne erfasst. Die Studie hat auch solche Tätigkeiten einbezogen, die im eigenen Selbstverständnis der Betroffenen nicht unbedingt als Ehrenamt angesehen werden, sondern vielmehr als freiwilliges Engagement für das Gemeinwohl. Zur Charakterisierung ihres Engagements bevorzugten die meisten Befragten den Begriff „Freiwilligenarbeit“ (48 %) gegenüber dem Begriff „Ehrenamt“ (32 %).

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, erklärt dazu: „Rund 22 Millionen Menschen engagie-

ren sich freiwillig und ehrenamtlich. Aufgabe der Politik ist es, dieses Engagement anzuerkennen und durch angemessene politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen zu stärken. Ehrenamtliche Arbeit wird dabei nie Ersatz sein können für bezahlte Erwerbsarbeit; sie hat ihren eigenen Stellenwert in der Gesellschaft. Freiwilliges Engagement ist nicht nur der Dienst am Nächsten, sondern ebenso die Verwirklichung individueller Interessen.“

Die Bereiche, in denen die Menschen sich engagieren, sind der Studie zufolge sehr vielfältig. So ist mehr als ein Drittel (37 %) der Bürgerinnen und Bürger im Bereich Sport und Bewegung aktiv. Wiederum ein knappes Drittel dieser Aktiven (11 %) hat eigenen Angaben zufolge dabei auch ehrenamtliche Aufgaben übernommen. Weitere Felder des Engagements sind die Bereiche Schule/Kindergarten, der kirchlich-religiöse Bereich, Freizeit und Geselligkeit sowie Kultur und Musik. In den Bereichen des sozialen und politischen Ehrenamts sind deutlich weniger Bürger tätig.

Der Untersuchung zufolge investieren die Bürgerinnen und Bürger im Durchschnitt für jede ehrenamtliche Aktivität knapp 15 Stunden pro Monat. Bei einer aktiven Minderheit von 5 Prozent der Engagierten liegt der Zeitaufwand pro Woche sogar bei 15 Stunden und mehr.

Neben den bereits Aktiven gibt es der Studie zufolge viele Menschen, die zum ehrenamtlichen Engagement bereit wären. 40 Prozent von ihnen

bezeichnen sich als interessiert oder ansprechbar. Unter den bereits Engagierten wäre etwa jeder Dritte bereit, sein Engagement auszuweiten. Die Mehrzahl der Befragten (56%) wünscht sich bessere Information und Beratung über Gelegenheiten für ehrenamtliches Engagement.

Die meisten ehrenamtlich Tätigen (78 %) bezeichnen ihr Engagement als wichtigen oder sehr wichtigen Teil ihres Lebens. Freiwilligenarbeit zu leisten, ist für sie eine wertvolle und wichtige Erfahrung. Der Wunsch, etwas für das Gemeinwohl zu tun und anderen Menschen helfen zu können, verbindet sich dabei mit der Erwartung, dass die Tätigkeit auch Spaß machen soll und dass man die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen erweitert.

*Die Ergebnisberichte können angefordert werden beim BMFSFJ, Postfach 20 15 51 in 53145 Bonn, Tel.: 0180 / 53 29 329 oder unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de).*

*Freiwilliges Engagement in Deutschland - Freiwilligensurvey 1999 - Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement.*

*Band 1: Gesamtbericht, Bernhard von Rosenblatt, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.1, Kohlhammer 2000.*

*Band 2: Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial in den neuen und alten Bundesländern, Joachim Braun, Helmut Klages, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie,*

Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.2, Kohlhammer 2000

Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Sibylle Picot, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 194.3, Kohlhammer 2000

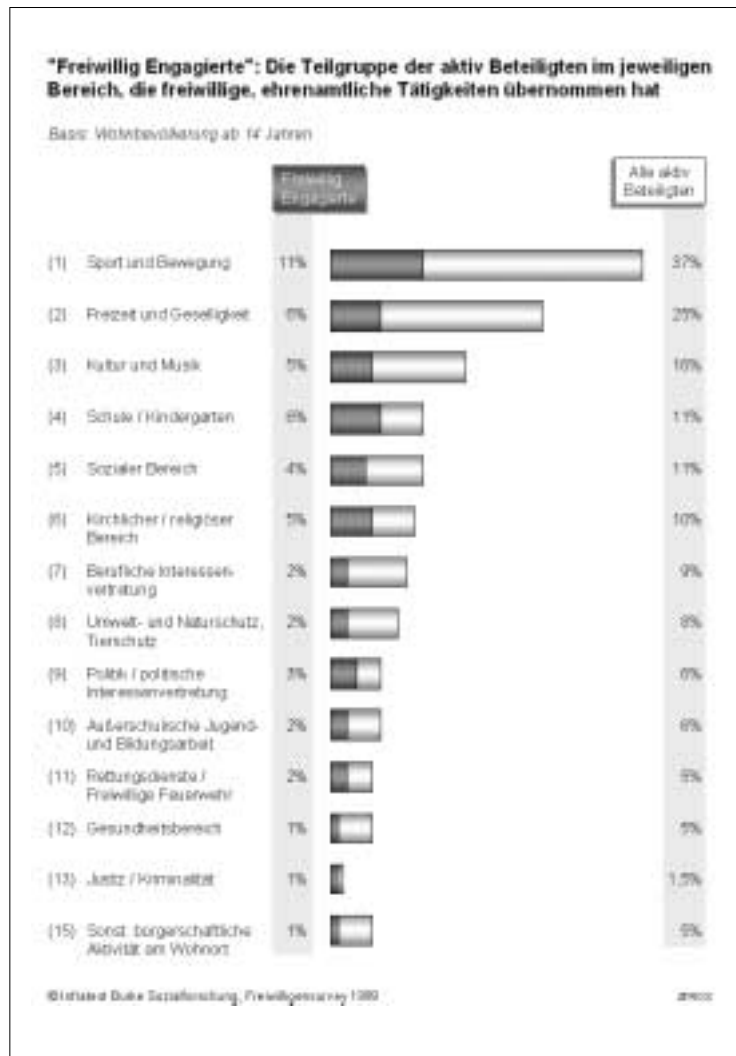
## Das IJF in Deutschland

Die Vereinten Nationen rufen 1997 das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen aus (IJF) aus. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich in einer gemeinsamen Erklärung, das freiwillige Engagement in ihren Ländern zu fördern.

In Deutschland wird das IJF mit einer bundesweiten Kampagne unter dem Slogan „Was ich kann, ist unbezahlbar“ begleitet. Die Federführung liegt beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Die Kampagne zielt darauf ab, den Millionen von freiwillig Engagierten in der Bundesrepublik die Anerkennung zukommen zu lassen, die sie verdienen und aktiv für freiwilliges Engagement zu werben.

Der Slogan des IJF „Was ich kann, ist unbezahlbar“ bringt zum einen die gesellschaftlich-soziale Bedeutung und zum anderen die volkswirtschaftliche Dimension freiwilliger Tätigkeit zum Ausdruck.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, zum ersten Aspekt: „Ehrenamtliche Arbeit hat ihren eigenen Stellenwert in der Gesellschaft. Ohne den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger wäre unser Land um vieles ärmer. Freiwilliges Engagement ist nicht nur der Dienst am Nächsten, sondern



ebenso die Verwirklichung individueller Interessen.“

Den zweiten Aspekt verdeutlichen die Ergebnisse der im Auftrag des BMFSFJ erstellten Studie von Infratest aus dem Jahr 1999 eindrucksvoll: Zirka 22 Millionen Deutsche engagieren sich im Durchschnitt 15 Stunden im Monat freiwillig, was einer ungefähren Jahres-Arbeitsleistung von mehr als 3,9 Milliarden Stunden entspricht.

Im Jahr 2001 arbeiten bundesweit viele Akteure für die Ziele des IJF. Die wichtigsten sind die Freiwilligen selbst und jene, die es werden wollen. Im IJF haben sie und ihre Organisationen die Chance, ihre Aktivitäten und die vielfältigen Aktionsfelder freiwilligen En-

gagements einem breiten Publikum zu präsentieren.

Mit der Umsetzung der Ziele des IJF auf politischer Ebene beschäftigt sich der Nationale Beirat. Unter Vorsitz von Bundesministerin Dr. Christine Bergmann erarbeiten die Mitglieder – die verschiedenen Träger der Freiwilligenarbeit in Deutschland – Empfehlungen für neue Initiativen und innovative Projekte. Die vom Bundestag einberufene Enquete-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, dem Gesetzgeber konkrete politische Handlungsempfehlungen zu geben.

Einen Überblick über das IJF, seine Ziele, Akteure, Aktivitäten und verschiedene Materialien hierzu bietet die Homepage [www.freiwillig.de](http://www.freiwillig.de)

# Wem nutzen unsere Baunormen überhaupt noch?

Gilt für Betreiber von Diskotheken, Partyräumen und Tanzsälen „Narrenfreiheit“?

Von Dr.-Ing. Klaus Müller, Magdeburg

Fast täglich lesen, hören und sehen wir in den Medien von Ereignissen, die im wahren Sinne des Wortes die Welt erschüttern.

Nicht selten stehen diese Ereignisse im Zusammenhang mit Katastrophen in Vergnügungseinrichtungen. Betroffen sind dann meistens junge Menschen, -herausgerissen aus Momenten des Glücks und der Lebensfreude.

Ich erinnere an sehr aktuelle Beispiele und darf zitieren:

„Volksstimme“ Magdeburg, vom Herbst 1999: „... Trauer und Nachdenklichkeit in Schweden. Der Brand einer Diskothek in Göteborg fordert 60 tote Jugendliche im Alter zwischen 12 und 20 Jahren. Der Raum, in dem 400 Jugendliche das „Halloween-Fest“ feierten, war nur für 150 Personen zugelassen ...“

„Volksstimme“ Magdeburg, vom 27.12.00: „... Mindestens 309 Menschen starben im Flammeninferno bei einem Großbrand in einem Einkaufs- und Vergnügungszentrum in Luoyang in China. Die Gäste einer Tanzparty wurden bei einem Feuer von den Flammen eingeschlossen. Unter den Diskobesuchern habe sich Panik breitgemacht ...“

„Volksstimme“ Magdeburg, vom 02.01.2001: „... Neujahrsfeier endete als Flammeninferno. Eine Silvesterparty im niederländischen Volendam endete für acht Volendamer im Alter zwischen 16 und 22 Jahren mit dem Tod. 90 der rund 700 meist jugendlichen Partygänger erlitten zum Teil lebensgefährliche Brandverletzungen ...“

Durchgeführte Recherchen lassen folgende Gründe für diese Katastrophen vermuten:

- Hauptkriterien sind und bleiben überfüllte Räumlichkeiten, z. B. waren in Göteborg nur 150 Besucher erlaubt und ca. 400 waren anwesend (ist aber in Diskotheken, auch bei uns, der Regelfall!);

- Vorhandene Evakuierungsausgänge waren nicht bzw. nicht im vollem Umfange nutzbar (z. T. Rekonstruktionsmaßnahmen);

- Vorhandene Türen in Evakuierungsausgängen ließen sich nicht in voller Breite öffnen (nur bis auf 80 cm Breite in der Disko Göteborg), z. T. waren Fluchtwege verstellt;

- Hinter angenommenen Ausgängen waren keine Rettungswege vorhanden (Umbauarbeiten in Volendam);

- Die Brand- und Rauchentwicklung trat in Treppenträumen die zur Disko führten

(1. Rettungsweg) sowohl in Göteborg als auch in Luoyang auf;

- Extrem schnelle Brandausbreitung durch zum größten Teil brennbare Dekorationsmaterialien (Decken- und Wandbehänge, Girlanden, Ballons u. ä., Weihnachtsdekoration in Volendam);

- Starke Rauchentwicklung durch häufigen Einsatz von synthetischen Materialien. Sofortige Bildung von toxischen Gasen und Dämpfen (z. B. CO, akute Erstickungsgefahr);

- Ausbildung von panikartigem Verhalten unter den Besuchern. Extreme Staubildung vor den Evakuierungsausgängen. Personen springen aus Fenstern und von Balkonen!

- Brandursachen: Fahrlässiger Umgang mit offenem Feuer (Wunderkerzen, Feuerwerkskörper u. a.), nicht beachtete andere Zündquellen (Disko-Lampen) oder wie in Luoyang (Schweißarbeiten im Keller);



13 Jugendliche starben in der Neujahrsnacht 2001 durch brennbare Dekorationen im niederländischen Volendam. (Foto: dpa)

- Angriffswege für die Feuerwehr sind nicht in voller Breite nutzbar (Beachte: Evakuierungswege sind gleichzeitig Angriffswege);

- Notausgänge (2. Rettungsweg) werden verschlossen gehalten (Einlasskontrolle, unbefugtes Betreten verhindern, Bodyguards sichern);

- Fenster als Rettungs- und Angriffswege für die Feuerwehr sind z. T. vergittert (besonders im Erdgeschossbereich – Einbruchsicherung!)

Können wir behaupten, in unseren Vergnügungszentren sind derartige Vorkommnisse ausgeschlossen?

Fachexperten im Bauwesen und der Gesetzgeber sind sich darüber einig, dass wir sicher, gut und exakt bauen und dass wir alle Rechtsnormen im Bauwesen einhalten, natürlich auch die Bestimmungen des baulichen Brandschutzes.

Wir bauen sichere Treppenträume, achten auf notwendige Evakuierungsausgänge, sichern den 1. und 2. Rettungsweg, bauen Sprinkleranlagen ein, entfernen Rauch- und Hitze aus allen notwendigen Bereichen und halten tüchtige Feuerwehren mit modernsten Fahrzeugen und Geräten vor. Wir haben Brandschutzordnungen, Brandmelde- und Alarmpläne, Evakuierungspläne und vieles andere mehr.

Wieso kommt es dann zu diesen tragischen Ereignissen, wieso finden eine so hohe Anzahl von Menschen den Tod?

Die genannten baulichen, betrieblichen, abwehrenden und organisatorischen Maßnahmen im baulichen Brandschutz haben auch alle Länder um uns herum und werden natürlich, wie auch bei uns in Deutschland, eingehalten

In diesem Beitrag, sollen nicht alle in Rechtsnormen des baulichen Brandschutzes (Musterbauordnungen, Bauordnungen der Länder, Festlegungen für Sonderbauten u. a.) festgelegten Forderungen aufgeführt werden, zum Beispiel zum 1. und 2. Rettungsweg, Brandabschnitts- und Rauch-

abschnittsgrößen, Baustoffe und -teile, Entrauchungs-, Brandmelde- und Löschanlagen und vieles mehr. Es geht vielmehr darum, Hinweise und Empfehlungen herauszuarbeiten für den Personenkreis, der Verantwortung für die Sicherheit im Gesamtkomplex trägt.

Das sind in erster Linie die Nutzer und Betreiber derartiger Freizeiteinrichtungen aber auch die Verantwortlichen für die Durchführung der Brandsicherheitsschauen.

## **Verantwortlichkeiten der Betreiber zur Gewährleistung des Brandschutzes**

Der Aufenthalt und das Tätigwerden in Bauwerken mit hoher Personenkonzentration erfordert vielfach neue Verhaltens- und Handlungsweisen. An diese Bauwerke werden auf Grund ihrer Charakteristik hohe Anforderungen an den Brandschutz gestellt.

Im Falle eines Brandes oder anderen Gefahr (z.B. Bombendrohung) muss die Evakuierung eines Bauwerkes und der Zugang der Feuerwehr gesichert sein. Zu diesen Bauwerken gehören Hotels, Gaststätten, Diskotheken, Clubräume, Partyräume, Versammlungsstätten, Theater und Filmtheater.

In Berichten werden immer wieder Begriffe wie Panik, Paniksituationen oder panikartig benutzt. Was verbirgt sich tatsächlich hinter dem Wort Panik?

## **Problemkreis „PANIK“**

Was ist Panik? Was führt zum „panikartigem„ Verhalten? Aus Brandberichten und aus wissenschaftlichen Untersuchungen ist zu entnehmen, dass Personen in Gefahrensituationen oft hinsichtlich des Verlassens von Gefahrenstellen keine richtigen Entschlüsse fassen bzw. sich oft gegen alle Vernunft verhalten. Diese Handlungen sind geprägt von Anzeichen für ein „panikartiges „Verhalten.

In der Reihenfolge werden Evakuierungswege von Personen ausgewählt nach:

- a) Kenntnis des jeweiligen Evakuierungsweges
- b) Häufigkeit in der täglichen Benutzung
- c) Kürzeste Entfernung bis zum Evakuierungsausgang
- d) Rauch als behindernder Faktor.

Experten sind sich einig, dass insbesondere die Breite von Evakuierungswegen (Gänge, Flure, Treppen, Türen) einen großen Einfluss auf die Wahl des Fluchtweges haben.

Sie schließen jedoch trotz aller Vorkehrungen „panikartiges“ Verhalten von Personen in Gefahrensituationen nicht aus und definieren die Panik als „... eine unvernünftige Verhaltensweise von Menschen, die plötzlich auftritt, ansteckt und in einer Kettenreaktion abläuft.“ Sie wird in den meisten Fällen nicht durch wirkliche und als echt erkannte Gefahren ausgelöst, sondern häufig durch imaginäre oder tatsächliche, aber maßlos überschätzte Gefahren.

„Panik“ ist ein Phänomen, das in einer Menschenmenge nach einem intensiven Schreck, als Flucht in Erscheinung tritt.

Einschränkend muss dazu bemerkt werden, dass nicht jede Situation zur Panik führen muss, jedoch jede Gefahrensituation zwangsläufig eine Bewegung von Personen unter Einfluss dieser Gefahrensituation erzeugt.

In der Literatur wird immer wieder dargestellt, dass das Verhalten von Personen im Brandfall fast immer durch ein gleiches Schema gekennzeichnet ist. Es beginnt mit der Wahrnehmung einer gefährlichen Situation. Diese Wahrnehmungen können sein: Rufe, Schreie, Alarmsignale, zerbrechende Gegenständen sowie die visuelle Wahrnehmung von Rauch und Feuer.

In zweifelhaften mehrdeutigen und unbekanntenen Situationen suchen Menschen nach weiteren Informationen, um

die Lage sicherer beurteilen zu können.

Dabei können Gruppeneffekte zum vordergründigen Verbergen der individuellen Informationsdefizite führen. Dieses Verhalten kann den Ablauf einer Räumung extrem verzögern. In diesen Situationen hängt das Schicksal vieler Personen oft von der Initiative einzelner ab (siehe Unglück in Kaprun).

### Evakuierungswege und -ausgänge

Sicher begehbare Wege und Ausgänge, die das ungehinderte Verlassen von Bauwerken im Gefahrenfall ermöglichen, können als Evakuierungswege und -ausgänge Verwendung finden. Hierunter sind insbesondere Treppenräume, Treppenanlagen, Flure sowie Türen, die ins Freie bzw. in einen anderen Brandabschnitt führen, zu verstehen.

- Bei der besonderen Nutzung von Gebäuden müssen die erforderlichen Evakuierungswege und -ausgänge vorhanden sein;

- Die Anzahl, Beschaffenheit und Ausrüstung der Fluchtwege, Evakuierungsausgänge und der sich daran anschließenden Freiflächen sowie deren Ausstattung müssen gewährleisten, dass bei einer notwendig werdenden Räumung die sich im Bauwerk aufhaltenden Personen über diese Wege und Ausgänge schnell und sicher ins Freie gelangen können. Die aus dem Bauwerk austretenden Personenströme müssen zügig auflösen können;

- Für die bauliche Gestaltung der Evakuierungswege und -ausgänge gelten Rechtsnormen;

- Die sichere Begehrbarkeit der Evakuierungswege- und -ausgänge sowie die sich daran anschließenden Freiflächen und die Funktionstüchtigkeit der für eine schnelle und sichere Evakuierung notwendigen Anlagen und Einrichtungen der technischen Gebäudeausrüstung (RWA-Anlagen,



Bei der Brandkatastrophe im niederländischen Volendam waren durch Bauarbeiten die Fluchtwege versperrt. (Foto: dpa)

Notbeleuchtung u. a.) sind während der Nutzung der Bauwerke ständig zu gewährleisten.

Veränderungen daran sowie an Ausbaukonstruktionen (Fenster, Türen, Fußbodenbeläge, Decken- und Wandverkleidungen) sind nur zulässig, wenn die sichere Evakuierung der sich im Bauwerk aufhaltenden Personen dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Das betrifft vor allem die Gewährleistung der sicheren und ungehinderten Begehrbarkeit sowie der notwendigen Durchlassfähigkeit der Evakuierungswege - und -ausgänge. Ausreichende Sichtverhältnisse an diesen Ausgängen und auf diesen Wegen sind zu gewährleisten;

- Möbel und andere Gegenstände dürfen nur aufgestellt werden, wenn

- die Aufstellung in Art und Anzahl so erfolgt, dass im Falle eines Brandes nur eine geringe Brandausbreitung möglich ist und die sichere Benutzung der Evakuierungswege voll gewährleistet bleibt;

- die für die Evakuierung erforderlichen Mindestwegbreiten auf keinen Fall eingeengt werden und für den Personenstrom keine Hindernisse entstehen;

- Bei Bauwerken mit einer hohen Personenkonzentration (1.000 Personen

- und mehr) sollten vor Evakuierungsausgängen Abströmsektoren angeordnet werden, die ein reibungsloses Abfließen des Personenstromes ermöglichen. Die Abströmsektoren (Freiflächen) sind von Gegenständen, Fahrzeugen u. a. Materialien freizuhalten.

- Verschlüsse von Türen an Evakuierungsausgängen müssen sich in Bauwerken mit hoher Personenkonzentration während der Zeit der Nutzung durch Personen, ohne Hilfsmittel und Zeitverzug aus der Evakuierungsrichtung her öffnen lassen;

- In Bauwerken mit hoher Personenkonzentration sind Evakuierungswege- und -ausgänge zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung hat nach den dafür geltenden Rechtsnormen zu erfolgen.

### Erfordernisse zur Gewährleistung der Evakuierung

*Für Bauwerke mit hoher Personenkonzentration sowie für Bauwerke, in denen auf Grund der örtlichen Gegebenheiten sowie der Nutzungsart mit komplizierten Bedingungen*

gen bei der Evakuierung zu rechnen ist, sind durch die Eigentümer, Betreiber, Rechtsträger in Evakuierungsplänen Festlegungen zur Sicherung einer reibungslosen Evakuierung zu treffen.

Komplizierte Bedingungen sind solche Bedingungen, die das schnelle und gefahrlose Verlassen des Bauwerkes im Evakuierungsfall erschweren. Das trifft zu, wenn mehrere Treppen und Flure vorhanden sind, die jedoch nicht alle ins Freie führen, bei verwinkelten Bauwerken oder bei Umbaumaßnahmen, mit zeitweilig einschränkende Bedingungen.

In den Evakuierungsplänen sind die Fluchtwege und die Verhaltensregeln der Menschen sowie die Reihenfolge der Handlungen von Ordnungskräften im Falle eines an einer beliebigen Stelle des Bauwerkes ausgebrochenen Brandes festgelegt.

Dazu gehören insbesondere:

- Die Art und Weise der Aufforderung zum Verlassen des Gebäudes;

Benachrichtigungen sind möglich über akustische Signale, über Stichworte für Mitarbeiter (Kaufhäuser, Theater, Kinos u. a.) gegebenenfalls über mündliche Aufforderung (Sicherheitsdienste oder Call-Center in Einkaufs- und Vergnügungszentren).

Das Verlassen der Personen bezieht sich bei Erfordernis auf alle Personen in einem Bauwerk oder nur auf die Personen, die sich in einem bestimmten Geschoss oder Bereich eines Bauwerkes aufhalten. Bei Hochhäusern sind das in der Regel die Personen, die sich in dem vom Brand erfassten Geschoss sowie in dem darüber und darunter liegenden Geschoss aufhalten.

- Die Reihenfolge der durchzuführenden Evakuierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der vorhandenen Evakuierungswege und -ausgänge;

Aufzüge sind im Brandfall nicht zu benutzen, deshalb als Evakuierungswege nicht in Ansatz zu bringen.

- Die Festlegung des Personenkreises, dem die Entscheidungsbefugnis über eine vorzunehmende Evakuierung obliegt;

Entscheidungsbefugnis besitzen in der Regel die Eigentümer, Geschäftsführer, Betreiber. Es können aber auch befugte leitende Führungskräfte oder andere befähigte Mitarbeiter wie Bereitschaftsdienste, Sicherheitsdienste, Receptionsmitarbeiter sein. Die Übertragung der Befugnis erfolgt durch die zuständigen Eigentümer, Geschäftsführer etc.

Diese legen den Personenkreis fest, der bei durchzuführenden Evakuierungsmaßnahmen spezifische Pflichten wahrzunehmen hat, wie zum Beispiel die Warnung der sich im Bauwerk aufhaltenden Personen sowie die Einweisung und Steuerung der Personenströme;

- Bereithaltung der Lagepläne des Bauwerkes und Übersichtspläne über die einzelnen Etagen, einschließlich der darin gekennzeichneten Fluchtwege und den dazugehörigen Ausgängen;

Vorzuhalten sind Feuerwehrpläne des Bauwerkes und einzelner Geschosse, Evakuierungswegpläne mit Festlegungen von Stell- und Sammelplätzen sowie Feuerwehrpläne als Einsatzpläne für die Rettung und Brandbekämpfung.

Im weiteren sind folgende Hinweise zu beachten:

- Bei Veränderung der örtlichen Bedingungen sowie der Nutzungsart von Bauwerken sind die Evakuierungspläne unverzüglich zu aktualisieren;

Das ist zum Beispiel bei Baumaßnahmen der Fall, die eine Nutzung von Evakuierungswegen und -ausgängen zeitweilig nicht gestatten. Es ist aber auch dann gegeben, wenn Flure nicht mehr benutzt werden können oder wenn Treppen und Ausgänge neu angelegt wurden.

- Evakuierungsübungen sind immer mit den Personen, denen im Fall einer Gebäuderäumung die Entscheidungsbefugnis bzw. spezifische

Pflichten obliegen durchzuführen;

Die Verantwortlichen für Bauwerke sollten gewährleisten, dass Personen, denen im Evakuierungsfall spezifische Pflichten obliegen regelmäßig eingewiesen werden, speziell über im Evakuierungsfall zu beachtende Besonderheiten.

Die in Brandschutzordnungen (DIN 14096) festgelegten Kriterien sind mit einzubeziehen.

## **Prüfungen im Rahmen von Brandsicherheitsschauen in Bauwerken mit hoher Personenkonzentration**

Grundlage für die Prüfungen ist die Anwendung der Brandgefährdungsanalyse.

Das Grundanliegen der von mir definierten Brandgefährdungsanalyse besteht besonders darin, dass durch gründliches, umfassendes und systematisches Ermitteln der bestehenden Brandgefährdungen und der Bewertung vorhandener und vorgesehener Brandsicherheitsmaßnahmen erfasst werden.

Einschlägige Rechtsnormen, DIN-Vorschriften und Bauordnungen sollen bei der Erstellung der Analyse berücksichtigt werden.

Es sollen untersucht, erforscht bzw. erkannt werden:

- a) die Brandentstehungsmöglichkeiten,
- b) die Brandausbreitungsmöglichkeiten,
- c) die erforderlichen Vorkehrungen für die Brandbekämpfung,
- d) die erforderlichen Vorkehrungen für den Schutz vor den von Bränden ausgehenden Gefahren.

Unter Beachtung dieser vier Schwerpunkte der Brandgefährdungsanalyse sollten sich die Prüfungen vor allem konzentrieren auf:

### **1. den Verschluss von Öffnungen in Wänden und Decken:**

- Vorhandensein des geforderten Feuerwiderstandes (DIN 4102);

- Einbau von Feuerschutzabschlüssen in Türöffnungen bzw. funktionsbedingte Öffnungen in Brandschutzkonstruktionen und Gewährleistung des ständigen Verschlusses derselben (z. B. Rauchschutztüren);

- Abdichtung der Durchführungsstellen für Kabel, Rohre und Kanäle in Decken und Wänden sowie Verhinderung einer Brand- bzw. Rauchausbreitung durch Feuerschutzabschlüsse;

## **2. die baulichen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Evakuierung:**

- Länge der Evakuierungswege;

- Einengungen in Höhe und Breite durch Einbauten oder Ausrüstungsteile;

- sichere Begehbarkeit bzw. vorhandene Einschränkungen;

- Verwendung brennbarer Wand- und Deckenverkleidungen;

- Aufschlagen der Türen in den Evakuierungswegen in die Fluchtichtung;

- Öffnungsart und der Aufschlagradius;

- Ausrüstung der Evakuierungswege mit Notbeleuchtungen und deren Kennzeichnung mit Hinweisschildern (Richtungsmarkierung);

- Erreichbarkeit der Sicherheitstreppe in allen Etagen über nicht versperrte Räume;

- jederzeitige Passierbarkeit aller Außentüren und der Notausgänge in voller Breite (Sicherstellung des 1. und 2. Rettungsweges);

- Vorhandensein eines Evakuierungsplanes für das Gebäude;

- Anbringung des grafischen Teils an gut sichtbarer Stelle;

- Festlegungen zur Auslösung der Evakuierung;

- Einsatz ortskundiger Personen als Evakuierungshelfer (Übernahme von Leitfunktionen);

- vorgesehene Sammelstellen für den Aufenthalt der evakuierten Personen

## **3. die brandschutztechnischen Erfordernisse der Be- und Entlüftung:**

- Vorhandensein der entsprechenden den Brandabschnittsgrößen vorgeschriebenen Rauch- und Wärmeabzugsanlagen (DIN 18232);

- Arbeitsverfahren der Lüfter (Zuluft, Abluft, Umluftverfahren);

- Ab- oder Umschaltung auf Abluft der lufttechnischen Anlagen im Falle der Signalisierung von Rauch oder Wärme

## **4. die Gewährleistung der erhöhten Versorgungszuverlässigkeit mit Elektroenergie.**

## **5. die Erfordernisse der Löschwasserversorgung zur Brandbekämpfung:**

- Funktionstüchtigkeit der Wand-, Innen- und Außenhydranten sowie der Trocken- und Nasssteigleitungen (DIN 14461);

- Art der Feuerlöscheinrichtung im Gebäude und deren Auslösung (manuell oder automatisch), Löschwasseranlagen (DIN 14463), Sprinkler-Anlagen (DIN 14489);

- Pumpstationen, Druckerhöhungsanlagen;

## **6. die Gewährleistung einer schnellen Alarmierung der Feuerwehr:**

- technische Einrichtungen zur schnellen und jederzeitigen Alarmierung (Brandmeldeanlagen und Alarmierungseinrichtungen einschließlich Brandwarnanlagen - DIN 14661);

- Verhalten bei Bemerken eines Brandes, Art und Weise der Alarmierung;

## **7. die Maßnahmen zur Gewährleistung der Brandbekämpfung:**

- Vorhandensein und Einsatzbereitschaft von Kleinlöschgeräten (DIN 14406);

- Einsatzbereitschaft der Wandhydranten, Armaturen und Schläuche (DIN 14461);

- Einweisung der Ordnungskräfte in Umgang und Handhabung der vorhandenen Löschgeräte;

- Kennzeichnung der Aufstellungsorte der Löschgeräte;
- Feuerwehrläne nach DIN 14095;

- Feuerwehraufzüge;
- Möglichkeiten des Öffnens der Einstiegsöffnungen von außen;

- ungehinderte Zugänglichkeit der für den Einsatz vorgesehenen Angriffs- und Rettungswege;

- Befahrbarkeit der Zufahrtswege für Fahrzeuge der Feuerwehr zum Objekt und zur Wasserentnahmestelle bei allen Witterungsbedingungen;

- mögliche Behinderungen an den Aufstellungsplätzen durch fließenden oder ruhenden Verkehr;

- mögliche Behinderung der Entfaltung der Kräfte und Mittel der Feuerwehr durch Landschafts- und architektonische Gestaltungsmaßnahmen;

- Bewegungsfreiheit bzw. Einschränkungen beim Einsatz von Drehleitern oder anderen Hubrettungsfahrzeugen;

## **8. die Wahrnehmung der Verantwortung für die Gewährleistung des Brand-schutzes.**

Bei der Projektierung, Errichtung, Nutzung und Instandhaltung solcher Gebäude mit hohen Personenkonzentrationen ist auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Höchststandes den Sicherheitserfordernissen voll Rechnung zu tragen. Vor Nutzungsbeginn neu errichteter bzw. rekonstruierter Bauwerke mit hohen Personenkonzentrationen sollte durch Brand-schutzprüfer geprüft werden, dass die erforderlichen Brand-schutzeinrichtungen vorhanden sind und ihre Funktionssicherheit nachgewiesen ist.

Um in Zukunft Ereignisse, wie am Anfang des Aufsatzes beschrieben, auszuschließen, sollten diese Hinweise dienen. Es sollte verdeutlicht werden, dass eine Brandgefährdungsanalyse erst dann ihren Zweck erfüllt und ihr Schutzziel erreicht, wenn sich ihre Ergebnisse in einem Brandschutz-konzept widerspiegeln.



# Psychosoziale Notfallversorgung in Deutschland

Von Irene Kölbl, Berlin

Immer wieder können Einsatzkräfte in ihrem Dienst mit einem Ereignis konfrontiert sein, das sie psychisch überfordert. Normalerweise setzt sich jeder Mensch in Form akuter Stressreaktionen mit einem solchen „unnormalen Erlebnis“ auseinander.

Treten extreme Stimmungsschwankungen, körperliches Unwohlsein, Herzklopfen, Aggressivität und Gereiztheit, Schlafstörungen oder Alpträume auf, lassen diese meist nach ungefähr vier bis sechs Wochen nach. Bei länger andauernden Symptomen sind Betroffene gefährdet, an einem Posttraumatischen Stresssyndrom (PTSD) zu erkranken. Die nach dem ICE-Unglück in Eschede eingerichtete Koordinierungsstelle veranschaulichte die Notwendigkeit, Helfer bei der Bewältigung des persönlichen Stresses zu unterstützen, jener Überbeanspruchung, die ihrem Arbeitsalltag folgen kann.

Einen neuen „Weg“ beschritt ein Workshop, zu dem das Bundesministerium des Innern (BMI) am 14./15. November 2000 in die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler eingeladen hatte. Teilnehmer waren hochqualifizierte Mitarbeiter verschiedener Projekte in der Stressbewältigung.

Sie waren aufgerufen, den aktuellen nationalen Sachstand zum Thema „Stress im Katastrophenschutz“ zu erörtern und zu systematisieren. Ziel war es, eine wissenschaftliche Bearbeitung von Forschungsvorhaben in der psychosozialen Notfallversorgung vorzubereiten, die das Ministerium fördern wird.

## „Stoffsammlung“

Anhand einer Studie von Dr. Wolf R. Dombrowsky, Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel, stellte das BMI vorab fest, dass es eine Reihe von ungenügend koordinierten Aktivitäten auf Bundes- und Länderebene im Bereich der Notfallnachsorge gibt. Bei den genannten Projekten handelt es sich in der Regel um Insellösungen einzelner Organisationen. Erforderlich wäre allerdings eine in Einklang gebrachte Zusammenarbeit, die alle in diesem Arbeitsgebiet Tätigen beteiligt. Nur so lassen sich Methoden zur Krisenintervention, Betreuung und Nachsorge entwickeln, die zuverlässig, nachweislich effizient, einheitlich und vergleichbar sind. Dombrowsky zufolge läuft momentan bereits der Aufbau einer flächendeckenden Versorgungsstruktur an, ohne Art und Umfang der Nachfrage bei psychischer Traumatisierung zu kennen oder über für alle Fälle geeignete „Angebote“ zu verfügen. Vor der Beschaffung, Ausstattung, dem Einsatz sowie der Aus- und Fortbildung sind jedoch die genannten inhaltlichen Probleme zu lösen.

Dr. Jutta Helmerichs stellte praktische Erfahrungen aus der Einsatznachsorge vor. Nach dem schweren Zugunglück in Eschede (Juni 1998) war sie als Leiterin der vor Ort tätigen Koordinierungsstelle für die Betreuung von Einsatzkräften und deren Angehörige zuständig.

Intern war zunächst eine „Organisationsstruktur“ der eineinhalb Jahre tätigen Einrichtung zu etablieren. Noch

heute sind Ansprechpartner für Anrufer telefonisch erreichbar. Die Einsatzkräfte hatten die Einsatznachsorge gut akzeptiert, wie die nachfolgenden Angaben bestätigen: Ungefähr 800 Helfer, die besonders die „psychologische Kollegenhilfe“ schätzten, berieten die Mitarbeiter. Nicht alle Kräfte erlitten bei diesem Einsatz „persönliche Schäden“.

Sechs bis zehn Prozent der Helfer waren jedoch von akuten posttraumatischen Belastungsstörungen (PTSD) betroffen, Erkrankungen, die nach dem Flugzeugunglück von Ramstein im Sommer 1988 in das allgemeine Bewusstsein gerückt waren. Im Bemühen um Hilfe für belastete Einsatzkräfte fiel in Eschede das immer noch fehlende Netz der Traumaexperten in Deutschland auf. Nachdem die Koordinierungsstelle ihre Arbeit beendet hat, sind nun zumindest entsprechende Kontakte hergestellt. Deutlich hat sich in der jüngsten Vergangenheit die Sensibilität für Folgen schwieriger Einsätze erhöht. Helmerichs zufolge ist mit der Akzeptanz der psychosozialen Betreuung ein beruhigender Aktionismus ohne wissenschaftliche Grundlagen erwachsen.

Dieser ist durch Qualitätssicherung und verstärkte Forschung einzudämmen: Unter anderem gilt es fortlaufend zu überprüfen, welche Maßnahmen notwendig sind und wie diese eingesetzt werden. Für die Sozialwissenschaftlerin steht es außer Frage, dass die Aus- und Weiterbildung in Einsatzvorbereitung und -nachsorge auszubauen ist. Darüber hinaus sind die verschiedenen Kriseninterventi-

ons- und Notfallseelsorgeteams zu vernetzen.

Prof. Dr. Willi Butollo zeigte noch einmal auf, dass die Einsatzkräfte, egal ob Feuerwehr, Polizei oder Rettungsdienst, in ihrer täglichen Arbeit einer Vielzahl von Belastungen begegnen. Belastungen, die Stressreaktionen ähneln. Für die klinischen Psychologen und Psychotherapeuten, der am Institut für Psychologie der Ludwig-Maximilians-Universität zu München, lehrt, ist es unumgänglich, posttraumatischen Belastungsstörungen bei Helfern vorzubeugen.

Die Stellungnahmen zu Verfahren, Fortbildung, Forschungsaktivitäten und -bedarf, die alle Anwesenden abgaben, brachten den Zuhörern die Arbeit anderer näher. Hier war in Erfahrung zu bringen, was der

**Einsatzkräfte der Feuerwehr, der Polizei oder des Rettungsdienstes werden in ihrer täglichen Arbeit einer Vielzahl von Stresssituationen ausgesetzt. Viele von ihnen sind auf eine psychosoziale Nachsorge angewiesen. (Foto: Stefan Wagner)**



jeweilige „Anbieter“ macht, um sich im Bedarfsfall austauschen oder kooperieren zu können.

Unter den Leitwörtern „Qualitätssicherung“ und „Strukturelle Einbindung“ erzielten die Teilnehmer des Workshops folgende Ergebnisse:

## **Erforderlich**

Zuerst ist zu ermessen, inwieweit die Einsatzkräfte sowie deren Angehörige „Hilfe“ benötigen. Der ermittelte Bedarf ist der Ausgangspunkt für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Vorsorge,

Betreuung und Nachsorge. Wie wirksam entsprechende Maßnahmen sind, ist zu untersuchen. Bereits laufende Projekte oder bestehende Konzepte sind weiterzuführen. Diese sind für vergleichende Studien zu nutzen, die auf methodischen, statistischen und epidemiologischen Grundlagen beruhen. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Realität die Wissenschaft hinter sich gelassen und die Praxis den Weg vorgegeben hat. Um einheitliche Strukturen zu erreichen, müssen Auszubildende bestimmte Qualifikationen erbringen. Die Ausbildung an sich ist immer wieder neu zu bewerten und einzuschätzen.

Sind die genannten Schritte der Qualitätssicherung „vollzogen“, kann die strukturelle Einbindung vor sich gehen:

regionale Ergebnisse und Nachsorgemöglichkeiten bereitzustellen und weiterzugeben.

Damit kann man Geschehnissen überlegt gerecht werden sowie den Erfahrungsaustausch zwischen den Anbietern, „Kunden“ und der Wissenschaft initiieren und fördern.

## **Einheitliche Aus- und Fortbildung**

Die psychosoziale Notfallversorgung ist in die Ausbildung von im Rettungswesen Tätigen zu integrieren. Bestehende Konzepte sind auszuwerten und zu verbessern.

Eine „Stressdiagnostik“ ist zu entwickeln und für unterschiedliche Zielgruppen sind Mindestanforderungen festzuschreiben (primäre und sekundäre Prävention).

## **Einschätzung**

Geschlossen äußerten sich die Teilnehmer erfreut darüber, dass das Ministerium den Forschungsbedarf erkannt und die Experten versammelt hatte. Nachdem die Verantwortlichen im BMI sich für die Beratung durch die Fachkräfte entschieden hatten, stand fest, dass die Zusammenarbeit keine „Eintagsfliege“ darstellt wird. Vielmehr zeigte das Ministerium den bereits in der Notfallnachsorge Tätigen seine Bereitschaft an, vorhandene Erkenntnisse zu nutzen.

## **Rahmenbedingungen**

Rahmenbedingungen sind zu entwickeln und zu optimieren. Sie beinhalten die rechtlichen Grundlagen, die organisatorischen Festlegungen sowie die Definition der Verantwortung und Verantwortlichkeit. Außerdem die Klärung der Kostenfrage.

## **Regionale und überregionale Netzwerke**

Regional und überregional sind Netzwerke zu schaffen, um Informationen über über-

## **Aussicht**

Das BMI stellt Fördermittel in Höhe von einer Million Mark für Forschungsvorhaben in der psychosozialen Notfallversorgung in Deutschland bereit. Der zuständige Ansprechpartner im Ministerium, Dr. Willi Marzi, hofft, dass spätestens im März dieses Jahres zwei Forschungsprojekte definiert sind. Da das sich anschließende Ausschreibungsverfahren etwa vier Monate Zeit beanspruchen wird, ist zu erwarten, dass die Arbeit im Sommer 2001 beginnen kann.

# Haben wir eine Krise der Krisenstäbe?

Von Dietrich Ungerer / Thomas Mitschke

## Zusammenfassung/ Einleitung

Großschadensereignisse oder Katastrophen stellen immer wieder eine besondere Herausforderung an die Leistungsfähigkeit des Führungssystems dar.

Der Aufbau einer lageangepassten Führungsstruktur, der optimale Einsatz der vorhandenen Führungsmittel und die Entscheidungsfindung in Führungsstäben im Rahmen des Führungsvorgangs sind wesentliche Garantien für eine effiziente Lagebewältigung.

Dass es in der Entwicklung des Katastrophenschutzes gerade hier Defizite in der Gefahrenabwehr gegeben hat, wurde erstmals bei der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen von 1975 besonders deutlich.

Die Kritik an der Führung war das beherrschende Thema in der Aufarbeitung des Ereignisses.

Die Frage: Was haben wir aus der Katastrophe gelernt? - wurde schon damals eindringlich formuliert.

Gerade in Zeiten des möglichen Zerfalls einheitlicher Strukturen in der Gefahrenabwehr, bedingt durch die Neukonzeption des Zivilschutzes von der Bundesseite her, scheint diese Frage wieder aktueller denn je zu sein.

Der folgende Artikel möchte kritische Fragen stellen.

Fragen, deren Beantwortung den jeweilig Verantwortlichen auf den einzelnen Zuständigkeitsebenen der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes eine Analyse der Entwicklung des eigenen Führungssystems ermöglichen soll.

Es geht folglich nicht um Schwarzmalerei sondern um eine Bestandsaufnahme des IST-Zustandes, um Defizite frühzeitig zu erkennen und zu beheben.

## Haben wir eine Struktur- krise im Führungssystem? - Das Problemfeld „Führungsorganisation“ -

Während in der täglichen Gefahrenabwehr, bedingt durch die entwickelten Routinen und überschaubaren Lagen, in der Regel reibungslose Abläufe sichergestellt sind, ist bei Großschadensereignissen und Katastrophen immer wieder zu beobachten, dass der notwendige Aufbau einheitlicher und klarer Führungsstrukturen Schwierigkeiten bereitet. Ausdruck solcher Entwicklungen sind beispielsweise der Mangel an Koordination der Maßnahmen unterschiedlicher Beteiligter. Die Verselbständigung von Führungsstellen, die mit dem Schlagworten „Inflation von Einsatzleitungen an der Einsatzstelle“ verdeutlicht werden kann, oder die Überforderung einer Einsatzleitung aufgrund einer nicht lageangepassten Führungsorganisation, die zur Verselbständigung der unterstellten Einheiten oder Einsatzabschnittsleitungen führt, sind weitere Beispiele.

Die Frage in diesem Zusammenhang lautet: Haben wir länder- und organisationsübergreifende Strukturen, in denen sich alle im Einsatz Beteiligten wiederfinden und die ein Mindestmaß an Einheitlichkeit sicherstellen, um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Die Diskussion um unterschiedliche Stabsmodelle gerade auf der Ebene der Katas-

trophenschutzleitung, die sich offensichtlich in unterschiedlichsten Begriffen für diese Führungsebene niederschlägt, deutet auf die immer noch vorhandenen Strukturprobleme hin und ist geradezu symptomatisch.

Ist es in der Zukunft die Leitungs- und Koordinierungsgruppe, der Führungsstab, der reine Verwaltungsstab oder die Führungsgruppe Katastrophenschutz, die die Gesamteinsatzleitung inne haben?

Wie stellt sich die Zusammenarbeit bei kreis-/stadt- oder länderübergreifenden Ereignissen dar? Sind die Strukturen noch kompatibel, um Zusammenarbeit zu ermöglichen?

Dies gilt vor allem auch für die Strukturen des Katastrophenschutzes der Länder. Sind die Einsatzwerte der Einheiten für alle Führungsebenen noch transparent und kalkulierbar? Macht ein Mindestmaß an Kompatibilität ein Zusammenwirken noch möglich?

Auch wenn Vergleiche in ihrer eingeschränkten Perspektive oftmals eine Reduzierung komplexer Zusammenhänge darstellen, sei die Frage gestellt: Was macht den Erfolg eines Bundeswehreinsetzes beim Oder-Hochwasser 1997 aus?

Sicherlich spielten dabei meherer Faktoren eine Rolle. Präzise Führungsregeln, stabile Führungsstrukturen, eindeutig festgelegte Nachrichten- und Befehlswege sowie auftragstaktische Operationen mit innovativen Reserven bei Identifizierung mit dem Auftrag und der übernommenen Verantwortung zeichnen das Führungssystem der Bundeswehr u. a. aus. Ein derart stabiles und über alle Führungsebenen

kompatibles System bildet die Basis für die Lagebewältigung auch unter außergewöhnlichen Belastungen und wird somit zu einer Kenngröße effizienter Führung.

Die hier aufgezeigte Problematik ist heutzutage zunehmend unter dem Aspekt des Führens unter High Tech-Bedingungen zu sehen. So zeigt sich inzwischen bei der Anwendung EDV-unterstützter Führungssysteme, dass Führungsfehler hier massive Auswirkungen haben können, da sie oftmals nicht mehr ohne weiteres zu lokalisieren und auszuräumen sind. Das Vertrauen in die Technik entbindet nicht von der Berücksichtigung grundlegender Forderungen an ein effizientes Führungssystem. Mangelnde Professionalität in der Qualifikation der handelnden Personen und defizitäre Strukturen werden nicht durch die Einführung hochmoderner Entscheidungsunterstützungssysteme kompensiert sondern eher in ihren Folgen verschärft.

In diesem Zusammenhang ist eine den jeweilig vorliegenden Rahmenbedingungen fehlerminimalisierendes Führungsmanagement anzustreben.

Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf den Stellenwert einer verbindenden Führungsdienstvorschrift. In der überarbeiteten Feuerwehrdienstvorschrift 12/1 liegt die große Chance, unter allen Beteiligten wieder gemeinsame konsensfähige Strukturen festzuschreiben.

Die neue FwDV 100 kann in Zukunft als die Grundlage für eine länder- und organisationsübergreifende Führungsvorschrift im Sinne einer Dienstvorschrift 100 (DV 100) herangezogen werden.

### **Haben wir eine Verständigungskrise?**

Dass effiziente Kommunikation gewissen Anforderungen genügen muss, wenn Sie erfolgreich sein will, ist bekannt.

Sie muss „vollständig, abgesichert, eindeutig und syntaktisch fehlerfrei sein. Unsichere Inhalte müssen gekennzeichnet sein“ (vgl. Clemens-Mitschke, 1998).

Wahr ist letztlich nicht nur was A sagt, sondern was B lagespezifisch versteht.

Entscheidend ist, dass wir den Begriffen, die wir gemeinsam benutzen, auch dieselben Bedeutungsinhalte zuordnen. Begriffliche Übereinstimmung ist die Grundlage jeglicher Verständigung.

Die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, lauten:

- Haben wir eindeutige Begriffe, um Verständigung unter allen Beteiligten erfolgreich und effizient zu gestalten?
- Sind diese einsatznotwendigen und maßnahmenerklärenden Begriffe bundesweit verbindlich festgelegt?
- Wissen wir beispielsweise was mit Abkürzungen wie:

lebensgefährlich. Eine ausgeprägte Sprachdisziplin innerhalb der Stäbe ist unerlässlich, die vor allem an einheitlichen Gefahrennormierungen und Gefahrenauswirkungen orientiert ist. Die Verständigung der Menschen untereinander ist nicht nur im beruflichen Alltag mit oftmals reichhaltigen verbalen Unverständlichkeiten behaftet, sondern eskaliert gerade in kritischen Situationen in den Zustand der Missverständnisse. Solche Verständnisprobleme im Bereich der Wortwahl, der Wortbedeutung, des Satzaufbaus etc. beim Kennzeichnen von Bedrohungen und beim Befehlen, Auftragen oder Anfordern von Maßnahmen sind oftmals Ursachen für tragische Einsatzfehler.

Stabsarbeit unter hoher Informations- und Entscheidungsdichte und somit auch unter hoher Sach- und Begriffsdichte, trägt oftmals dazu



**Der Einsatz von spezifischen Rechnersystemen kann die Stabsarbeit unterstützen.**

KatSL, KSL, .KEL, SAE, FÜGr KatS, LuK, IuK, TEL, ÖEL; EL, SEG, KomFü, FÜKom etc. gemeint ist und ordnen wir allen dahinter stehenden Begriffen immer dieselbe Bedeutung zu?

Die Wortbedeutungen für die diese und andere Abkürzungen stehen, müssen vor allem in extremen Belastungssituationen noch eindeutig vermittelt und verstanden werden können. Fehlinterpretationen und falsche Auslegungen sind für die Betroffenen u. U.

bei, dass nicht genügend taktische und operative Reserven für die Lagebewältigung bereitstehen. Dies führt zu einer entsprechenden Verarmung der Stabsarbeit um so eher, je weniger taktische und operative Verfahren gelernt und geübt wurden. „Mir fiel nichts mehr ein, die Lage lief mir davon“, das sind bekannte Bemerkungen in Grenzsituationen.

Durch ein entsprechendes Informationsmanagement sind solche Einschränkungen zu verhindern. Gerade unter einer

Extrembelastung müssen noch die lagenotwendigen Maßnahmen mental aufbereitet werden können. Wissensbasierende Rechnersysteme können hier, wenn sie vorhanden und beherrscht sind sowie lageadäquate Algorithmen gespeichert haben, unterstützend wirken.

## Haben wir eine Ausbildungskrise?

Ohne eine praxisnahe und effiziente Ausbildung sind komplexe Lagen gerade durch die vielfach ehrenamtlichen Helfer und Führungskräfte im Katastrophenschutz nicht bewältigbar. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, ob unser Ausbildungssystem in Hinblick auf die Qualifikation von Führungskräften den genannten Ansprüchen genügt.

Hierzu bedarf es sowohl länder- als auch organisationsübergreifend und in Abstimmung mit der Bundesebene eines schlüssigen und sich stufenweise aufbauenden Ausbildungskonzeptes.

Die Entwicklung abgestimmter Richtlinien oder Curricula auf allen Ausbildungsebenen stellt für die auszubildenden Führungskräfte ein in sich schlüssiges Ausbildungssystem dar.

Den hoch komplexen Anforderungen, denen sich Führungskräfte im Einsatz ausgesetzt sehen, kann nur durch eine kontinuierliche Ausbildung, die alle Qualifikationen der Führungstätigkeit auf den einzelnen Ebenen berücksichtigt, begegnet werden.

Wie im Sport bedarf es des ständigen Trainings der Abläufe, um Verhaltensanpassungen zu initiieren, die eine optimale Vorbereitung auf die Extremsituationen des Einsatzes darstellen.

Dabei sollte die Belastung in der Ausbildung höher angesetzt werden, als sie im Einsatz zu erwarten ist, um gewissermaßen eine Überkompensation und Stressresistenz zu erzeugen.

Dass in diesem Zusammenhang einmalige und punktuell



Eine professionelle Ausbildung der Führungskräfte in den Stäben, wie hier an der AKNZ in Ahrweiler, ist unerlässlich.

le Tages- oder Wochenseminar bei aller Anstrengung der Unterrichtenden in ihrer langfristigen Wirkung beschränkt bleiben, liegt auf der Hand. Ein gewisses Maß an zumindest Semiprofessionalität gerade für die Führungskräfte in den Stäben auf den einzelnen Führungsebenen ist zu fordern, um den Ansprüchen im Einsatz gerecht zu werden.

Auf das Ereignis, das nur selten eintritt, muss man sich um so intensiver und kontinuierlicher vorbereiten, um im „Training“ zu bleiben.

Die kritische Analyse sowohl des Ausbildungsumfanges als auch der Inhalte sowie der Methoden auf dem Hintergrund der Gesamtbildungskonzeption erscheint notwendig, um unsere Führungskräfte bestmöglich vorbereitet in den Einsatz zu schicken.

Die Neigung, im Führungsmanagement einmal erworbene sowie langjährig angewandte und damit anscheinend erprobte Führungskonzepte auch unter veränderten Gefahrenlagen immer wieder anzuwenden, ist ein bekanntes Führungs- und Administrationsverhalten. Dies hatte in der Vergangenheit durchaus Vorteile, waren doch die Auswirkungen der Gefahren relativ begrenzt und oftmals leicht zu bekämpfen. Die uns vertrauten Muster des Sehens, Hörens und Riechens von Gefahren und des Denkens darüber reichten aus, um gezielte Gefahrenvermeidung und -bekämpfung vorzunehmen. Ge-

fahren wurden wahrgenommen und Maßnahmen „von der Hand in den Mund“ gegen sie eingeleitet. Solchen Verfahren sind heutzutage geradezu lebensgefährlich. Durch die Dynamisierung der Gefahrenspektren kann nicht mehr so lange gewartet werden, bis die Gefahren zu sehen, zu hören und zu riechen sind. Dann ist es meistens schon zu spät.

Ein eindeutiges Vorausdenken von Gefahrenszenarien ist noch nicht allgemein üblich. Gefahren werden im privaten und öffentlichen Leben oftmals tabuisiert oder ignoriert. Ausbreitungsgeschwindigkeit und Intensität ihrer tödlichen Wirkungen werden nicht immer richtig erkannt und gehandhabt. Außerdem ist die Angst, lebensbedrohliche Situationen zu denken und entsprechend vorauszukalkulieren weit verbreitet. Die Geschichte des Einsatz- und Krisenmanagements ist voll davon. Dieses Phänomen ist eines der größten Präventionsbarrieren im Sicherheitswesen. Daraus entstehen Grundmeinungen, die z. B. folgendermaßen ausgedrückt werden: „So schlimm wird es schon nicht werden“. Oder: „Das hat es bisher in diesem Ausmaß noch nicht gegeben. Bisher hat es immer geklappt.“ Solche Formulierungen signalisieren Gefahrenverkennungen, Ausbildungsdefizite und persönliche Aversionen gegen den akuten und potentiellen Ernstfall mit existenzgefährdenden Bedrohungen.

Aus- und Fortbildung müssen sich den genannten Themenblöcken ständig stellen. Damit zusammen hängt auch die fortlaufende Überprüfung der Einsatznähe der Ausbildungsmethoden sowie der Qualifikation der Ausbilder, des Führungspersonals und der Führungsinstrumentarien.

Aktuell sind in der Diskussion auch traumatisierende Ereignisse und ihre möglichen Auswirkungen. Führungskräfte auf allen Ebenen und die Ein-

sionellen Stressabwehr und Stressbewältigung besitzen. Hohe Gefahrenbelastungen und Langzeitlagen erfordern ein beachtliches Maß an psychophysischer Leistungsfähigkeit. Führungskräfte sind daher für Extremlagen auszubilden. Ihre Beanspruchbarkeit muss einem breiten Einsatzspektrum genügen. Stehen diese Führungskräfte zur Verfügung?

Zielanspruch in der Ausbildung der einzelnen Führungse-

Stäbe sollten folglich in der Zusammensetzung, in der sie ausgebildet und geübt haben, auch eingesetzt werden. Das ist zwar eine Idealforderung, sie erhöht aber den Einsatzwert erheblich. Demgegenüber haben zusammengewürfelte Stäbe einen geringeren Einsatzwert. Sie brauchen oft Stunden, bis sie einigermaßen ihre Zusammenarbeit koordiniert haben. Anzustreben sind Stäbe, die jederzeit an beliebige Einsatzorte verlegt werden können. Unprofessionell ausgebildete und arbeitende Stäbe stellen einen Unsicherheitsfaktor dar, der in diesem exponierten Bereich der Gefahrenabwehr nicht verantwortbar ist.

### Haben wir eine Übungs- und Anwendungskrise?

Diese Frage steht in engem Zusammenhang mit dem vorweg genannten Themenfeld.

Die vermeintliche Sicherheit, in der man sich im eigenen Zuständigkeitsbereich wagt und die Last des Tagesgeschäftes lässt oftmals vergessen, dass ein Ramstein, Herborn, ein Oder-Hochwasser oder ein Eschede jeden Tag im eigenen Bereich stattfinden können.

Sind wir ständig bereit, solchen Ereignissen effizient zu begegnen?

Dies lässt sich letztlich nur durch regelmäßige Übungen überprüfen.

Hier ist eine Übungsmentalität zu fordern, die selbstkritisch Schwachstellen immer wieder analysiert und nicht eine zweifelhafte Sicherheit nach außen suggeriert in dem Sinne, dass wieder alles hervorragend geklappt hat und keine Probleme aufgetaucht sind.

Konstruktive Kritikfähigkeit in der Auswertung der jeweiligen Übung ist hier erforderlich.

Stabsarbeit bleibt in der Regel die Ausnahme in der Gefahrenabwehr. Der zwangsläufige Mangel an Einsatzerfahrung muss durch ein ständiges Training der Führungskräfte



Für den Einsatz in Extremlagen müssen Führungskräfte speziell ausgebildet werden.

satzkräfte vor Ort sollten Kenntnisse über die Entstehung traumatischer Zustände und über deren Symptome haben, die sich möglicherweise während oder nach einem stark belastenden Einsatz einstellen. Darüber hinaus sollten im Rahmen der Ausbildung sogenannter Peers Maßnahmen zur Kameradenhilfe nach dem Auftreten psychischer Besonderheiten als effiziente „Erste Hilfe“ sichergestellt sein. Psychologische Kameraden- bzw. Kollegenhilfe sollte zum unabdingbaren Bestandteil der Aus- und Fortbildung gehören. Gerade hier ist eine professionelle Ausbildung aller Einsatzkräfte unbedingt notwendig.

Die Gefahr, dass der fehlerhaften Betreuung, Beratung und Therapie Tür und Tor geöffnet wird, wodurch letztlich psychische Schäden entstehen können oder sich gar erst einstellen, ist frühzeitig zu begegnen. Führungskräfte sollten Fähigkeiten zur profes-

benen ist die Professionalität. Mit der Qualitätssicherung ist auch gleichzeitig eine Homogenisierung der Führungskräfte auf allen Ebenen anzustreben. Es ist zu fordern, dass Führungskräfte nach ihrer Leistungsfähigkeit und persönlichen Eignung sowie Befähigung gezielt für die komplexen Aufgaben in Führungsstäben ausgewählt werden. Letztlich tragen sie die Verantwortung für die Bewältigung von Großschadensereignissen und Katastrophen. Personelle Fehlentscheidungen wirken sich daher in diesem Bereich fatal aus.

An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass gruppendynamische Prozesse nicht zu unterschätzen sind. Einsatzwert und Führungsqualität nehmen mit zunehmender Inhomogenität der Führungsstäbe ab. Je länger sich Führungskräfte kennen und miteinander zusammengearbeitet haben, um so besser wird letztlich die Einsatzqualität.

im Rahmen von Übungen kompensiert werden.

Wesentlich ist, dass die Abläufe ganzheitlich-analytisch und unter Einbeziehung aller im Einsatz Beteiligten geübt werden, um Schnittstellenproblematiken und Reibungsverluste von vornherein festzustellen und zu minimieren.

Dies gilt in gleichem Maße für die Ausbildung.

Planübungen sind so einatznah wie möglich durchzuführen und einer Schwachstellenanalyse zu unterziehen. Diese muss unbedingt erfolgen, um Maßnahmen für Nachjustierungen und Korrekturen vornehmen zu können. Planübungen sollten daher auch wissenschaftlich begleitet werden, um Qualitätsstandards sicherzustellen. Die Analysen müssen dabei auf Aspekte gerichtet sein wie Belastungsfähigkeit der Führungskräfte, ihre Kommunikations- und Entscheidungsfähigkeit sowie auf Störanfälligkeit und psycho-physische Stabilität. Im Vordergrund sollte weiterhin das Krisenmanagement stehen mit Varianten wie z. B. unter Zeitdruck Entscheidungen fäl-

len zu können, komplexe Lagen sicher beurteilen zu können und vor allen Dingen Lageentwicklungen vorkalkulieren zu können. Außerdem sind in den einzelnen Übungen außergewöhnliche Lagen vorzusehen. Damit sind Lagen gemeint, die vorher völlig unbekannt waren. Führungskräfte erlangen so eine höhere Flexibilität in der Lagebewertung und Stressresistenz. Entscheidend ist wiederum der Aspekt, dass die Anforderungen in der Übung höher liegen müssen als die im Einsatz zu erwartenden Beanspruchungen.

Zu fragen ist, ob Übungen mit einem solch hohem Anspruchsprofil bereits üblich sind?

Manchem Leser mögen die Fragen provozierend und in ihrer negativen Diktion übertrieben erscheinen.

Dies ist durchaus gewollt, um so zum kritischen Denken anzuregen.

Das unser Führungssystem auf dem Hintergrund der jeweiligen Rahmenbedingungen nach wie vor zu optimieren ist, bleibt ein ständiger Auftrag für die Zukunft.

Ein Weg geht über die Analyse der Leistungsfähigkeit und des IST-Zustandes des jeweiligen Führungssystems.

Die Definition dessen, was unter Qualität in der Gefahrenabwehr und im Katastrophenschutz zu verstehen ist und die Offenlegung der hierfür notwendigen Qualitätskriterien beschreibt dabei den zu erreichenden SOLL-Zustand.

Am Schluss steht die Frage:

Können wir es uns leisten, diesen Bereich des Krisenmanagement zu vernachlässigen?

- und der Appell:

Lasst uns endlich die notwendigen Lehren aus der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen von 1975 (!) ziehen.

#### **Autorenangaben zur Veröffentlichung:**

Dietrich Ungerer, Professor für Sicherheitswissenschaft an der Universität Bremen.

Thomas Mitschke, Referatsleiter für Führungs- und Einsatzgrundsätze - Inlandseinsatz - bei der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk - Leitung.

## Das Rüstzeug für den Krisenstab

### **Die Stabsausbildung an der AkNZ**

Spätestens nach den verheerenden Waldbränden des Sommers 1975 in Niedersachsen, wurde sehr schnell erkannt, dass damals durch nicht vorhandene Führungsstrukturen dem Katastrophenschutz fehlende Effizienz nachgewiesen werden konnte. Nicht die Helfer vor Ort haben damals versagt, sondern das Management der Katastrophenschutzbehörden. Eine generelle Ausbildung von Katastrophenschutzstäben war seinerzeit nicht üblich.

Kurze Zeit nach den Ereignissen in Niedersachsen haben der Bund und die Länder beschlossen, eine zentrale Ausbildung von Katastrophenschutzstäben einzuleiten. Die damalige Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) hat daraufhin mit der Ausbildung von Führungs- und Leitungskräften der Katastrophenschutzbehörden und des Katastrophenschutzes begonnen. Heute wird diese Ausbildung von der zum Bundesverwaltungsamt gehörenden Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler durchgeführt.

Unter Berücksichtigung der jeweiligen landesrechtlichen Regelungen im Bereich des Katastrophenschutzes werden diese Seminare an der AkNZ für Führungs- und Leitungskräfte der Katastrophenschutzbehörden abgehalten. Führungskräfte des Katastrophenschutzes, die in das Führungsgremium einer Katastrophenschutzbehörde berufen sind, können ebenfalls an den Seminaren teilnehmen. Alle Funktionsträger sollen aber auch Aufgaben im Zivilschutz wahrnehmen.

In drei jeweils eine Woche dauernden Lehrgängen erhalten die Teilnehmer das nötige Rüstzeug um in einem Katastrophenfall den Betrieb eines Führungsgremiums sicherzustellen. Nähere Informationen sind im Internet unter: <http://www.bva.bund.de>, Stichwort AkNZ, erhältlich.

## Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

### Computer- gesteuerte Dreh- leiter aus Ulm

Seit Jahrzehnten setzt Magirus im Drehleiterbau weltweit Maßstäbe. Über 5.000 Drehleitern wurden bisher in Ulm gebaut, allein über 1.000 der modernen computergesteuerten Modelle mit dem Kürzel „CS“ (computer stabilized) im Typennamen. Diese seit Jahren bewährte und weltweit eingesetzte Drehleitertechnologie wurde jetzt erneut um eine Vielzahl von Weiterentwicklungen und Innovationen bereichert.

Die neue Drehleiter-Variante DLK 23-12 Vario CS (computer stabilized) bringt weitere Verbesserungen bei der Manövrierfähigkeit, der Bedienerfreundlichkeit, den Einsatzmöglichkeiten und der Sicherheit für die Mannschaft. Mit der neuen DLK 23-12 Vario CS wurde im engen Dialog mit den Feuerwehren ein Hubrettungsgerät entwickelt, das ständig steigenden Leistungs- und Sicherheitsanforderungen entspricht.

Die wichtigsten Neuerungen im Überblick:

Die DLK 23-12 Vario CS verfügt über ein völlig neues Podium mit integrierter Umfeldbeleuchtung, abgerundetem Heck, neu gestaltetem Bedienfeld für die Abstützung und optisch markant abgerundetem, hochgezogenem Podiumskasten.

Besonderes Highlight der neuesten Magirus-Drehleiter ist das neu konzipierte Bediendisplay. Es ermöglicht durch modernste Computertechnik mit einem Farbdisplay am Haupt-Steuerstand (schwarz-weiß Display im Korb), Klartextanzeigen und Grafikdarstellungen eine präzise und komfortable Steuerung der Drehleiter. So werden permanent auf dem Display grafisch



der Stellwinkel und die ausgefahrene Länge der Leiter dokumentiert. Der überdachte Hauptsteuerstand bietet Schutz vor Witterungseinflüssen und herabstürzenden Teilen.

Erstmalig kommt bei einer Drehleiter DLK 23-12 Vario CS ein drei- bzw. vier-Mann Rettungskorb mit mittig angebrachtem Bedienstand, zwei Fronteinstiegklappen sowie zwei Multifunktionssäulen für Monitor und Krankentragenhalterung zum Einsatz. Als weiteres Novum im Drehleitersegment verfügt die DLK 23-12 Vario CS bei dem vorgestellten 4-Mann-Korb über einen über eine Achse im Winkel von 30° drehbaren Korb.

Ein im neu aufgebauten Leitersatz mit Walzprofilen aus Feinkornbaustählen fest verlegtes Teleskop-Wasserführungsrohr (als Sonderwunsch) ermöglicht eine durchgängige Wasserführung von der Einspeisestelle am Heck des Fahrzeugs bis zur Spitze der Leiter. Maximal stehen bei voll ausgefahrener Leiter bis zu 2.000 Liter Löschmittel pro Minute zur Verfügung. Das sonst notwendige Manövrieren des Schlauches am Boden entspre-

chend der Leiterbewegungen entfällt.

**Iveco Magirus Brandschutz-technik GmbH**  
Magirusstr. 16,  
89077 Ulm

### Die Auergesellschaft heißt jetzt MSA AUER GmbH

Diese Namensänderung ist die logische Konsequenz aus dem Wechsel des Firmenlogos, das bereits 1999 auf MSA AUER umgestellt wurde.

Gleichzeitig wurde MSA Europe als eigenständige GmbH gegründet, als zentrale Holding für die zwölf europäischen MSA-Gesellschaften. Die Eigentumsverhältnisse bleiben unverändert und werden durch die Umfirmierung nicht berührt.

MSA AUER gehört seit 1958 zum MSA-Konzern, der seine Zentrale in den USA, in Pittsburgh (PA) hat. Weltweit hat MSA 28 Tochtergesellschaften; dabei ist MSA AUER in Berlin mit ca. 700 Mitarbeitern die größte Tochtergesellschaft und zugleich Sitz der europäischen Holding, MSA Europe.



## Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

MSA AUER blickt nun zurück auf rund 110 Jahre Tradition und Erfahrung in Entwicklung, Herstellung und Vertrieb ihres Produktprogrammes.

MSA AUER steht für die selben Werte, Produkte und Leistungen wie bisher. Angefangen beim Atemschutz, über Schutzkleidung, Augen-, Gehör- und Kopfschutz bis zu tragbarer und stationär installierter Gasesstechnik bleiben wir weiterhin dem Schutz von Mensch und Umwelt verbunden.

MSA AUER GmbH  
Thiemannstrasse 1  
D - 12059 Berlin

### Gefahr durch brennendes Fett

Der Ort mit der höchsten Brandwahrscheinlichkeit ist die Küche. Da dort häufig mit heißem Öl und Speisefett hantiert wird, ist stets Vorsicht geboten. Falls sich aber doch einmal etwas entzündet, sollte zuverlässige Hilfe nicht weit sein. Mit dem LidX-W hat das Brandschutz-Unternehmen Bavaria einen Löscher eingeführt, der Fettbrände in Profiküchen und privaten Haushalten besonders schnell und nachhaltig bekämpft.

Wiederholt benutztes Fett kann sich bereits unterhalb von 260 Grad Celsius selbst entzünden. Aber auch überspringende Flammen während des Frittierens oder Flambierens bergen ein hohes Gefahrenpotenzial.

Der neue Aufladelöcher LidX-W enthält daher ein flüssiges Speziallöschmittel, das den Brand effektiv bekämpft und gleichzeitig gefährliche Rückzündungen verhindert. Zudem ist das wässrige Löschmittel gesundheitlich unbedenklich und kann somit in hygiensensiblen Bereichen wie der Gastro-

nomie und Hotellerie problemlos eingesetzt werden.

BAVARIA Brandschutz  
Industrie GmbH & Co. KG  
Regensburger Straße 16  
D - 93449 Waldmünchen

### Neuer Feuerwehr-Schutzanzug „Oberstdorf 2000“

„Schützen - Retten - Bergen Löschen“ das sind die Hauptfunktionen, welche die Feuerwehr auch bei Großveranstaltungen zu leisten hat. Damit die Helfer der Feuerwehr bei Tag und vor allem bei Nacht



schon von weitem erkannt werden können, gibt es jetzt die neue Feuerwehr-Bekleidung „Oberstdorf 2000“ mit reflektierenden und fluoreszierenden Materialien.

Die neuen Feuerwehranzüge der Firma Watex aus Marsberg sind vor allem für die Einsätze

im Straßenverkehr vorgesehen und erhöhen insbesondere durch den Einsatz von 3M Scotchlite Reflective Material die Sichtbarkeit bei Tag und Nacht. Durch das geringe Gewicht und den hohen Tragekomfort sind diese auch für einen mehrstündigen Einsatz wie bei solchen Großveranstaltungen bestens geeignet.

3M Deutschland GmbH  
Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit  
Carl-Schurz-Straße 1  
D - 41453 Neuss

### FIREROB - Ferngesteuerte Brandbekämpfung

FIREROB heißt die Antwort von IVECO Magirus auf die Vielzahl von gefährlichen Löschangriffen bei Gefahrguteinsätzen, Tunnelbränden oder Feuer in Industrieanlagen. Der ferngesteuerte und in verschiedenen Varianten ausführbare Lösch-Roboter kann in Kombination mit einer Schlauchhaspel (Fernlöschhaspel) mit Monitor dort Brände bekämpfen, wo der Einsatz für den Menschen lebensgefährlich wäre. Auch technische Arbeiten wie das Öffnen von Türen oder Ventilen und das Entlasten von



## Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

Druckbehältern kann FIREROB in einer großen Bandbreite ausführen. Ein erstes Gerät dieser Art ist bei der Werksfeuerwehr der BASF im Einsatz.

Aufgebaut ist FIREROB auf einem üblichen Klein-Kettenfahrzeug, das durch eine speziell entwickelte Schutz-Verkleidung für Einsätze in direkter Brandnähe geeignet ist. Selbst an Brandherde mit Temperaturen bis 1.200°C kann FIREROB sehr nahe und über einen längeren Zeitraum herangeführt werden, ohne dass im Inneren die für die elektronischen Bauteile kritische Temperatur von erreicht wird.

Iveco Magirus Brandschutz-technik GmbH  
Magirusstr. 16  
89077 Ulm

### VOGT-Tunnel Lösch- und Rettungsfahrzeug

Um in Tunnelröhren effizient Einsätze durchführen zu können, stellt die Firma VOGT (Schweiz) ein TLF mit einer speziellen Schnellwendevorrichtung als Weltneuheit vor.

Bei Gefahr wird das TLF mit Doppelkabine an Ort und Stelle um 180° in Fluchrichtung gedreht.

Das Spezialfahrzeug ist mit Wasser- und Schaumtank, Dachmonitor, Generator, Lichtmast, IFEX 3000 mit 100 m Schlauch auf Haspel und Beladung für Lösch- und Rettungseinsätze ausgerüstet.

Die Wasserversorgung erfolgt durch einen ZIEGLER Feuerlöschkreiselpumpe FP 28/8 mit Hochdruckteil.

Die Druckschaum-Zumischung erfolgt je Abgang bedarfsbezogen mit einer Zumischrate von 0 - 6% über die patentierte VOGT Zumischanlage.

VOGT AG  
Freimettingenstraße 20  
CH-3672 Oberdiessbach

### Notfall-Feuerwehr- pumpe

Bei Unfällen mit Gefahrgut ist es von größter Wichtigkeit, dass von den Rettungskräften sehr schnell die notwendige Hilfeleistungen erbracht wird. Dies setzt voraus, dass die Einsatzfahrzeuge mit den dafür notwendigen Geräten ausgestattet sind und die erforderlichen Hilfsmittel möglichst

schnell in Stellung gebracht werden können.

Dabei ist ein wesentlicher Punkt, die schnelle und sichere Umfüllung gefährlicher und zum Teil leicht brennbarer Flüssigkeiten. Speziell für diesen Einsatzbereich wurde die Notfall-Feuerwehrrpumpe entwickelt. Ein besonderer Vorteil ist, dass für diese Pumpe keine Fremdenergie notwendig ist, sondern die im Einsatzfahrzeug mitgeführten Atemschutzflaschen Verwendung finden. Dadurch bedingt ist die Pumpe, auch bei extremen Einsatzbedingungen, sehr schnell einsatzbereit.

Die auf der Basis der Druckluft-Membranpumpe aufgebaute Notfallpumpe aus Edelstahl ist serienmäßig mit einem je 2 m langen Saug- und Druckschlauch aus Edelstahl ausgestattet und somit sehr universell verwendbar. Die für den Betrieb notwendige Druckluft wird den zwei Atemschutzflaschen, die mit einem T-Stück verbunden sind, entnommen. Die Druckreduzierung von 300 bar auf den zulässigen Betriebsdruck von max. 7 bar erfolgt durch einen Druckminderer. Die Fördermenge der Pumpe, die bei ca. 50l/min liegt, wird über ein in der Luftzuleitung installiertes Kugelventil geregelt. Die Druckluft der beiden Atemschutzflaschen reicht für eine Einschaltdauer von ca. 5 Minuten.

Die Pumpe mit sämtlichen Zubehörteilen ist in einer robusten und trotzdem handlichen Tragebox untergebracht, deren Abmessungen auf die Einsatzfahrzeuge abgestimmt sind.

Weitere Informationen auf der Homepage:  
[www.Notfallpumpe.de](http://www.Notfallpumpe.de)



# AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-  
SAMARITER-BUND



DEUTSCHE  
LEBENS-  
RETTUNGS-  
GESELLSCHAFT



DEUTSCHER  
FEUERWEHR-  
VERBAND



DEUTSCHES  
ROTES KREUZ



JOHANNITER-  
UNFALL-HILFE



MALTESER-  
HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-  
GEMEINSCHAFTEN DER  
HELFER IN DEN REGIE-  
EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN  
DES KATASTROPHENSCHUTZES  
IN DER BUNDES-  
REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.  
(ARKAT)



TECHNISCHES  
HILFSWERK



# Balkanhilfe bleibt notwendig

### Die Aktivitäten des ASB in Serbien

Dezember 2000 in Puhovo, einem Ort in der Nähe der Stadt Cacak in Serbien: Mehrere etwa sieben- bis zehnjährige Mädchen, manche in Landestracht gekleidet, tanzen zu Ehren der Besucher in ihrer Schule Colo einen Volkstanz. Die Besucher, das sind Gerhard Fischer, der ASB-Delegierte in Belgrad und sein Mitarbeiter Pavle Jankovic, Dordo Maric, ein in Deutschland lebender Serbe und der Bürgermeister von Puhovo. Sie sind gekommen, um zusammen mit den Jungen und Mädchen die Schule „Milan Blagojevic“ wieder zu eröffnen. Ein freudiges Ereignis, denn als der ASB die Schule im Juli 2000 das erste Mal besuchte, bröckelte die Fassade ab und das Dach war undicht. Es regnete hinein und dementsprechend war die gesamte Inneneinrichtung mehr oder weniger marode. Doch nun können Schuldirektor Milan Markovic und alle seine Schülerinnen und Schüler wieder stolz auf ihre Schule sein. Verschwunden sind die Wasserflecken an Decken und Wänden, frische grüne und weiße Farben geben den Räumen zusammen mit den bunten selbstgemalten Bildern der Kinder eine fröhliche Atmosphäre.

Mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes und einer Vereinigung in Deutschland lebender Serben, die sich zum Ziel gesetzt hat, Kinder- und Jugendeinrichtungen in ihrer Heimat zu fördern, hat der ASB die Schule repariert und renoviert. Jetzt kann man den Erfolg dieser Zusammenarbeit nicht nur in Puhovo besichtigen, sondern auch in Bukovica, Ivanjica, Ca?ak, und Kragujevac. Fünf Schulen hat der ASB im Süden Serbiens in den vergangenen Monaten wiederhergestellt und nutzbar gemacht. Eine wichtige Rolle bei der Auswahl der Schulen spielten die Städtepartnerschaften von Kragujevac mit Ingolstadt, Cacak sowie Lucani mit Düren sowie Bukovica und Ivanjica mit Wülfrath, die vom Auswärtigen Amt vermittelt wurden.

Dieses ist nur eines von vielen Projekten, das der Arbeiter-Samariter-Bund derzeit in Serbien durchführt. Der ASB unterhält seit dem 1. September 2000 ein Projektbüro in Belgrad, das in Serbien Projekte zugunsten der vom Krieg und Wirtschaftsembargo am härtesten betroffenen Gruppen, wie Kinder, alte Menschen, Kranke und Flüchtlinge, durchführt. Im Sommer und im Herbst des letzten Jahres hatte der ASB im Auftrag des Auswärtigen Amtes bereits Medikamente, Baby-nahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs nach Serbien gebracht. Zielgruppe der Hilfe waren auch in Serbien lebende Roma, die im Winter mit Nahrungsmitteln versorgt wurden.

Mit diesen Projekten verstärkte der ASB sein Engagement in Serbien, denn nach dem Ende der Ära Milosevic benötigt das Land für eine demokratische Entwicklung dringend materielle Hilfe.

Von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung Serbiens und

damit auch für den Frieden auf dem Balkan ist immer noch die Lösung der Flüchtlingsproblematik. So leben zurzeit alleine 300.000 registrierte Flüchtlinge aus Bosnien, Kroatien und dem Kosovo in der Vojvodina. Der Großteil dieser Menschen lebt bereits seit einigen Jahren bei Verwandten oder in Sammelunterkünften und zwar unter teilweise katastrophalen Lebensbedingungen, ohne dass es konkrete Perspektiven für eine Rückkehr in ihre Heimat gibt.

Zwar kann durch konkrete Nothilfeprojekte das nackte Überleben der Menschen gesichert werden, doch mit zunehmender Dauer entwickelt sich hier sozialer Sprengstoff. Das wirtschaftlich stark geschwächte Serbien sieht sich weder imstande eine adäquate Versorgung der Menschen mit dem Lebensnotwendigsten zu gewährleisten, noch eine Infrastruktur aufzubauen, die eine langfristige Ansiedlung der Flüchtlinge und Vertriebenen ermöglichen könnte.



Der Bürgermeister der Stadt Puhovo (links) überreicht dem ASB-Delegierten Gerhard Fischer eine Urkunde und ein Geschenk als Dank für die Reparatur an der Schule.

# Arbeiter-Samariter-Bund

Diese menschenunwürdige Situation stellt auch für den ASB eine große Herausforderung dar. Ausgehend von den vielen Erfahrungen, die der ASB in Kroatien und Bosnien mit der freiwilligen Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen gesammelt hat, soll auch den in Serbien lebenden Flüchtlingen eine Zukunftsperspektive eröffnet werden. Diese Perspektive besteht zum einen darin, Aufbauprojekte in Serbien durchzuführen, in deren Rahmen Wohnraum und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Zum anderen sollte den Menschen, die sich nach ihrer Heimat sehnen, eine Rückkehr ermöglicht werden.

Aus diesem Grund intensiviert der ASB zurzeit seine Anstrengungen, Kontakt mit den Flüchtlingen aufzunehmen, um deren Rückkehr zum Beispiel in die Krajina nach Kroatien, aber auch nach Bosnien vorzubereiten. In Zusammenarbeit mit dem UNHCR, dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, nimmt der ASB Kontakt zu den rückkehrwilligen Menschen auf und begleitet deren Rückkehr in die Heimat, wo ihnen, nach Möglichkeit sogar in ihren Heimatdörfern, eine neue Lebensperspektive gegeben wird. So werden für die rückkehrenden Serben in Kroatien mit Hilfe der Europäischen Union und des Auswärtigen Amtes die kriegszerstörten Häuser wieder hergerichtet und Starthilfen in Form von Wohnungseinrichtungen, Lebensmitteln und Bekleidung gegeben. Wo es möglich ist, werden Arbeitsplätze vermittelt und Einkommen schaffende Projekte umgesetzt. Ein zentrales Element dieser Repatriierungsprogramme sind außerdem Maßnahmen, die das friedliche Zusammenleben der ehemals verfeindeten Kriegsparteien fördern.

Auf dem Weg hin zu einem friedlichen Zusammenleben sind noch viele Hindernisse zu überwinden. Die Erfahrungen der letzten Jahre in Kroatien haben aber gezeigt, dass eine solche Entwicklung möglich ist. Stießen die Rückkehrprogramme zunächst sowohl bei den Einheimischen, die sich einer Rückkehr ihrer ehemaligen Nachbarn widersetzen, als auch bei den potentiellen Rückkehrern, die den Weg in ei-



„Colo“ heißt der Volkstanz, den die Mädchen zur Wiedereröffnungsfeier ihrer Schule für die Gäste vorführten.



Frisch gestrichen lädt die Schule „Stanislav Sremcevič“ in Kragujevac die Kinder zum Lernen ein. (Fotos: ASB)

ne ungewisse Zukunft scheuten, auf viel Skepsis und Widerstand, hat sich die Situation heute grundlegend verändert. Mittlerweile gibt es auch viele positive Reaktionen auf die Repatriierungsbemühungen des ASB. Hierfür war ein umfangreiches wirtschaftliches Engagement der internationalen Völkergemeinschaft nötig. So wurden allein dem ASB in den letzten fünf Jahren mehr als 100 Mio. DM für die Umsetzung seiner Rückkehrprogramme zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der engen Vernetzung seiner Aktivitäten in Kroatien, in

Bosnien, in Serbien und im Kosovo hat es sich der ASB zum Ziel gesetzt, einen wichtigen Beitrag zur grenzüberschreitenden Verständigung und damit auch zur Stabilität auf dem Balkan zu leisten.

*Dorothee Mennicken  
Dr. Stefan Sandbrink*

ASB  
Arbeiter-Samariter-Bund



# Mindestens 441 Menschen ertrunken

Erste DLRG-Analyse 2000

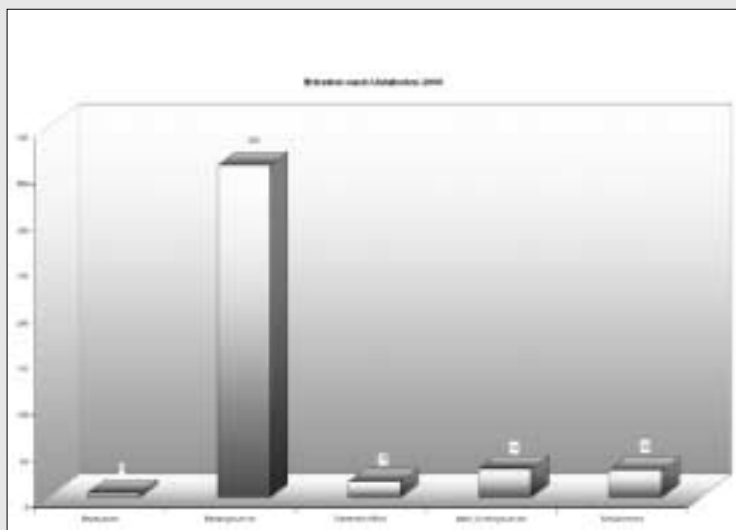
*Wie ist es um die Wassersicherheit in Deutschland bestellt? Wo passieren die meisten Unfälle, wer ist besonders betroffen und unter welchen Umständen ertrinken Menschen in unserem Land? Die Beantwortung dieser Fragen soll Aufschluss darüber geben, was die DLRG tun kann, um die Sicherheit im und am Wasser weiter zu verbessern.*

Bisher war das Statistische Bundesamt die einzige Quelle, die Antworten auf diese Fragen geben konnte. Im Jahr 2000 hat das Präsidium der DLRG eine namhafte Agentur beauftragt, bundesweit Medien-Informationen unter dem Stichwort „Ertrinken“ zusammenzutragen.

Die DLRG stellt hier die aktuellen Ergebnisse der Recherche in der Analyse 2000 vor.

Das Ressort Kommunikation hat dieses Material um Presseberichte aus dem Internet ergänzt und ausgewertet. Erstmals liegen nun bereits zum Beginn des Folgejahres wichtige Erkenntnisse über tödliche Wasserunfälle in Deutschland vor. Die Vorteile dieser Untersuchung liegen vor allem darin, dass sie viel mehr Informationen darüber liefert, unter welchen Umständen sich Ertrinkungsfälle ereignen. Die qualitative und quantitative Analyse bietet darüber hinaus Ansatzpunkte für die strategische Ausrichtung einer zeitgemäßen Unfallvorbeugung.

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland mindestens 429 Menschen ertrunken, obwohl die Witterungsbedingungen im Sommer – im Vergleich mit dem Jahr 1999 – dazu beigetragen haben, dass Wassersport und Badeaktivitäten deutlich zurückgegangen sind. Dazu kommen noch zwölf Personen, die während ihres Urlaubs im Ausland ertrunken sind. Die Verteilung der Todesopfer nach Altersklassen bestätigt die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes der letzten Jahre, wonach die Vorschulkinder bis zu



fünf Jahren am häufigsten vom Ertrinken betroffen sind. Im Jahr 2000 starben 31 Jungen und acht Mädchen bevor sie eingeschult wurden. Weitere Spitzen sind in der Altersstufe 26 bis 30 Jahre (32 Opfer), 41 bis 45 Jahre (34) und 46 bis 50 Jahre (32) festzustellen.

Von 441 Todesopfern waren 344 männlichen Geschlechts, das entspricht einem Anteil von 78 Prozent; 22 Prozent (97) waren Frauen. Hauptursache ist ein deutlich höheres Risikoverhalten der Männer.

## Gefährliche Binnengewässer

Auf die Frage wo findet Ertrinken statt, gibt die Statistik eine klare Auskunft: 359 (81,41 %) tödliche Unfälle passieren in Binnengewässern, also Binnen- und Baggerseen, Flüssen und Bächen. Sie sind der Gefahrenort Nummer eins. Nicht selten ereigneten sich die Unfälle unweit der Wohnung, des Arbeitsplatzes oder im erweiterten heimischen Umfeld. 31 Menschen (7,03 %) verloren ihr Leben im Meer und 29 Personen (6,58 %) ertranken im Frei- oder Hallenbad. Fünf Menschen starben in der Badewanne und 17 Personen

im Gartenteich oder privaten Swimmingpool, darunter viele kleine Kinder.

Die Statistik zeigt deutlich, dass sich die Mehrzahl der Todesfälle im Alter bis zu zehn Jahren, im direkten heimischen Umfeld, im Schwimmbad oder an einem Gewässer (Baggersee, Bach, Löschteich o.ä.) ereignet.

Mangelnde Aufsicht sowie die Unterschätzung der wirklichen Gefahr, die selbst bei einem kleinen Bach mit geringer Wassertiefe besteht, sind die Hauptursachen für Ertrinken im Kindesalter.

## 78 Wassersportler verunglückt

Die meisten der zwölf im Ausland ertrunkenen Deutschen, starben im Mittelmeer vor Mallorca und der spanischen Festlandküste. Wir müssen davon ausgehen, dass die Dunkelziffer bei Unfällen im Ausland zudem höher ist, da nicht alle Ertrinkungsfälle bekannt werden oder erst mit erheblicher Verspätung in die Statistik einfließen.

Wassersport ist nicht ohne Risiko, denn Wasser ist ein Element mit vielen Tücken und Gefahren. 78 Men-

schen verloren ihr Leben bei der Ausübung ihrer Sportart, beim Schwimmen, Segeln, Surfen, beim Tauchen, Kanufahren und selbst mehrere Angler finden sich in der traurigen Unfallstatistik. Der Anteil der aktiven Wassersportler liegt damit bei knapp 18 Prozent. Hier ist die DLRG aufgerufen, wie auch beim Ertrinken von Kindern, durch eine breitangelegte, zielgruppenspezifische Aufklärungsarbeit für mehr Sicherheit zu sorgen.



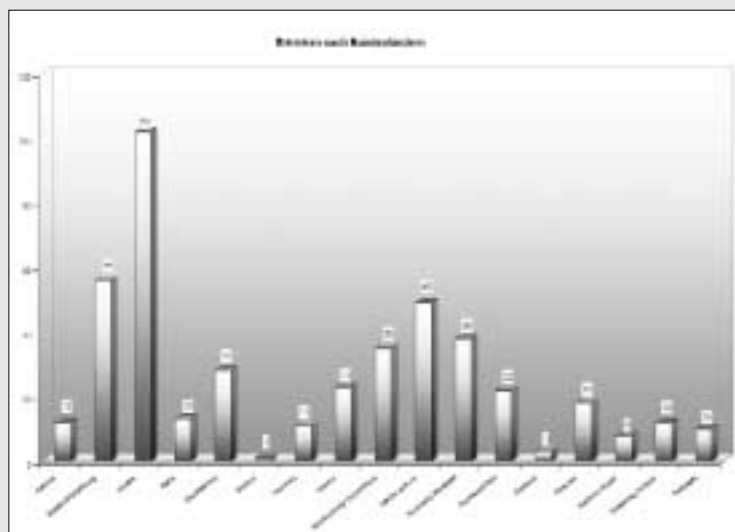
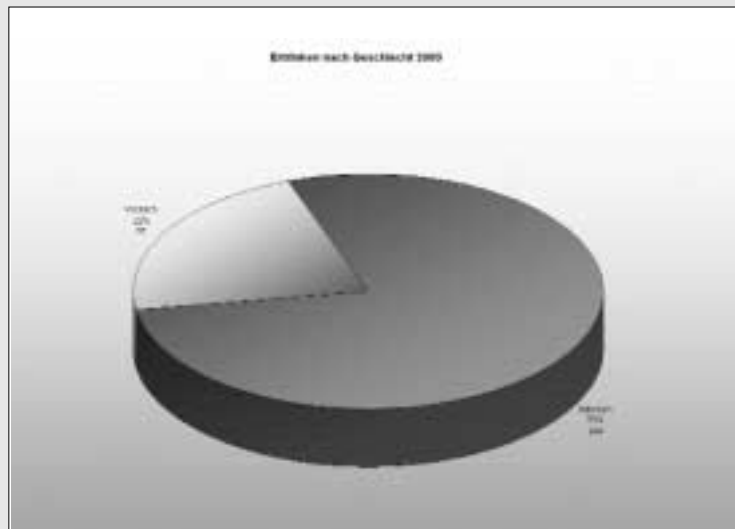
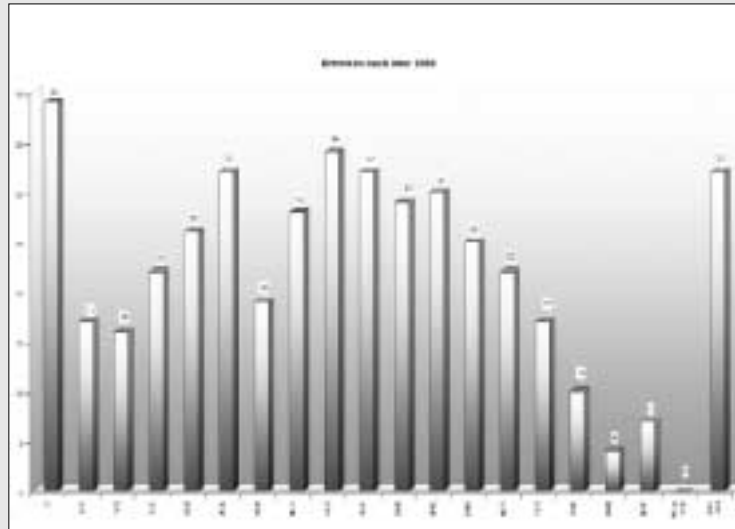
### Bayern führt Statistik an

Die Statistik über die Verteilung der Ertrinkungsfälle in den Bundesländern liefert interessante Ergebnisse. Mit 102 Todesopfern rangiert Bayern mit großem Abstand an der Spitze. An zweiter Stelle liegt mit 56 tödlichen Unfällen Baden-Württemberg – ein weiteres südliches Bundesland. Platz drei nimmt Niedersachsen mit 49 Ertrinkungstoten ein, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 38 und Mecklenburg-Vorpommern mit 35 Todesopfern. In Brandenburg starben 28, in Hessen 23 und in Rheinland-Pfalz 22 Menschen. Am ende der Tabelle liegt das Saarland mit drei und Bremen mit einem Ertrunkenen.

In Sachsen sind 18 Opfer zu beklagen, in Thüringen zehn und Sachsen-Anhalt acht. Mit Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ergibt sich für die neuen Bundesländer eine Gesamtzahl von 99 Ertrunkenen. Damit beträgt der Anteil der neuen Bundesländer in der Gesamtstatistik 23 Prozent. Er ist um mehrere Prozentpunkte niedriger als in früheren Jahren und zeigt eine positive Entwicklung. Legen wir die Einwohnerzahlen der alten und neuen Bundesländer zugrunde, ist die Quote in Ostdeutschland heute nicht mehr – wie noch vor wenigen Jahren – doppelt so hoch.

### Fazit

Unter Berücksichtigung der Annahme, dass der schlechte Sommer viele Badegäste, Schwimmer und Wassersportler von der „Waterkant“ oder dem Baggersee ferngehalten hat, ist die Gesamtzahl der ermittelten Unfälle im Vergleich zu den Jahren 1998 und 1997 als hoch anzusehen.





# Waldbrandbekämpfer gesucht

## Leistungsbewerbe in Österreich und Südtirol

In einigen Wochen werden die großen Wald- und Flächenbrände in Griechenland wieder Bestandteil unserer Fernsehnachrichten sein. Sicherlich haben sich in der Vergangenheit bei diesen Bildern einige Feuerwehrmänner, aber auch Feuerwehrfrauen die Frage gestellt, warum können wir dem griechischen Volk bei der Brandbekämpfung nicht helfen?

Der griechische Verband der Freiwilligen Feuerwehr und Aufforstung (E.S.E.P.A.) hat nun eine Einladung an den Deutschen Feuerwehrverband geschickt, mit der er Mitgliedern deutscher Feuerwehren die Möglichkeit anbietet, in den Sommermonaten an einem Übungscamp in Pieria-Litochoron (am Fuß des Olymps) teilzunehmen. Rund 250 ehrenamtliche Feuerwehrleute aus Deutschland und Österreich sollen neben 250 griechischen Feuerwehrkameraden in Waldbrandbekämpfung ausgebildet und im Bedarfsfall eingesetzt werden. Das Übungslager wird vom 15. Juni bis 15. September 2001 bestehen.

Nikos Sachinidis, der Präsident des E.S.E.P.A. teilte in seiner Einladung mit, dass vorgesehen sei, in diesem Lager vier sogenannte Löschkolonnen einzurichten. Jede der vier Löschkolonnen besteht aus 98 Einsatzkräften, die von Berufsfeuerwehrleuten geführt werden. Für den Einsatz stehen jeder Löschkolonne vier Tanklöschfahrzeuge (1x 1500 l, 2x 2500 l, 1x 4000 l), ein Bus mit 50 Plätzen, zwei Kleinbusse mit je 8 Sitzplätzen, ein Geländewagen und zwei Motorräder zur Verfügung.

Die Einsatzkräfte, die mindestens 14 Tage im Lager zur Waldbrandbekämpfung bleiben müssen (längerer Aufent-

halt erwünscht), werden bei Bedarf überall in Griechenland eingesetzt. Die Einsatzanordnungen kommen von einer Zentralstelle in Athen. Sofern kein Einsatz erforderlich ist, können die Teilnehmer einen Badeurlaub am Meer genießen.

Folgende Leistungen werden den Teilnehmern kostenlos geboten: Unterbringung in Zelten mit Betten (jeweils 6 Personen), griechische Küche (Vollpension), Transfer von und zum Flughafen, sofern es die Situation zulässt, Ausflüge zu antiken Kulturstätten mit Führung und Folkloreabend.

Im Lager wird offiziell griechisch und deutsch gesprochen. Der E.S.E.P.A. weist in seiner Einladung darauf hin, dass es sich bei der Maßnahme weniger um einen Erholungsurlaub, als um eine unter Umständen sehr anstrengende Aktion handelt.

Die Wahrscheinlichkeit zur Bekämpfung von Waldbränden eingesetzt zu werden ist sehr groß.

Finanziert wird die Aktion durch verschiedene griechische Ministerien. Die Teilnehmer erhalten für ihren Einsatz keinen Lohn und müssen auch ihre An- und Abreise nach und von Thessaloniki selbst finanzieren.

Die Helfer müssen 18 Jahre alt und Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr sein. Außerdem müssen die Teilnehmer für einen ausreichenden Versicherungsschutz selbst sorgen.

Der DFV hat sich durch die Deutsche Botschaft in Athen die Seriosität der E.S.E.P.A. sowie der gesamten Aktion bestätigen lassen.

Detaillierte Informationen sind bei der Bundesgeschäftsstelle des DFV in Bonn erhältlich.

An den Feuerwehrleistungsbewerben in Österreich und Südtirol nehmen jedes Jahr deutsche Wettkampfgruppen teil. Die dortigen Leistungsbewerbe festigen die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen, vertiefen die grenzüberschreitenden Kontakte und sind im übrigen organisatorische Meisterleistungen der Feuerwehren in Österreich und Südtirol.

Die Teilnahme der deutschen Wettkampfgruppen ist aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen der nationalen Feuerwehrverbände von Österreich, Südtirol und der Bundesrepublik Deutschland seit vielen Jahren geregelt.

So ist für die Teilnahme an derartigen Wettbewerben eine Starterlaubnis des DFV erforderlich. Die im Training erreichte Leistung muß durch zwei vom DFV zugelassene Abnahmeberechtigte geprüft und im Anmeldevordruck bestätigt werden. Die Mindestpunktzahl für eine Starterlaubnis wurde jetzt auf 320 Punkte gesenkt.

Die Wettkampfgruppen repräsentieren die deutschen Feuerwehren und damit den Deutschen Feuerwehrverband im Ausland. Aus diesem Grunde muss natürlich auf ein einheitliches Auftreten aller deutschen Bewerbungsgruppen bei den offiziellen Programmpunkten (Eröffnungsfeier, Bewerb, Siegerehrung, Kameradschaftsabend) besonderer Wert gelegt werden.

Durch eine nachgewiesene Trainingsleistung wird sichergestellt, dass sich die deutsche Wettkampfgruppe einem internationalen Vergleich bedenkenlos stellen kann.







## Rolf Zuckowski präsentiert Erste-Hilfe-Buch für Kinder



Bei der Vorstellung des Buches im Hamburger Cinemaxx gab Rolf Zuckowski ein Konzert für über 400 Fans. Dabei wurde er lauthals unterstützt von Kindern der Johanniter-Kindergruppe "Jeverland" aus Schortens



Links:  
Das Konzert wurde unterstützt von den beiden Maskottchen „Jona“ und „Joni“.

Unten:  
Einige Fans ergatterten ein Autogramm des beliebten Sängers.  
(Fotos: JUH)



Der bei Erwachsenen, wie auch bei Kindern gleichermaßen beliebte Hamburger Liedermacher und Sänger Rolf Zuckowski begeistert immer wieder mit seinen pfiffigen Kinderliedern.

Nun konnte Rolf Zuckowski als Schirmherr der Johanniterinitiative "Ersthelfer von Morgen" gewonnen werden. In dieser Eigenschaft präsentierte der Sänger das neue Buch "Helfen ist Stark" von Sieghild und Ralf Sick.

Ralf Sick der Leiter des Bildungswerkes der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.ist, hat die Initiative "Ersthelfer von Morgen" gemeinsam mit seiner Mutter, der Pädagogin Sieghild Sick, ins Leben gerufen. Ziel der Initiative ist es, bereits jüngeren Kindern die Fähigkeit des Helfens nahe zu bringen.

In seinem Vorwort schreibt Rolf Zuckowski: "Wer hilflos beseite steht und nicht weiß, was er tun soll, der fühlt sich schlecht und schämt sich seiner Hilflosigkeit. Wenn es um Verletzungen geht, ist eine frühe Vorbereitung auf den Ernstfall der einzige Weg, um nicht eines Tages daneben zu stehen." Das im Ellermann-Verlag erschienene Sachbilderbuch soll bereits den Jüngsten die Grundregeln der Ersten Hilfe anschaulich machen. Die Maskottchen von "Ersthelfer von morgen" Jona und Joni dienen dabei als Identifikationsfiguren für die jungen Leser. Die Illustrationen von Stefanie Scharnberg zeigen darüber hinaus, wie man einen Unfall meldet, wie man richtig tröstet und welche Tricks es gibt, ein Pflaster auch an schwierigen Stellen anzulegen.

# Helfer hoch zu Ross

## Sanitätsreiterstaffeln der Malteser



Ritter und Pferde – das gehörte zu mittelalterlichen Zeiten einfach zusammen. Sich auf diese Tradition auch des Malteser Ritterordens besinnend, bildeten die Malteser aus Hosenfeld (Diözese Fulda) 1996 bundesweit als erste eine Sanitätsstaffel zu Pferd aus. Da Reiten als Freizeitsport immer mehr Anhänger fand und Ausritte und Veranstaltungen auf den Vierbeinern zunahmen, reagierten auch weitere Malteser Gliederungen, wie jene aus Rottenburg-Stuttgart, Limburg und Herbstein. Sie alle sind wieder “aufs Pferd gekommen” – mit qualifizierter Sanitätsbetreuung.

Zu den Aufgaben der berittenen Sanitäter gehört die Betreuung von Reitern und Fahrern, indem sie bei Jagden, Herbstausritten oder Kutschfahrten mitreiten. Zusätzlich übernehmen sie die Sanitätsbetreuung von Wallfahrten, Wanderveranstaltungen, Festumzügen und Großveranstaltungen in für Fahrzeuge unwegsamem Gelände. Auf dem Pferd sind sie nicht nur wendiger und schneller zur Stelle, sondern für Hilfe suchende Menschen auch leichter zu sehen. Gleichzeitig haben sie bei einer großen Menschenmenge einen besseren Überblick und können so gegebenenfalls Gefahren schneller erkennen und vorbeugend eingreifen.

Parallel zu den berittenen “Sanis” fährt ein Rettungswagen die Strecke auf der Straße ab. Dadurch sind nach der Erst- auch die Folgeversorgung und ein eventueller schneller Transport in eine Klinik gewährleistet.

Um ihre Aufgaben sicher und professionell lösen zu können, benötigen die berittenen Sanitäter neben einer Qualifikation als Sanitäts- und Katastrophenschutz Helfer



Und auch das gibt es bei der Malteser Sanitätsreiterstaffel in Hosenfeld: eine Kutsche, die bei Wandertagen Erschöpfte aufnimmt.

auch eine sehr gute reiterliche Ausbildung. Zusätzlich erhalten alle Sanitäter eine Schulung im Bereich der Tiermedizin. Dadurch sind sie auch in der Lage, bei verletzten Pferden Erste Hilfe zu leisten. Die Vierbeiner werden darüber hinaus für den Einsatz als Tragetierte in schwer zugänglichen Katastrophengebieten (beispielsweise Erdbengebieten) und auf ein ruhiges Verhalten in großen Menschenmengen hin trainiert.

Ihren ersten Einsatz im Gelände hatte die im Mai des Jahres 2000 gegründete Sanitätsreiterstaffel der Malteser in Herbstein. Sieben im Vorfeld gut ausgebildete Reiter und Reiterinnen machten sich auf den Weg, Wanderer auf einer Wallfahrt von Lanzenhain auf den Hoherodskopf zu begleiten. Auch zwei Einsatzfahrzeuge mit Besatzung waren dabei. Zum Glück verlief dieser Begleitritt ohne jegliche Zwischenfälle.

Es ist ein großes Engagement, das da den ehrenamtlichen Sanitätern zu Pferd abverlangt wird. Zum einen wenden sie viel Zeit für das Training der Pferde, ihre eigene

Ausbildung und natürlich die Einsätze auf, zum anderen bringen sie auch ein hohes Eigenkapital ein: Sie stellen ihre Pferde zur Verfügung und tragen sämtliche Kosten für deren Unterhalt, Transport, Versicherung und Ausbildung.

Die Malteser Reiter aus Hosenfeld nehmen noch eine weitere Hilfsmöglichkeit mit ihren Pferden wahr: das therapeutische Reiten, im Fachausdruck Hippotherapie genannt. Seit über acht Jahren schon arbeiten sie zu diesem Zweck mit der Interessensgemeinschaft Therapeutisches Reiten in Nieder-Moos zusammen. Ausgebildet wurden sie von Pfarrer Gottfried von Dietze, einer Kapazität auf diesem Gebiet.

Für die unterschiedlichsten Gruppen von Behinderten ist das Pferd ein idealer heilpädagogischer und auch sportlicher Partner. Es strahlt Ruhe aus und bewirkt durch seine Bewegungen eine Art Langzeitmassage. Körper und Seele des Patienten werden gleichermaßen angesprochen. So ist das Pferd auch heute noch ein treuer Freund des Menschen – sein Helfer, Retter und Heiler.



# Wenn Jugendliche erwachsen werden

### Nach der Malteser Jugend in die Einsatzdienste

Aus Jugendlichen werden zwangsläufig Erwachsene. Und so wachsen auch die Mitglieder der Malteser Jugend aus unserem Jugendverband heraus. Aber wie kann man die Jugendlichen für eine anschließende Mitwirkung im aktiven Dienst halten? Vor diese Frage sahen sich auch die Malteser in Timmendorfer Strand bei gleich zehn Mitgliedern der Jugend gestellt. Die Idee: Gründung einer eigenständigen Gruppe, die zunächst eine Helfergrundausbildung nach AV 10 durchläuft.

Die Malteser Jugend will keine „Sanitätsjugend“ sein. Dennoch besteht zumindest bei den Beauftragten der Wunsch, möglichst viele Jugendliche für eine anschließende Tätigkeit bei den „großen“ Maltesern zu gewinnen. Aber das Ergebnis ist fast überall ernüchternd: Nur ein Bruchteil der Jugendlichen bleibt den Maltesern als aktive Helfer erhalten.

Die Gründe hierfür sind bekannt: In den Erwachsenengruppen hat das Alters- und Erfahrungsspektrum zu internen Hierarchien geführt. Sich hier zu integrieren heißt zunächst einmal, sich seinen Platz erkämpfen zu müssen. Der Spruch „Dat hebbt wi all jümmers so makt“ („Das haben wir schon immer so gemacht“) unterscheidet sich von Gruppe zu Gruppe nur in der Mundart.

#### **Frischer Wind in alten Segeln**

Diese Schwierigkeit, junge Aktive zu integrieren, ist nicht nur für die Gewinnung von Helfernachwuchs bedauerlich.

Vielen Gruppen des Erwachsenenverbandes würde ein frischer Wind durch neue Ideen und unbekümmerte Motivation sicherlich gut tun.

#### **Integration als Gruppe**

In Timmendorfer Strand haben der Jugendgruppenleiter, der Leiter Einsatzdienste und der Beauftragte nach Alternativen gesucht. Dabei sind wir zu dem Schluss gekommen, dass nur der Übergang einer geschlossenen Gruppe in den Erwachsenenverband Erfolg versprechend ist.

Voraussetzung für die Akzeptanz einer solchen Gruppe ist ein guter Ausbildungsstand. Daher durchlaufen die Teilnehmer zusätzlich zu ihrer Jugendgruppenstunde über ein Jahr eine Helfergrundausbildung nach AV 10 unter Federführung des Leiters Einsatzdienste.

Leiter der Ausbildungsgruppe ist ein erfahrener Helfer mit Gruppenführerausbildung. Als Ausbilder wirken verschiedene Fach- und Führungskräfte aus den Einsatzdiensten mit. So lernen die Teilnehmer nach und nach diese „Schlüsselfiguren“ des Erwachsenenverbandes kennen. Erste Einsätze als Praktikant fördern die weitere Integration.

Das Ausbildungsjahr endet mit der Berufung zum Helfer und dem Angebot, als komplette Gruppe in die Einsatzdienste übernommen zu werden. Der Kontakt zur Jugend kann bei Interesse aufrecht erhalten werden und ist zum Beispiel in der Funktion eines Gruppenleiterassistenten auch ausdrücklich erwünscht.

Die ersten Erfahrungen mit dem seit September 2000 laufenden Projekt sind ausgesprochen erfreulich. Viele Teilnehmer erwähnen positiv, dass sie in einer Weise gefordert werden, die ihnen die Malteser Jugend mit Rücksicht auf die jüngeren Mitglieder nicht mehr bieten konnte. Die Ausbilder freuen sich über eine Gruppendynamik und eine Begeisterungsfähigkeit, die sie aus dem Erwachsenenverband so nicht kennen.

Einige Probleme bereitete die Altersgrenze. Die Festlegung auf 16 Jahre hat sich aber bewährt, weil mit zwei Ausnahmen alle Teilnehmer ihre Schulzeit abgeschlossen hatten, um eine Berufsausbildung zu beginnen. Dieses führt zu einer homogenen Interessenslage in der Gruppe.

#### **Einsatzübungen schon in der Malteser Jugend**

Bewährt hat sich sicherlich auch, dass in Timmendorfer Strand die Malteser Jugend schon immer in jugendgerechter Form an die Einsatzdienste herangeführt wurde, zum Beispiel bei gemeinsamen Einsatzübungen mit der Jugendfeuerwehr.

Erklärtes Ziel ist es, eine in sich lebensfähige, eigenständige Gruppe in den aktiven Dienst zu überführen. Ob das letztlich gelingt, muss noch abgewartet werden.

*Rainer Kersten*

# Helfer im Katastrophenschutz – in Zukunft Mangelware?

– Die Helferprognose des THW –



Was ist dran an der vielfach geäußerten Befürchtung, ein Wegfall der Wehrpflicht werde unausweichlich einen Crash der Helferzahlen im Katastrophenschutz zur Folge haben?

Zuerst einmal stellt sich die Frage nach der Eintrittswahrscheinlichkeit eines solchen Falles. Es mehren sich in der Tat die Anzeichen, dass durch parteiübergreifende Strömungen die politische Diskussion um eine finanzierbare Bundeswehr der Zukunft und damit die Fortführung der allgemeinen Wehrpflicht wieder aufgenommen wird. Welches Ergebnis an deren Ende steht, unterliegt gegenwärtig noch weitgehend der Spekulation. Dennoch: Organisationen wie das THW, die mehr oder weniger stark abhängig erscheinen von den sogenannten Freigestellten, tun gut daran, sich im Rahmen ihrer Zukunftsplanungen mit dem „worst case“ auseinanderzusetzen. Und der heißt in der Tat: Wegfall der Wehrpflicht. Sollte es soweit nicht kommen, umso besser. Aber verantwortungsvoll planende Führungen sollten sich verpflichtet fühlen, perspektivisch eine derartige Entwicklung zu berücksichtigen und vorausschauend reagieren.

Es besteht also durchaus akute Notwendigkeit, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Welche numerischen Auswirkungen könnte nun ein solcher „worst case“ auf ein THW haben, das derzeit im aktiven Bereich zu fast genau 50% aus vom Wehrdienst freigestellten Helfern besteht? Es gibt maßgebliche Stimmen, die den Schwund in den vergleichbar strukturierten Sani-

Geschlecht	Gesamt	Aktiv	Reserve	Alt	Jung
Männlich		40.437	9.634	6.585	3.530
Weiblich		1.766	435	363	1.432
	69.182	42.203	10.069	6.948	4.962

Abbildung 1

tätsorganisationen auf bis zu 50% prognostizieren, während die Feuerwehren aufgrund des wesentlich höheren Anteils an nicht Freigestellten vermutlich keine ernsthaften Auswirkungen zu fürchten haben.

Für die THW-Leitung war jedenfalls Anlass gegeben, die möglichen Folgen auf der Grundlage vorhandener Daten, Befragungsergebnisse und Kenntnisse der sozialen Strukturen in der Helferschaft und den potentiellen Zielgruppen für die Helferwerbung einmal genauer zu untersuchen.

Hierzu wurden folgende Quellen gesichtet, ausgewertet und in ihren Aussagen miteinander verknüpft:

(1) Eine empirische, statistisch signifikante Untersuchung aus dem Jahre 1998 zur Helfermotivation im THW (Projektgruppe des Arbeitskreises F des THW)

(2) Eine Infratest-Umfrage aus dem Jahre 2000 im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, Jugend (BMFSFJ) anlässlich des Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001 (IJF 2001)

(3) Das Helferverwaltungsprogramm THWin.

Als Ergebnis konnte dem Bundesministerium des Innern mit Stand März 2001 eine vorläufige Helferprognose vorgelegt werden, deren Kernaussagen im Folgenden kurz dargestellt werden sollen.

1.) Am 01.02.2001 waren mit ihren Personalstammdaten insgesamt 69.182 Helferinnen und Helfer aller Stadi (Aktive-, Reserve-, Alt-, Junghelfer) in THWin erfasst, die Fehlerstreuung dürfte aufgrund des nicht überall gleichen Pflegezustandes der Daten bei +/- 5% liegen. Aktiv, d.h. über STAN-Stellen in den Einheiten positioniert, sind derzeit etwa 42.200 Helferinnen und Helfer (Abb. 1).

2.) Lohnenswert ist ein Blick auf die THW-Jugend. Aktuell sind in den Jugendgruppen der Ortsverbände knapp 10.000 Jungen und Mädchen organisiert. Dass diese Zahl eher steigt als sinkt, dafür sorgen die Neueintritte, die sich von 400 im Jahr 1990 auf knapp 2.000 im letzten



Jahr innerhalb von 10 Jahren fast verfünffacht haben. Diese Neueintritte alleine sagen allerdings wenig darüber hinaus, wie stark die Junghelferinnen und -helfer tatsächlich zur Existenzsicherung der Ortsverbände beitragen (Abb. 2). Vor der Prognose war allgemein angenommen worden, dass die Jugend in den Ortsverbänden einer starken Fluktuation unterliegt, dass die Jugendlichen also nach nur kurzen Standzeiten das THW wieder verlassen und durch neue ersetzt werden. Dem ist offenbar nicht so. Konnten im Jahr 1998 schon annähernd 900 Junghelferinnen und Helfer für den Übertritt in den aktiven Ortsverband gewonnen werden, waren es 1999 knapp unter und 2000 knapp über 1000. Damit sind im letzten Jahr fast genau 80% der theoretisch möglichen 1.250 Jugendlichen in den Status „Aktive“ gewechselt. Dies spricht für außergewöhnlich starke fachliche und organisationskulturelle Bindungskräfte zwischen Mutterorganisation und ihrem Helfernachwuchs. Verknüpft man diese Zahlen mit einer vorsichtig geschätzten Standzeit der ehemaligen Junghelferinnen und -helfer in den Ortsverbänden von 10 Jahren, dann lassen sich alleine über die THW-Jugend 5.000 Helferinnen und Helfer dauerhaft regenerieren. Das THW ist zusätzlich bemüht, die Zahl der Mädchen und Jungen im Jugendbereich von derzeit 10.000 auf 15.000 innerhalb von 5 Jahren zu steigern. Sollte dies gelingen – und alle Anzeichen sprechen dafür – würde sich das verlässliche Regenerationspotential der Bundesanstalt allein aus dieser Quelle auf mindestens 7.500 erhöhen.

3.) Hohe Fluktuationsraten in der Helferschaft beeinflussen in der Tat höchst negativ die Zukunftsplanung der KatS-Organisationen. Das neue Motto in der Ehrenamtlichkeit „Fairer Deal statt Al-

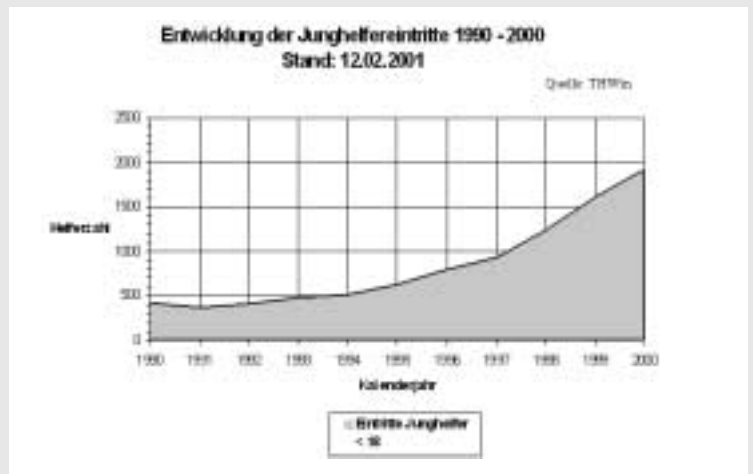


Abbildung 2

truismus“ – übersetzt: Was tut die Gesellschaft für mich, damit ich etwas für die Gesellschaft tue? – zeigt sehr deutlich, dass immer stärkere Bemühungen um die Verpflichtung neuer Helferinnen und Helfer erforderlich sind. Die Organisationen haben dies erkannt, aber Gegenleistungen erfordern Finanzmittel, die meist nicht vorhanden sind: z. Es ist daher in Fortführung der bisherigen Tradition wichtig, einen möglichst großen Anteil der Ehrenamtlichkeit möglichst lange an die Organisation zu binden. Im THW sind derzeit mehr als 20.000 Lang- und Längstdienende, d.h. solche mit Zugehörigkeiten von 11 bis 50 Jahren regi-

striert, immerhin 30% des gesamten Helferbestandes. Es wird aufgrund der Helferbefragung 1998 und der aktuellen Zahlen in THW in derzeit davon ausgegangen, dass 16.500 dieser Freiwilligen langfristig im THW verbleiben. Umsonst ist diese Art von Existenzsicherung künftig allerdings nicht zu haben. Das THW wird – sicher in enger Abstimmung mit den anderen KatS-Organisationen – neue Mitwirkungsmodelle z.B. mit einer Flexibilisierung der Mitwirkungszeiten, einem stärker projektorientierten Engagement und einer an der Verwendung orientierten, gestaffelten Helfer-Qualifikation entwickeln müssen, um in aus-

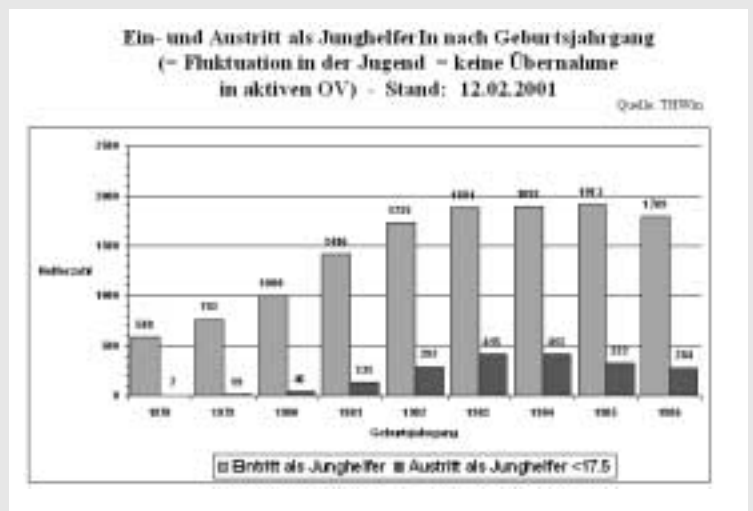


Abbildung 3

reichendem Maße junge Leute zur Mitarbeit zu gewinnen. Eine dem Zivilberuf entsprechende Personalentwicklungsplanung - Stichwort: „Berechenbare ehrenamtliche Karriere“ - wird künftig ebenso selbstverständlich sein müssen wie eine stärker auf familiäre und soziale Bedürfnisse ausgerichtete Dienstzeitregelung.

Mehr als 50% unserer Bevölkerung sind Frauen. Ihr Anteil im aktiven THW hingegen beträgt schwache 6%. Das THW hat sich zum Ziel gesetzt, die Frauenquote innerhalb von 5 Jahren auf 10% und langfristig auf mindestens 15% zu steigern. Vorbild ist die THW-Jugend, in der schon im vorangegangenen Jahrtausend der 15%-Anteil überschritten war. Es sind Bestrebungen im Gange, über ein EU-weit gefördertes Netz von Mentorinnen jungen Mädchen und Frauen den Start in technische Berufe erleichtern. Das THW hat beantragt, im Rahmen dieser Fördermaßnahmen Helferinnen als Multiplikatoren für die Nachwuchsgewinnung einzusetzen. Insbesondere die THW-Jugend kann als eine langjährige Orientierungsphase angesehen werden, in der Jugendliche spielerisch mit den unterschiedlichsten handwerklich-technischen Berufen vertraut gemacht werden und somit eine fundierte Entscheidungsgrundlage für ihre spätere Studien- und Berufswahl haben. Das THW erwartet, dass der Frauenanteil durch die gezielte Förderung deutlich ansteigt und sich nach einer Aufbau- und Konsolidierungsphase - bereinigt um die in der Regenerationsquelle „Jugend“ bereits erfassten Helferinnen - mindestens 5.000 aktive Führungs- und Einsatzkräfte über die Frauenquote regenerieren lassen. Voraussetzung ist sicher ein Imagewandel der Bundesorganisation, d.h., es muss deutlich transportiert werden, dass das THW auch ein Frauen-THW

ist, in dem - unabhängig vom Geschlecht - jedem Interessenten grundsätzlich alle Verwendungen offenstehen, das aber auch Tätigkeitsprofile z.B. im Führungs-, IT-, Fernmelde- und Kommunikationssektor, in der Trinkwasseraufbereitung, der Ortung oder in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit anbietet, in denen typisch weibliche Stärken besonders gut zur Geltung gebracht werden können.

In der Helferbefragung von 1998 hat die Mehrzahl der aus dem THW ausscheidenden Helferinnen und Helfer hierfür berufliche oder familiäre Gründe angeführt. Umgekehrt wurde signalisiert, dass nach dem Wegfall dieser Gründe, d.h. nach einer Konsolidierungsphase, die erfahrungsgemäß im Alter von etwa 35 Jahren endet, potentiell die Bereitschaft besteht, wieder ins THW einzutreten. Das THW bemüht sich nunmehr verstärkt um diese sogenannte Helferreaktivierung. Zahlenmäßig ist der Erfolg der Reaktivierungsbemühungen mangels Erfahrungen schwer abschätzbar. Das THW geht jedoch davon aus, dass in jedem Ortsverband potentiell mindestens 5 Ehemalige wiedergewonnen werden können, von denen 3 dem THW langfristig verbunden bleiben (Regenerationspotential bei 665 Ortsverbänden mithin 2.000 Aktive).

6.) Die vom Wehrdienst Freigestellten innerhalb der Mindestverpflichtungszeit (MVZ) haben in der Befragung von 1998 zu über 70% die Freistellung als Hauptgrund zur Verpflichtung im THW angegeben. Nach einigen Jahren im THW spielte dieser Grund nur noch für weniger als 20% der Befragten die dominierende Rolle. Stattdessen erklärten sich 42% fest entschlossen, nach dem Ende der MVZ beim THW zu bleiben, weitere 30% waren diesbezüglich unentschlossen.

Weniger als 30% wollten demnach das THW definitiv verlassen. Eine Analyse der geleisteten Dienststunden ergab in der Tat, dass die sogenannten Freigestellten zu einem hohen Prozentsatz freiwillig dem THW weit mehr als die geforderten 120 Dienststunden pro Jahr zur Verfügung standen. Die besondere Motivationslage dieser Helfer ässt vermuten, dass viele von ihnen tatsächlich nach Ende der MVZ im THW verbleiben.

7.) Helferwerbungsmaßnahmen sind materiell und personell aufwändig. Im THW erfolgen 80% aller Neuanwerbungen durch Helferinnen und Helfer, d.h. zum Nulltarif, kontinuierlich und mit hoher Glaubwürdigkeit. Um ein Potential von 13.300 Führungs- und Einsatzkräften dauerhaft über die Helferwerbung sicherzustellen, müssen pro Ortsverband und Jahr 2 Anwerbungen erfolgen. Diese Quote erscheint bei einem durchschnittlichen Helferbestand in den Ortsverbänden von derzeit 88 (ohne Jugend) erfüllbar.

Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass sich das THW auf der Grundlage der aktuell bewerteten Zahlen, Fakten und Trends den derzeit in der öffentlichen Diskussion zu hörenden pessimistischen Pauschalaussagen zur Helferentwicklung bei Reduzierung oder gar Wegfall der Wehrpflicht nicht anschließen möchte. Die nunmehr vorliegende Prognose geht vielmehr davon aus, dass das THW sich unter Sicherstellung der einsatztaktisch erforderlichen Helferzahlen bereits mittelfristig, d.h. in einem 5-Jahres-Zeitraum, gänzlich von seiner vermeintlichen Wehrpflichtabhängigkeit befreien und seine Entwicklung zu einer Freiwilligenorganisation abschließen kann.

Wolfgang Weber,  
THW-Leitung



## Weniger Gefahrgutunfälle auf der Straße

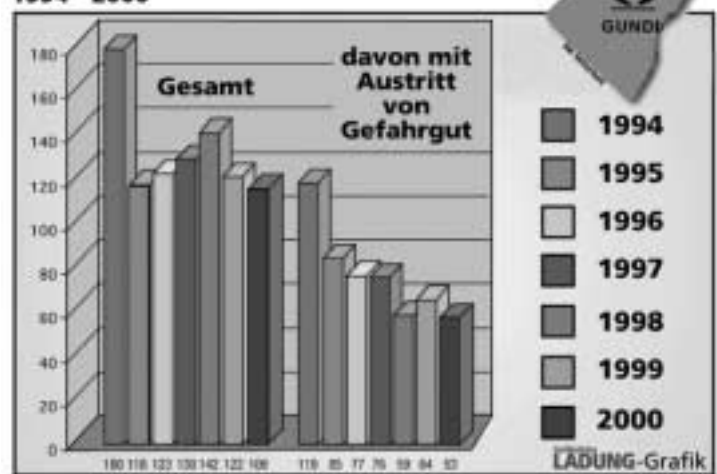
Bei Unfällen mit Gefahrgütern haben die Einsatzkräfte der Feuerwehren die gefährliche sowie psychisch und physisch belastende Aufgabe, die verunglückten Gefahrgüter aufzufangen, in Berggefässern zu verstauen oder umzupumpen. Im vergangenen Jahr ist die Zahl dieser Transportunfälle auf deutschen Straßen gegenüber 1999 zurückgegangen. Dies geht aus einem Rückblick der Fachzeitschrift *Gefährliche Ladung* hervor, die Informationen zu Gefahrgutunfällen in einer Internet-Datenbank ([www.storck-verlag.de/gundi.htm](http://www.storck-verlag.de/gundi.htm)) zusammenträgt und auswertet. Ein Auszug daraus findet sich monatlich als Gefahrgutunfall-Report in *Gefährliche Ladung*.

In der Unfalldatenbank sind für das vergangene Jahr 106 Gefahrgutunfälle im Straßenverkehr registriert, während für das Jahr zuvor 122 Unfälle verzeichnet sind. Dies bedeutet erneut einen Rückgang im Vergleich zu 1998, als Gefahrgutfahrzeuge an 142 Unfällen beteiligt waren. In den Jahren 1995 bis 1998 war die Zahl der Unfälle kontinuierlich auf diesen bislang höchsten Wert gestiegen (siehe Grafik). Parallel dazu sind im Jahr 2000 bei den Unfällen auch seltener gefährliche Güter freigesetzt worden. Verpackungen und Tanks von Tankfahrzeugen konnten in 53 Fällen den Kräften, die beim Unfall auf sie wirkten, nicht genug Widerstand entgegenbringen, um dicht zu bleiben (1999: 64).

Gestiegen ist 2000 dagegen die Menge der ausgetretenen Gefahrgüter. Sie betrug etwa 170 Tonnen – 1999 waren es 139 Tonnen und im Jahr davor 155 Tonnen. Davon waren etwa drei Viertel brennbare Flüssigkeiten, vor allem Benzin, Diesel und Heizöl.

Da brennbare Flüssigkeiten, die zur Gefahrgutklasse 3

**Gefahrgut-Unfälle auf der Straße  
1994 - 2000**



zählen, den Löwenanteil am Transportaufkommen gefährlicher Güter in Deutschland ausmachen, sind häufig Tankfahrzeuge an Unfällen beteiligt – im Jahr 2000 galt dies bei rund zwei Drittel der Gefahrgutunfälle. Leckgeschlagen sind dabei 33 Tankwagen und Tankzüge, aus denen rund 136 Tonnen Gefahrgüter ausliefen. Dies ist etwa genauso viel wie 1999, als 37 Tankfahrzeuge undicht wurden.

Ein Blick in die GUNDI-Angaben zum Unfallhergang verrät, wo die Ursachen für die Gefahrgutunfälle auf der Straße liegen: Häufig sind nicht angepasste Geschwindigkeit, Unachtsamkeit oder ein übersehenes Stauende genannt. Doch nicht immer ist der Fahrer des Gefahrguttransporters durch ein mögliches Fehlverhalten auch der Unfallverursacher. In vielen Fällen sind es andere Verkehrsteilnehmer, die den Gefahrguttransporter durch ihre Fahrweise in einen Unfall verwickeln, beispielsweise beim Überholen oder bei einem Auffahrunfall.

Beim Gefahrguttransport auf dem deutschen Schienennetz haben sich 2000 ähnlich wie im Jahr zuvor keine Unfälle mit schwerwiegenden Folgen ereignet. Die Zahl der leckgeschlagenen Kesselwagen hat sich von 14 im Jahr 1999 auf zehn im vergangenen Jahr verringert. Fast in allen Fällen riefen Undichtigkeiten an Ven-

tilen oder Domdeckeln die Einsatzkräfte auf den Plan.

In der Gefahrgutunfall-Datenbank im Internet (GUNDI) des *Gefahrgut-Magazins Gefährliche Ladung* werden seit 1992 Unfälle mit gefährlichen Gütern erfasst, über die deutsche Tageszeitungen berichtet haben. Quellen sind rund 600 Lokal- und Regionalzeitungen, ergänzt durch eigene Recherchen der Redaktion bei Polizei, Feuerwehr und örtlichen Behörden. Die Internet-Datenbank enthält Angaben zu mehr als 1.600 Gefahrgutunfällen, die für jedermann kostenlos zugänglich sind.

## Notrufnummern- Wirrwarr erschwert Alarmierung

Unfall oder Krankheit im Auslandsurlaub – das ist der Alptraum jedes Reisenden. Zusätzlich zur Sprachbarriere erschwert ein Wirrwarr von Notrufnummern die Alarmierung der Rettungsdienste in lebensbedrohlichen Situationen. Der Grund: Längst noch nicht überall funktioniert die internationale Notrufnummer 112. Das dokumentiert der ADAC jetzt in einem europaweiten Vergleich. Daraus geht hervor, dass es in 28 Reiseländern Europas für die Unfallrettung



nicht weniger als 15 verschiedene Festnetz-Nummern gibt.

Selbst innerhalb der EU herrscht kein voller Gleichklang: Die 15 EU-Länder betreiben für die Rettung acht verschiedene nationale Rufnummern, obwohl sie seit 1991 zur Harmonisierung verpflichtet sind. Geht die Reise nach Belgien (Notruf 100), Frankreich (17), Griechenland (166 oder 151), Italien (118), Österreich (144) oder Spanien (061), sollte man sich die richtige Nummer vorher merken.

Einfacher haben es Handy-Nutzer, denn die Kurzwahl 112 funktioniert in den Mobilfunknetzen sogar weltweit. In der Regel landet der Handy-Notruf dann direkt bei der regional zuständigen Notrufzentrale. Das funktioniert - zuhause wie im Ausland - auch ohne SIM-Karte und ohne PIN-Code. Einzige Voraussetzung: Das Mobiltelefon muss eingeschaltet und ein GSM-Netz verfügbar sein.

Verschiedene nationale Notrufnummern gibt es schon lan-

ge, Versuche zur Harmonisierung ebenfalls. Erst mit der Einführung des Mobilfunk-Standards GSM hat sich die internationale Notrufnummer 112 für Handys durchgesetzt. In den Festnetzen hat sich bisher wenig bewegt, obwohl die EU früh die Bedeutung eines einheitlichen Notrufes erkannt hat. Die EU-weite Umstellung auf 112 sollte nach der „Entscheidung zur Einführung einer einheitlichen europäischen Notrufnummer“ des EU-Rates (29. Juli 1991) bis 1996 vollzogen sein. Im vergangenen Jahr hat der Europäische Rat dem Parlament einen neuen Richtlinien-Vorschlag vorgelegt. Demnach soll die Einführung des einheitlichen Notrufs Ende 2001 abgeschlossen sein.

Die ADAC-Übersicht zeigt neben den Nummern der Rettungsdienste auch die Erreichbarkeit von Polizei und Pannendiensten sowie der deutschen Auslandsvertretungen.

## Notrufsäule, Handy und Co.

Seit rund drei Jahrzehnten säumen sie die Autobahn: die orangefarbenen Notrufsäulen mit dem schwarzen Telefonhörersymbol. Durch Handy und Telematik haben sie Unterstützung bekommen. Aber nicht nur das. Seit 1999 ist das alte Notrufsäulensystem in privater Hand und wird Schritt für Schritt modernisiert. Betreiber sind die Autoversicherer im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

Wenn der Wagen streikt, kann man sich nach wie vor per Notrufsäule Hilfe herbeiholen. Der schwarze Hinweis-pfeil auf den Leitpfosten zeigt die Richtung, in die man laufen muss. Zur nächsten Säule ist es höchstens einen Kilometer weit. Was neu ist: Die Notrufe landen nicht mehr bei der Autobahnmeisterei, sondern bei einem Call Center der Ver-

### Hilfe auf Europas Straßen

Stand: Februar 2001

Land	Deutsche Vertretung	Rettung ☒ Polizei	Notruf ADAC bzw. Partnerclub ☒ Panneshilfe
<b>Belgien</b>	(02) 774 18 11	☒ 100 ☒ 101	☒ TCB Brüssel (02) 233 22 11 ☒ 070 34 47 77
<b>Bulgarien</b>	(02) 91 83 80	☒ 150 ☒ 160	☒ ADAC München 0049 (09) 22 22 22 ☒ (02) 146
<b>Dänemark</b>	35 45 99 00	☒ 112 ☒ 112	☒ ADAC Velle 78 42 42 85 ☒ 78 42 42 85 ☒ 78 42 42 42 85
<b>Finnland</b>	(09) 45 85 80	☒ 112 ☒ 112	☒ ADAC München 0049 (09) 22 22 22 ☒ (09) 77 47 64 00, 0200 80 80
<b>Frankreich</b>	(01) 52 83 45 00	☒ 17 ☒ 17	☒ ADAC Lyon (04) 72 17 17 22 ☒ 0800 09 92 22
<b>Griechenland</b>	(01) 728 51 11	☒ 166/151**	☒ ADAC Athen (01) 900 12 66 ☒ 104, Handy 011 04
<b>Großbritannien</b>	(020) 75 24 13 00	☒ 999/112 ☒ 999/112	☒ AA London (090) 44 88 66 (016 22) ☒ 0800 028 9 18, 0800 82 82 82, Handy 75 23 42
<b>Irland</b>	(01) 269 30 11	☒ 999/112 ☒ 999/112	☒ AA Dublin (01) 617 98 99 ☒ Dublin 1800 66 77 88
<b>Italien</b>	(06) 49 21 31	☒ 118 ☒ 112	☒ ADAC Mailand (02) 66 15 91 ☒ 118, Handy 800 11 68 00
<b>Jugoslawien</b>	(011) 361 42 55	☒ 94 ☒ 92	☒ ADAC Belgrad (011) 42 27 07 ☒ 987, Handy 01 19 87
<b>Kroatien</b>	(01) 615 91 05	☒ 94 ☒ 92	☒ ADAC Zagreb (01) 363 66 66 (01) 363 60 00 ☒ 987, Handy 019 87
<b>Luxemburg</b>	(00352) 453 44 51	☒ 112 ☒ 113	☒ AdL Luxemburg (00352) 450 04 51 ☒ 450 04 51
<b>Mazedonien</b>	(02) 11 05 07	☒ 94 ☒ 92	☒ ADAC Belgrad 98381 (11) 42 27 07 ☒ Skopje (02 99), 9881 281
<b>Niederlande</b>	(070) 342 06 00	☒ 112 ☒ 112	☒ ANWB Den Haag (0592) 39 05 60 ☒ 0800 08 88, Handy (0692) 39 05 06
<b>Norwegen</b>	23 27 04 00	☒ 112 ☒ 112	☒ ADAC München 0049 (09) 22 22 22 ☒ 81 01 05 05
<b>Österreich</b>	(01) 711 54	☒ 144 ☒ 133	☒ ADAC Wien (01) 251 20 60 ☒ 120, Handy 011 20
<b>Polen</b>	(022) 617 30 11	☒ 999 ☒ 997	☒ ADAC Warschau (022) 622 20 60 ☒ 9637, (022) 825 97 34
<b>Portugal</b>	(01) 881 02 10	☒ 112 ☒ 112	☒ ADAC Barcelona 0034 (93) 508 28 08 ☒ Algarve: 21 942 91 03 ☒, 9881 21 834 00 01 ☒
<b>Rumänien</b>	(01) 330 38 30	☒ 061 ☒ 055	☒ ADAC Bukarest (01) 223 40 25 ☒ Bukarest (01) 223 40 25
<b>Russland</b>	(095) 937 95 00	☒ 03 ☒ 02	☒ ADAC München 0049 (09) 22 22 22 ☒
<b>Schweden</b>	(08) 670 15 00	☒ 112 ☒ 112	☒ ADAC München 0049 (09) 22 22 22 ☒ (02) 81 29 42, 087 67 90 00
<b>Schweiz</b>	(031) 359 41 11	☒ 144 ☒ 17 oder 117	☒ ADAC München 0049 (09) 22 22 22 ☒ 140, Handy 03 18 50 53 11
<b>Slowak. Republik</b>	(055) 54 41 90 40	☒ 155 ☒ 156	☒ ADAC Prag (042) 01 10 43 51 ☒ 07 124, 124
<b>Slowenien</b>	(01) 479 03 00	☒ 112 ☒ 113	☒ ADAC Zagreb 00385 (1) 363 66 00 ☒ 19 87, Handy 06 19 87
<b>Spanien</b>	91 567 90 00	☒ 061 ☒ 112	☒ ADAC Madrid 0034 91 567 90 00 ☒ 91 567 90 00
<b>Tschech. Republik</b>	(02) 57 32 01 90	☒ 155 ☒ 158	☒ ADAC Prag (02) 61 10 43 51 ☒ 0123 oder 1230
<b>Türkei</b>	(0312) 426 54 66	☒ 112 ☒ 155	☒ ADAC Istanbul (0212) 286 71 90 ☒ Über ADAC Istanbul (0212) 286 71 90
<b>Ungarn</b>	(01) 467 35 00	☒ 104 ☒ 107	☒ ADAC Budapest (061) 345 17 17 ☒ 188, Handy (01) 345 17 44

\* nur in Großstädten  
\*\* außerhalb größerer Städte

☒ Fr. 18.00 bis So. 22.00 Uhr  
☒ Linienbus  
☒ 8.30-18.00 Uhr  
☒ 18.00-8.30 Uhr

☒ Paris  
☒ ADAC Madrid

ADAC Infoگرامм

sicherungswirtschaft in Hamburg. Hier wird der Standort des Anrufers automatisch angezeigt.

Die neuen Säulen haben zwei Tasten. Mit der linken, gelben, meldet man die Panne. Der im Call Center eingegangene Hilferuf wird dann sofort an den gewünschten Partner, zum Beispiel den Automobilclub, weitergeleitet. Die rechte, rote Taste dient allein dem Unfallnotruf. Das Call Center verbindet den Anrufer unmittelbar mit der zuständigen Polizei oder Rettungsleitstelle. Das dauert weniger als eine Minute. Die Vorteile des neuen Systems sind deutlich: Die Rettungsdienste sind jetzt wesentlich schneller am Unfallort.

Auch wenn die Notrufsäule nach wie vor lebenswichtig ist, ein Trend zeichnet sich bereits ab: Wer unterwegs ist und Hilfe benötigt, greift zunehmend zum Handy. Laut ADAC gehen bereits 50 Prozent der Anrufe in den ADAC-Pannenhilfzentralen über Mobiltelefone ein. Mit dem Handy kann man unter den bekannten Notrufnummern 110 oder 112 gebührenfrei und schnell von überall her Hilfe herbeirufen.

Dasselbe gilt für die neue Telefonnummer der Autoversicherer. Sie lautet: 08 00-6 68 36 63 und verbindet direkt mit dem Call Center. Hinter der Nummer verbirgt sich der Name NOTFON D. Drückt man beim Handy nach der 08 00 die entsprechenden Buchstaben, so wählt man automatisch die Notrufnummer.

Zur Erinnerung: An der Notrufsäule sind bei einem Unfall folgende Angaben wichtig:

- Wo ist der Unfall passiert?
- Was ist passiert?
- Wie viele Verletzte gibt es?
- Welche Verletzungen?
- Wer meldet den Unfall?

Außerdem: Sprechen Sie deutlich und warten Sie Rückfragen ab.

Der Notruf vom Handy hat einen Nachteil: Die Anrufer

wissen häufig nicht genau, wo sie sind. So vergeht wertvolle Zeit, die im Notfall Leben retten kann.

Orientierung bieten in einem solchen Fall die so genannten Stationszeichen. Diese stehen im Abstand von 200 m an allen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Wenn man die Buchstaben und Zahlen auf diesem Zeichen durchgibt, weiß die Rettungsstelle sofort, wo man ist. Eine flächendeckende Ausstattung der Autobahnen mit Stationszeichen ist derzeit noch nicht gewährleistet.

Falls Sie unterwegs ein Mobiltelefon nutzen: Merken Sie sich die Notrufnummern oder speichern Sie sie gleich ein.

Neu auf dem Markt sind Telematikdienste, die den eigenen Pkw direkt mit der Notrufzentrale verbinden. Der ADAC zum Beispiel bietet seinen Mitgliedern inzwischen diesen Dienst unter dem Namen Telematic-Service-Kit (TSK) an. TSK ist ein Bordcomputer, der über eine eingebaute Freisprecheinrichtung wie eine Notrufsäule im Auto arbeitet. Mit Hilfe einer GPS-Satellitenantenne kann die Service-Zentrale des ADAC die Position des Fahrzeugs genau orten und schnell Hilfe schicken. Solche Geräte werden auch von einigen Autoherstellern angeboten, sie sind allerdings nicht billig.

*(Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V., Bonn)*

## Radioaktive Frachten unterwegs?

Dem aktuellen Thema „Atomtransporte und Sicherheit“ widmet sich eine neue Broschüre des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), die der Präsident des Amtes, Wolfram König, in Hannover der Presse vorgestellt hat. „Mit der vorliegenden Broschüre möchte ich einen Beitrag zur Ver-

sachlichung der Debatte um die Beförderung der hochradioaktiven Abfälle aus der Nutzung der Atomenergie leisten“, sagt BfS-Präsident König.

Unter dem Titel „Radioaktive Frachten unterwegs“ wird das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Farbige Abbildungen, Karten und Fotos erleichtern das Verständnis der teilweise komplizierten Materie.

Die Leser der Broschüre erhalten neben statistischen Daten zum Transportaufkommen und gesetzlichen Grundlagen aus diesem Bereich eine Übersicht über Transportwege und Abfallentstehung der Kernbrennstoffe. Diese Übersicht umfasst sowohl Transporte zur Versorgung von Atomkraftwerken als auch zu deren Entsorgung. Die Arbeit des BfS im Genehmigungsverfahren wird verständlich dargestellt.

Großer Raum wird in der Broschüre Fragen eingeräumt, die in der Öffentlichkeit als problematisch wahrgenommen werden. So wird der prinzipielle Aufbau von Transportbehältern sowie deren Sicherheitsnachweis ausführlich erläutert. Aufgetretene Probleme, beispielsweise Oberflächenkontaminationen oder Feuchtigkeit in den Deckelabdichtungen, werden ebenso dargestellt wie Maßnahmen zu deren Beseitigung.

Auch an diesen Beispielen wird deutlich, dass das BfS den Antragstellern nur dann Genehmigungen für Transporte von Kernbrennstoffen erteilt, wenn die Vorschriften des Atomrechts und des Verkehrsrechts eingehalten werden. Antragstellerin ist in Deutschland in der Regel die Bahntochter Nuclear Cargo+Service GmbH im Auftrag der Energieversorgungsunternehmen als Abfallerzeuger. Der gesetzlich festgelegte Schutz vor den Gefahren ionisierender Strahlung und ein etwaiger Schadensausgleich muss in jedem Fall gewährleistet sein. Mit der Genehmigung der Transporte werden vom BfS Auflagen an die An-

tragsteller erteilt, die den Schutz sowohl der Bevölkerung als auch des eingesetzten Begleitpersonals garantieren.

Um die mit dem Transport radioaktiver Stoffe potenziell vorhandenen Gefahren möglichst gering zu halten, kommt es neben der Einhaltung von Vorschriften und Schutzziele auch darauf an, die Anzahl der Transporte zu minimieren. Mit einem Ausblick auf die Minimierung notwendiger Transporte entlässt die Broschüre ihre Leserinnen und Leser.

Die 20seitige Broschüre im DIN-A-4-Format ist unter dem Titel „Radioaktive Frachten unterwegs“ beim Bundesamt für Strahlenschutz, Telefon (0 53 41) 8 85 - 1 30 kostenfrei erhältlich.

## Kardinal Lehmann besucht ZfZ-Stand auf der Rheinland-Pfalz-Ausstellung

Alljährlich findet im Frühjahr in Mainz die Rheinland-Pfalz-Ausstellung statt. Wegen der außerordentlich guten Besucherresonanz hat sich auch in diesem Jahr die Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) des Bundesverwaltungsamtes mit einer Sonderschau über Zivil- und Katastrophenschutz an der größten Wirtschaftsausstellung des Rheinlandes beteiligt.

Besonders die Informationen der ZfZ über Lebensmittelbevorratung waren wegen der Gefahren durch BSE und Maul- und Klauenseuche in weiten Teilen der europäischen Landwirtschaft für viele Besucher von großer Bedeutung.

Beratungserfahrungen die das Standpersonal anlässlich der „Grünen Woche“ in Berlin sammeln konnte, kamen jetzt den Mainzer Messebesuchern zugute.

Prominente Besucher des ZfZ-Standes waren der Vorsit-

**Kardinal Lehmann (Bildmitte) lässt sich bei seinem Besuch am Ausstellungsstand der Zentralstelle für Zivilschutz beraten.**



zende der Deutschen Bischofskonferenz und Bischof von Mainz, Kardinal Professor Dr. Dr. Karl Lehmann sowie der Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel, der sich freute, die ZfZ erneut in Mainz zu Gast zu haben.

Kardinal Lehmann, der sich sehr interessiert für die Thematik zeigte, war schon zum zweiten Mal Gast in der Zivilschutz-Präsentation.

Angesichts des zum Zeitpunkt der Ausstellung herrschenden Rheinhochwassers, befürwortete der Kardinal die in der Ausstellung aufgezeigten Vorsorgemaßnahmen für die Bevölkerung.

## Vorsicht, wenn der „Hubi“ kommt

Bundesweit verdanken täglich 22 Patienten ihr Leben dem Einsatz eines Rettungshubschraubers. Helikopter müssen oft schwer erreichbare Unfallstellen anfliegen und landen nicht selten mitten auf der Autobahn oder auf einer Straße. Folgende ADAC-Tipps sollten in einer solchen Situation beachtet werden.

Bei der Annäherung des Hubschraubers kann es hilfreich sein, den Piloten durch Schwenken einer Jacke oder durch Winken auf die Unfallstelle aufmerksam zu machen. Eine sachgerechte Einweisung

können aber nur professionelle Rettungskräfte vornehmen. Bei der Hubschrauberlandung ist Vorsicht geboten: Der Abwind des Rotors kann herumliegende Autoteile, Sand oder Schotter hoch schleudern. Darum sollten Helfer den potenziellen Landeplatz früh genug verlassen, um sich nicht selbst zu gefährden. Verletzte lassen sich am einfachsten mit einer Decke schützen.

Die Auslaufphase des Rotors nach der Landung beträgt etwa zwei Minuten. Solange müssen Autos und Passanten in angemessenem Abstand warten. Es kann lebensgefährlich sein, sich vor der Freigabe durch die Rettungskräfte oder eines Besatzungsmitgliedes in die Nähe des Hubschraubers zu begeben. Der ADAC weist darauf hin, dass die Rettungskräfte sich stets bemühen, die Unfallstelle so schnell wie möglich wieder freizugeben. Ungeduld hilft hier auch nicht weiter. Wer die Aufforderungen der Helfer missachtet, verursacht nur weitere Verzögerungen.

Hubschrauber der Luftrettung sind nun seit über 30 Jahren ein fester Bestandteil des integrierten Rettungssystems in Deutschland. Sie sind grundsätzlich für alle da. Ihr Einsatz ist für den Verletzten kostenlos, die Rechnung begleicht die Krankenversicherung. Auch bei Fehleinsätzen muss der Alarmierende keine Unkosten befürchten.



## Bundes- verwaltungsamt auf der A + A 2001

In Düsseldorf findet vom 14. bis 17. Mai 2001 die größte Arbeitsschutzmesse der Welt, die „Arbeitsschutz + Arbeitsmedizin“ (A+A) statt. Die A+A ist die international führende Messe für das gesamte Gebiet rund um das Thema Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz. Die Messe wird seit 1954 alle zwei Jahre durchgeführt.

Zu den Messeschwerpunkten gehören die Bereiche der persönlichen Schutzausrüstungen und Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen am Arbeitsplatz, die Sicherheit von Maschinen und Geräten sowie die Organisation der Betriebssicherheit und des Brandschutzes.

Die Sonderschau „Treffpunkt Sicherheit“ ist, wie schon in der Vergangenheit, ein besonderer Anziehungspunkt auf der Messe. In der 1. Etage der Halle 8 informieren annähernd 100 nichtkommerzielle nationale und internationale Institutionen über ihre

Bestrebungen die Welt der Arbeit sicherer zu machen. Die Palette reicht hier von einfachen Mitteln für die tägliche Praxis im Kleinbetrieb bis hin zu komplexen Lösungen für Unternehmen mit speziellen Bedürfnissen.

Auch das Bundesverwaltungsamt beteiligt sich mit seiner Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) am „Treffpunkt Sicherheit“. Die Messepräsentation der ZfZ zeigt zum einen die Maßnahmen im Zivil- und Katastrophenschutz, zum anderen die Umsetzungsmöglichkeiten dieser Aufgaben im Bereich des Arbeitsschutzes. Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Brandschutz sowie Gefahrenschutz- und Katastrophenschutzbeauftragte können sich am Stand des Bundesverwaltungsamtes auch über das spezielle Seminarangebot der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler informieren.

## „Alarm, Alarm!“ Feuerwehrfest am Potsdamer Platz

Die Berliner Feuerwehr wurde vor 150 Jahren gegründet.

Anlässlich dieses Jubiläums veranstaltet die Berliner Feuerwehr am 16. und 17. Juni 2001 ein großes Straßenfest am Potsdamer Platz. Das Areal zwischen Marlene-Dietrich-Platz und Potsdamer Straße bietet hervorragende Möglichkeiten zur Durchführung einer Feuerwehrveranstaltung der Superlative. Ziel ist es, Menschen zu erreichen, die nicht bewusst den Weg zur Feuerwehr suchen. Diese sollen auch mit einem attraktiven Rahmenprogramm angezogen werden.

Externe Fachleute schätzen, das ca. 400.000 Menschen die Veranstaltung an den beiden Tagen besuchen werden. Dies wäre dann das wohl größte

Feuerwehrfest, das es je in Deutschland gegeben hat. Selbst die Interschutz 2000 in Augsburg zählte nur 140 000 Besucher.

Eröffnet wird die Veranstaltung am 16. Juni mit dem „Alarmkorso 2001“. 75 historische und moderne Einsatzfahrzeuge aus ganz Deutschland sind für diese Fahrzeugparade gemeldet. Der „rote Lindwurm“ wird sich von der Feuerwache Charlottenburg-Nord 25 km quer durch die ganze Stadt bis zum Potsdamer Platz schlängeln. Hier werden die Fahrzeuge anschließend bis Sonntagabend ausgestellt. Allein zu diesem Ereignis haben sich schon jetzt Feuerwehrfans aus aller Welt angesagt.

Ihre Leistungsfähigkeit wird die Berliner Feuerwehr auch mit beeindruckenden Einsatzvorführungen demonstrieren. Die Höhenretter werden die Rettung „Verunfallter“ in atemberaubender Höhe zeigen, „Eingeklemmte“ Personen werden aus ihrem Auto befreit werden, Menschen aus „brennenden“ Häusern in Sicherheit gebracht und leck geschlagene „Säurefässer“ geborgen. Daneben wird es Fahrzeugausstellungen, Info-Stände und vieles andere mehr geben.

Auf insgesamt drei Showbühnen soll den Besuchern ein abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm geboten werden. Für Kinder und Jugendliche wird es jeweils eigene Bereiche mit spezifischen Attraktionen geben. Eine große Abschlussshow mit Feuerwerkspektakel soll den Samstag abrunden. Am Sonntag, dem 17. Juni, wird eine Feuerwehr-Trabi-Parade vom Gendarmenmarkt bis zum Potsdamer Platz das Straßenfest eröffnen. Der Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen, hat die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung übernommen.

# STELLUNGNAHMEN ZUR LEITUNG UND VERHALTEN



## Eine unendliche Geschichte?

Schwarze Schafe  
und das Image der Feuerwehr

Von Paul Claes \*

Man ist tatsächlich versucht, von einer unendlichen Geschichte zu reden. Unendlich deshalb, weil es anscheinend keine Lösung für das manchmal recht problematische Auftreten von Feuerwehrleuten in der Öffentlichkeit gibt.

### Meinungen zum Thema

Unter dem Titel „Florians wilde Horden“ bemerkt Fachredakteur Wolfgang Jendsch im „Brandschutz“ 8/00:

„... Die öffentliche Darstellung - das Image - der Feuerwehren reduzierte sich weitgehend auch in Augsburg (27. Deutscher Feuerwehrtag) auf ‚Feste feiern‘, ‚Bier-Lösch-Einsatz‘ (...) oder gar auf die seit Generationen so widerwärtigen Auffälligkeiten betrunkenen, lärmender und alles in Beschlag nehmender Uniformierter. (...) Was wollte man in Augsburg eigentlich? Das Bild von Spezialisten und Fachleuten einer Organisation mit Si-

cherheitsaufgaben vermitteln? Dann hätte man sich in ordentlicher Dienstkleidung und durch entsprechendes Auftreten präsentieren müssen. ...“

Ortswechsel: Festzug 150 Jahre Feuerwehr Trier. Die Fahrzeug-Besatzung ist korrekt gekleidet und würde sicherlich ein gutes Bild der Feuerwehr abgeben - wenn sie nicht während der Fahrt auf dem Dach des Löschfahrzeugs sitzen würde.

Disziplinlosigkeit, überörtlich und lokal präsentiert.

### Positives Bild als Ziel

Wenn Festzüge durchgeführt werden, dann doch sicherlich aus dem Grund, sich der Öffentlichkeit als Feuerwehr präsentieren zu können. Es liegt dann nur an der Feuerwehr, wie das Bild ausfällt. Kontrollen am Aufstellplatz und am Zugweg könnten dazu beitragen, dass Turnschuhe und weiße Socken, fehlende Mützen, offene Jacken oder Jeans kein (Reiz-)Thema mehr im Festzug sind.

### Konsequenzen ziehen

Einem „vor der Veranstaltung“ folgt auch immer ein „nach der Veranstaltung“.

Wer sich also in Uniform partout per Alkohol um den Verstand bringen muss oder auf andere Art negativ von sich reden macht, dem ist - sofern er in der „akuten Phase“ nicht aus dem Verkehr zu ziehen ist - eben hinterher unmißverständlich klar zu machen, dass ein wiederholtes Fehlverhalten den Ausschluss

aus der Feuerwehr nach sich ziehen wird.

Denn müsste eine Messlatte, nach der jeder kleine Verein die Schädigung seines Ansehens mit Ausschluss des betreffenden Mitglieds ahndet, nicht auch in besonderem Maße für die Feuerwehr Geltung haben?

Doch leider sieht die Praxis anders aus. Wenn überhaupt, wird die Kritik in einem leicht missbilligenden „Na ja“ enden. So sicherlich auch bei den „Auffälligkeiten“ in Augsburg.

### Uniform und Disziplin gehören zusammen

Ohne Zweifel ist es langsam an der Zeit, sich dem Problem der mancherorts mangelnden Disziplin zu stellen. Denn erst wenn hier ein grundsätzliches Umdenken in Gang gesetzt wird, ist auch der Verantwortliche vor Ort zu motivieren, sein Augenmerk auf diesen Bereich zu lenken.

Hier sind neben den Führungskräften auch die Verbände der Feuerwehr gefordert. Es muss glasklar herausgestellt werden, dass Uniform und diszipliniertes Verhalten untrennbar zusammengehören. Oder anders ausgedrückt: In zivilem Outfit kann sich jeder blamieren, wie er mag.

Wer von den 1,3 Millionen Feuerwehrleuten diesen simplen Grundsatz nicht kapieren kann (oder will), gehört einfach nicht dazu. Ein Verlust wird's nicht sein.

Damit es 2005 in Hannover keine Auftritte nach Landsknechtart mehr gibt.

Hoffen darf man ja.

\* Der Autor läßt seine Erfahrungen als Hauptbrandmeister und Verbandsführer der Freiwilligen Feuerwehr einer westdeutschen Großstadt in seine Betrachtungen einfließen.

### Die Feuerwehr

*Brandschutz  
und Öffentlichkeitsarbeit*  
Neckar-Verlag GmbH,  
Postfach 1820, 78008  
Villingen-Schwenningen

Großes menschliches Leid und enorme volkswirtschaftliche Schäden durch Brände verlangen nach geeigneten Gegenstrategien. Dies sind Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung sowie die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit.

Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg hat hierfür den vorliegenden Ordner erarbeitet. Auf 164 Seiten wird den Feuerwehren alles Wissenswerte zur Brandschutzerziehung in Kindergärten und Schule präsentiert. Ergänzt wird dies durch 36 Seiten zum Thema Öffentlichkeitsarbeit. Folien, Arbeitsblätter oder Wortkarten ermöglichen dem Nutzer einen sach- und fachgerechten Unterricht.

Der Ordner, der von den beiden Arbeitskreisen „Brandschutzerziehung“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ des Landesfeuerwehrverbandes erarbeitet wurde, enthält Hinweise zum Umgang mit Kindern, Elterninformationen, Leitfäden zur Brandschutzerziehung in Kindergarten und Schule sowie Checklisten zur Unterrichtsvorbereitung. Auch die benötigten Hilfsmittel und Medien sind aufgeführt.

### Lexikon der Feuerwehr

*2., völlig überarbeitete  
und erweiterte Auflage*  
Von Prendke / Schröder  
Verlag W. Kohlhammer,  
70549 Stuttgart

14 kompetente Autoren zeichnen für die über 3500 Begriffe und 140 Tabellen aus dem Feuerwehrwesen und aus verwandten Fachgebieten verantwortlich. Das Werk enthält alle für Feuerwehrleute wichtigen Begriffe. Quellen sind die gängige Fachliteratur ein-

schließlich aktueller Fachzeitschriften, zum anderen DIN-Blätter, VDE-Bestimmungen, Unfallverhütungsvorschriften, Gesetze und Verordnungen.

Das Lexikon soll den Feuerwehrangehörigen in der Ausbildung und im allgemeinen Dienstbetrieb wie auch dem interessierten feuerwehrtechnischen Laien ein verlässlicher Ratgeber und eine sichere Orientierungshilfe sein. Es verschafft bei komplexen Zusammenhängen einen ersten Überblick über den Begriff. Großer Wert wurde auf eine verständliche Darstellung gelegt. Die Begriffe sind möglichst präzise formuliert und anschaulich erläutert, fremdsprachliche Begriffe sind übersetzt.

### Sekunden entscheiden

*Einsätze einer  
Berufsfeuerwehr*  
Von Siegfried Volz  
Wenzel Verlag, Am Krekel 47,  
35039 Marburg

Das handliche Buch will nicht nur die Einsätze der Berufsfeuerwehr einer Großstadt schildern, sondern auch das Verhalten der betroffenen Personen. Damit wird aufgezeigt, wie jedermann durch richtiges Handeln mithelfen kann, Schaden an Leben und Gut für sich und andere so gering wie möglich zu halten.

Denn zum Vorbeugen gehört nicht nur das Wissen über die Verhütung von Bränden, sondern gleichrangig das richtige Verhalten, wenn es trotz aller Vorsicht einmal zu einem Brand oder sonstigen Schadensfall kommen sollte.

### Elektrizität

*Von Michael Melioumis*  
Verlag W. Kohlhammer,  
70549 Stuttgart

Elektrizität gehört zu den Gefahren der Einsatzstelle, die sehr schwer einzuschätzen und in vielen Fällen nicht erkenn-

bar sind. Zudem handelt es sich um ein Thema, das sehr umfangreich und äußerst komplex ist.

Der Autor beleuchtet alle Gegebenheiten der Elektrizitätslehre in physikalischer und technischer Hinsicht, soweit sie für den Einsatz der Feuerwehr von Belang sind. Das wesentliche Augenmerk liegt deshalb auf der praktischen Bedeutung der Elektrizität für den Einsatz. Auf detaillierte Informationen wird aber dennoch nicht verzichtet, so dass sich das Buch auch zur Unterrichtsvorbereitung eignet.

Schließlich findet auch der Gerätewart wertvolle Informationen, die ihm die Wartung und Prüfung der Geräte erleichtern.

### Beiträge zur Erdbebensicherung von Bauwerken

*Eine dauerhafte methodische  
Untersuchungsarbeit zur  
Gestaltung einer realistischen  
deterministischen  
Bemessungsstrategie*  
Von Walter Kirk  
Libri, Books on Demand,  
Gutenbergring 53,  
22848 Norderstedt

Mit der Arbeit wird eine computergestützte Problemlösungsmethode zur Gestaltung einer deterministischen Bemessungsstrategie zur Verminderung des Erdbebenrisikos von Bauwerken vorgestellt. Im Vordergrund liegt dabei die Erkennbarkeit von Operatoren, die sich aus dem Lösungsverhalten ergeben. Eine rechnerische Vorgehensweise steht deswegen im Mittelpunkt, weil sich vor etwa zwanzig Jahren in der Bauphysik eine Trendwende gegenüber experimentellen Untersuchungen abgezeichnet hat.

Da verträgliches Bauen gegen Erdbebenbelastung ein Zusammenwirken von Masse, Festigkeit und Eigenschwingungsvermögen des Baukörpers bedeutet, kann die konstruktive Durchbildung des Baukörpers zonengerecht de-

terministisch behandelt werden. Zonengerecht bedeutet die Festlegung von Erregungsdaten und Verträglichkeitszonen innerhalb einer epizentralen Distanzordnung. Dieser Ordnung muss eine Bemessungsstrategie der rechnerisch angelegten Untersuchungsarbeit gerecht werden, d. h. dass die konstruktive Durchbildung nicht auf hypothetisch deterministischen Daten beruht (Kapazitätsbemessungsmethode), sondern sich auf eindeutige mit Hilfe der Kontinuummechanik und des Tensorkalküls ermittelten Daten abstützen kann.

### **Feuerwehr(mann) - was nun?**

Von Josef Otto Schedel  
Argo Internationale  
Publikationen, Sternstraße 3,  
87616 Marktobendorf

Dieser Erlebnisbericht eines Freiwilligen Feuerwehrmannes, der im Einsatz schwer verletzt wurde, kann unter die Haut gehen. Er verlor durch seinen selbstlosen Einsatz nicht nur ein Bein und die Funktion seines Armes, er verlor auch seine Freunde, seine Firma, sein Haus und seine Heimat.

Der Autor, selbst der Betroffene, zeigt aus seiner Sicht nicht nur einen langjährigen Kampf mit Politikern und Versicherungen auf, er fügt auch Gerichtsurteile und Zeugenaussagen bei, die ihn heute an der Gerechtigkeit zweifeln lassen.

### **Brandschutzerziehung in Kindergarten und Schule**

verlag für pädagogische  
medien, Unnastraße 19,  
20253 Hamburg

Angst vor dem Feuer ist es nicht, was Kinder vor dem Feuer schützt. Angst schwächt den Verstand. Aus diesem Verständnis haben Pädagogen zwei Büchlein zur Brandschutzerziehung entwickelt.

Eins für den Kindergarten: „Mein Buch vom Feuer“ und eins für die Grundschule: „Feuer und Flamme“. Sie sind gedacht, Kindern im Zusammenhang mit einer Informationsveranstaltung zur Brandschutzerziehung etwas an die Hand zu geben. Eine informative, wiederholende Zusammenfassung dessen, was in der Brandschutzerziehung wichtig ist: Wissen, Sicherheit im Umgang mit Feuer, eine realistische Einschätzung der Gefahren und eine Verhaltenssicherheit im Falle eines Brandes.

### **50 Jahre vfdB**

Vereinigung zur Förderung  
des Deutschen Brandschutzes  
e.V. 1950 - 2000  
Verlag W. Kohlhammer,  
70549 Stuttgart

Im vergangenen Jahr feierte die vfdB ein „rundes Jubiläum“. Ein halbes Jahrhundert haben mehr als zwei Generationen engagierter Brandschützer in ihr eine Heimstatt gefunden.

Der vorliegende Bericht zeigt auf, wie es war, wie dieses System vfdB gewachsen ist, welchen Einflüssen es unterlegen war und welche Personen, eingebettet in ihre Zeitgeschichte, Einfluss auf den Brandschutz genommen haben. Die gelungene historische Beschreibung der eigenen Geschichte soll die Erinnerung beständig halten und gleichzeitig als Erfahrungsschatz dienen.

### **Lexikon des Überlebens**

Das Survival-Handbuch  
für Krisenzeiten  
Von Karl L. von Lichtenfels  
F. A. Herbig Verlagsbuch-  
handlung, Thomas-Wimmer-  
Ring 11, 80539 München

Während es eine Vielzahl guter Survivalbücher gibt, die das Überleben in der Wildnis behandeln, war bisher kaum

Literatur vorhanden, die sich mit dem Überleben globaler Katastrophen beschäftigt. Gemeint sind Ereignisse, die sich auf einen ganzen Kontinent oder gar weltweit in Form von Versorgungskrisen oder eines Zusammenbruchs der Infrastruktur auswirken.

Wie sieht unser Leben aus, wenn es kurzfristig oder für längere Zeit kein Erdöl, keinen Strom, keine Primärindustrie gibt? Wenn die Wasserversorgung ausfällt, die Supermärkte leer sind, Telefon und Fernsehen tot sind und die Autos stillstehen? Kann man für ein solches Worst-case-Szenario überhaupt Vorsorge treffen?

Auf detaillierte Weise zeigt dieses Handbuch, wie man sich auf globale Krisen vorbereitet, sie übersteht und den Wiederaufbau einleiten kann. Der Leser wird mit einem Sechs-Tage-Programm in die Thematik eingeführt.

Im Lexikonteil mit hundert Vorbereitungstips, Verhaltensregeln für Notfälle, Rezepten und Bauanleitungen sowie den Checklisten, Literaturhinweisen, Kontaktadressen und Internetlinks werden auch Survival-Profis noch das eine oder andere Neue entdecken.

### **Neue Bände der Schriftenreihe zum Rettungswesen**

Institut für Rettungsdienst  
des DRK,  
Auf dem Steinbüchel 22,  
53340 Meckenheim

Band 23: Workshop Maria  
Laach „Leitstelle III -  
Qualitätsmanagement,  
Kostenrechnung,  
Qualifikation“

Der vorliegende Band komplettiert die bisherigen Ergebnisse des Workshops. Er enthält u. a. für den Bereich Qualitätsmanagement ein Konzept für die Entwicklung eines Pflichtenheftes, für die Kostenrechnung einen Kontenrahmen sowie einen Leistungs-

## Für Sie gelesen

und Kosten-Nachweis für Leitstellen und zur Qualifikation der Mitarbeiter verschiedene Lern- und Gegenstandskataloge.

Damit wird die begonnene Rahmenkonzeption ‚Leitstelle‘ zum Abschluss gebracht. Zusammen zeichnen die Bände 19 und 23 der Schriftenreihe ein umfassendes und zugleich detailliertes Profil von Leitstellen.

*Band 24: Ethik in der präklinischen Notfallversorgung*  
Von C. Hick, J. Bengel,  
M. Mohr und S. Reiter-Thiel

Notfallmedizinische Einsatzkräfte müssen nicht nur eine medizinisch korrekte, sondern eine auch ethisch vertretbare Entscheidung bei lebensbedrohlichen Notfällen treffen. Sie müssen dies im Einvernehmen mit dem Patienten und den gerade anwesenden Angehörigen, fast immer unter Zeitnot und zumeist ohne die Möglichkeit einer Rücksprache mit Fachkollegen tun.

Die ethische Analyse notfallmedizinischer Situationen - das heißt unter anderem die Frage nach dem Sinn und der angemessenen Anwendung des medizinisch Machbaren und Möglichen - muß diese besonderen Rahmenbedingungen notfallmedizinischer Einsätze berücksichtigen.

Der vorliegende Band analysiert die ethischen Probleme der präklinischen Notfallversorgung, wobei sowohl auf die Situation der Patienten als auch der Einsatzkräfte eingegangen wird.

### **Feuerwehr-Jahrbuch 2000/01**

*Das Feuerwehrwesen in der Bundesrepublik Deutschland*  
DFV Medien GmbH,  
Koblenzer Straße 135-137,  
53177 Bonn

Die 35. Ausgabe der Jahresdokumentation des Deutschen

Feuerwehrverbandes (DFV) steht ganz im Zeichen des 27. Deutschen Feuerwehrtages in Augsburg. Die Publikation lässt in zahlreichen Beiträgen die Ereignisse nochmals Revue passieren.

Als Gastautoren konnten für das Jahrbuch prominente Politiker, unter ihnen Bundespräsident Johannes Rau, Bundesinnenminister Otto Schily und Ministerpräsident Edmund Stoiber gewonnen werden.

Bundespräsident Johannes Rau, Schirmherr des Feuerwehrtages, betont in seinem Grußwort die Rolle der Freiwilligen Feuerwehren: „Das Feuerwehr-Jahrbuch 2000/01 widmet sich vor allem dem 27. Deutschen Feuerwehrtag, der mir bei meinem Besuch in Augsburg ein beeindruckendes Bild von der Vielfalt des Feuerwehralltags vermittelt hat. Besonders hervorheben möchte ich die Rolle der Freiwilligen Feuerwehren.

Ohne sie wäre vor allem im ländlichen Raum wirksamer Brand- und Katastrophenschutz nicht vorstellbar. Ich begrüße dankbar das große ehrenamtliche Engagement, das hier sichtbar wird und ohne das unser Gemeinwesen ärmer wäre. Dieses Engagement ist nicht selbstverständlich, weil jeder Aktiver in der Freiwilligen Feuerwehr Belastungen im beruflichen wie im privaten Bereich in Kauf nimmt.“

Einen weiteren Schwerpunkt des Jahrbuches bildet die Vorstellung der Messehalle auf der „Interschutz“, in der sich die Mitglieder des DFV erstmals im Rahmen eines Feuerwehrtages gemeinsam präsentierten.

Wie bisher bieten die Rubriken „Organisation“, „Richtlinien“, „Adressen“ und „Statistik“ aktuelle Daten aus dem Feuerwehrwesen und sind auch in diesem Jahr eine wertvolle Informationsquelle nicht nur für die Feuerwehr.

## KOPF NUSS

### **So wird's gemacht:**

Das Lösungswort ergibt sich - in richtiger Reihenfolge - aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und senden Sie diese bis zum 30.06.2001 (Poststempel) an:

Bundesverwaltungsamt,  
Zentralstelle für Zivildschutz  
- Preisrätsel -  
Deutschherrenstraße 93-95  
53177 Bonn

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöscher
2. eine Löschdecke
3. ein Rauchmelder
- 4.-10. je ein Infopaket

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BVA und deren Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

Die Lösung des Rätsels aus Heft 1/2001 lautete:

### **F U E H R U N G**

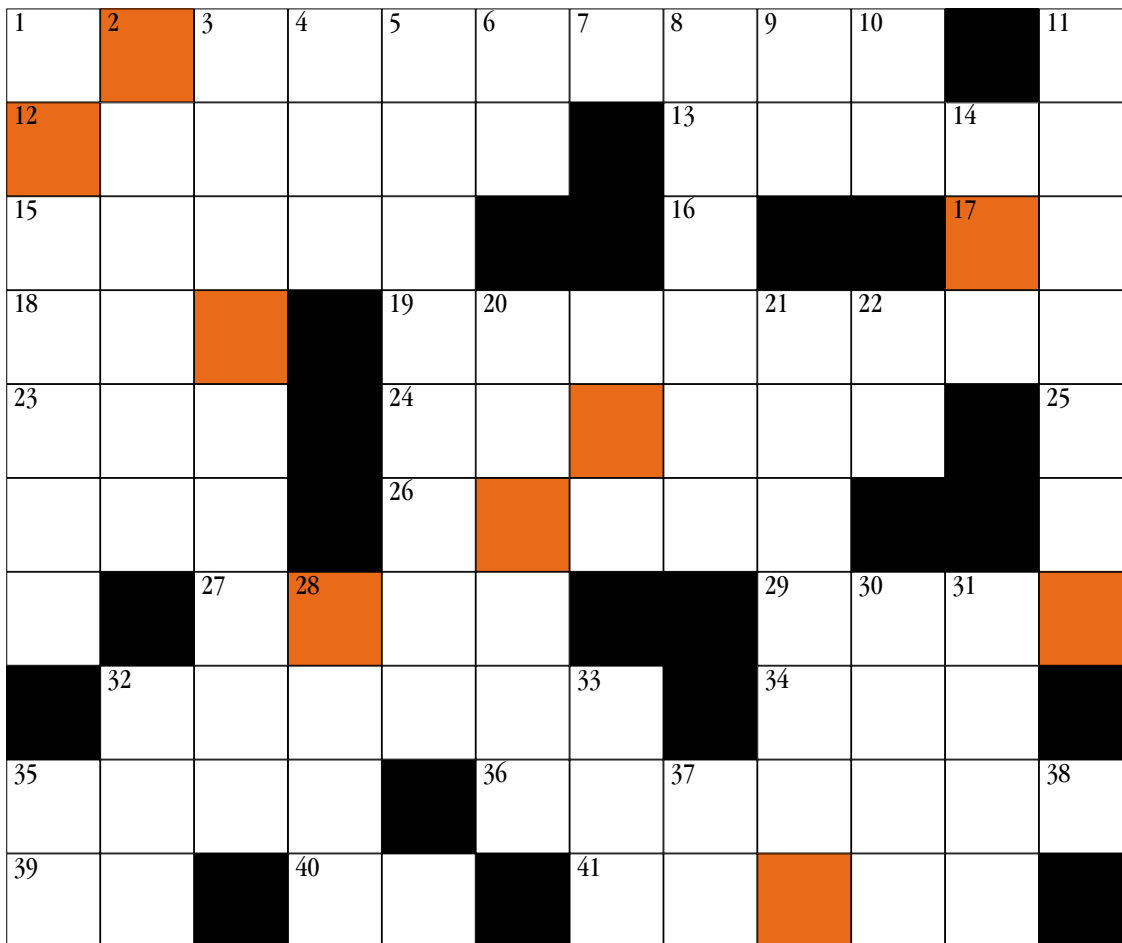
Als Gewinner wurden ermittelt:

1. Preis  
Manfred Junker  
Siegen
2. Preis  
Martin Weber  
Mainz
3. Preis  
Sven Janssen  
Idstein

Die übrigen Gewinner werden per Post benachrichtigt.



# Kopfnuss



KOPFNUSS

## WAAGERECHT:

- 1 Führung modern
- 11 Anziehende Induktion außerhalb von SI
- 12 Er brachte Kohlefäden zum Leuchten
- 13 Papa Noël braucht diese Unterlage für das radlose Gefährt
- 15 Diese englische Hafenstadt klingt wie ein dummer Komparativ
- 16 Dieses eingeritzte Zeichen versetzte manchen Mexikaner in Angst und Schrecken
- 17 Affiger Bestimmungsfaktor
- 18 Festliches Mahl ohne Anfang und Ende
- 19 Colani und Kollegen
- 23 Die Begum von Bangladesh
- 24 Is's Wasser? Nein.
- 25 Hinter diesem Buchstaben verschwinden Boot und Bahn
- 26 Macht den Graf und das Gramm kürzer
- 27 Imperativ, den Fred Bertelmanns Vagabund nicht brauchte
- 29 Der Engländer Lied
- 32 Stanzmaschine des Bürohengstes
- 34 Ob das,der, die, so weiß man's nie
- 35 So auf die Hand gib'ts demnächst vielleicht mehr Rabatt
- 36 Mancher hat sie angeblich im Kopf, diese schrumpfligen Trauben
- 39 Entweder Nobelmarke oder Massentransportmittel
- 40 Ausbildungsstätte für Ingenieure
- 41 Er kann dem Bären viel Honig ums Maul schmieren

## SENKRECHT:

- 1 Mit 'nem Teelöffel Zucker soll's besser schmecken
- 2 Hat er Aphrodite bezirzt oder war's umgekehrt?
- 3 So ist die Ebene mancher Fernsehrendsendung
- 4 Odin war einer und stand an der Spitze
- 5 Wenn der Knoten so ist, benötigt man ein Schwert
- 6 Sagt der Franzose, wenn es in ist
- 7 Sie stellen den HD
- 8 Gemäß Heino ist er blau
- 9 Senkrecht 6 auf den Kopf gestellt
- 10 Periode mit System, Hausnummer 22
- 11 Schräg geschnitten, passt trotzdem
- 14 Wurfspieß, durchgebrochen und falsch zusammengesetzt
- 20 Organische Verbindung wird mit h zur Frau
- 21 Göttliche Geheimnisse wissenschaftlich aufbereitet
- 22 Schluss und aus ohne Vokale
- 28 Hohe Zahl am Nürburgring
- 30 Ganz bestimmt nicht mit
- 31 Katastrophenfreek, malte z.B. Flusslandschaften im Schein der Feuersbrunst
- 32 Enzym, das Milch gerinnen lässt
- 33 Louis XIV oder Beamter in der Bundesverwaltung
- 35 Wer dieses am Auto führt, parkt meist billiger
- 37 1,852 Kilometer auf dem Wasser
- 38 Macht das Photo zum Elementarteilchen

# Terminkalender

## Termine 2001

**14.-17. Mai 2001:** Arbeitsschutzmesse A + A 2001  
Ort: Messe Düsseldorf

**23.-25. Mai 2001:** 12. Fachtagung „Luftrettung“  
Ort: Kongresshaus Berchtesgaden  
Info: www.adac.de

**24. Mai 2001:** Eröffnungsveranstaltung Feuerwehr-Aktionswoche  
Ort: Dietzenbach  
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

**24.-27. Mai 2001:** XIV. Internationale Feuerwehr-Sternfahrt  
Ort: Bruneck (Südtirol)  
Info: Organisationskomitee Sternfahrt, Dantestraße 16, I-39031 Bruneck

**1.-4. Juni 2001:** Landeszeltlager der THW-Jugend aus Nordrhein-Westfalen  
Ort: Köln, Jugendpark am Mülheimer Hafen.  
Info: e-Mail: Michael.Kretz@thw-koeln.de

**8.-10. Juni 2001:** 21. Bundeskongress Rettungsdienst mit „Fachforum Führungskräfte“  
Ort: Messe Nürnberg  
Info: Kuratorium zur Förderung der präklinischen Notfallmedizin e.V. Im Ermisgrund 20-24, 76337 Waldbronn, Tel.: (07243) 56 46-0

**10. Juni 2001:** 90 Jahre Berufsfeuerwehr Saarbrücken; Tag der offenen Tür.  
Ort: Feuerwache 1, Hessenweg 7, 66111 Saarbrücken

**15. Juni 2001:** Museumsfest  
Ort: Fulda  
Info: Deutsches Feuerwehrmuseum, St.-Laurentius-Straße 3, 36041 Fulda

**15. Juni - 15. September 2001:** Camp zur Waldbrandbekämpfung in Griechenland für 250 freiwillige Feuerwehrleute aus Deutschland und Österreich.  
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

**16. und 17. Juni 2001:** 150 Jahre Berliner Feuerwehr;  
Straßenfest am Potsdamer Platz

**16. Juni 2001:** „Alarmkorso 2001“ Fahrzeugparade mit historischen und modernen Feuerwehrfahrzeugen durch Berlin im Rahmen der 150. Jahrfeyer der Berliner Feuerwehr  
Info: www.bf150.de

**20.-28. Juli 2001:** CTIF-Feuerwehrwettkämpfe  
Ort: Kuopio (Finnland)  
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

**21.-29. Juli 2001:** „Fire & Fun“, Zeltlager für 1000 Jugendliche aus ganz Europa anlässlich 150 Jahre Berliner Feuerwehr in Berlin.  
Info: www.bf150.de

**29. August 2001:** Deutscher Jugendfeuerwehrtag  
Ort: Saarlouis  
Info: Deutsche Jugendfeuerwehr, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

**13.-15. September 2001:** Fachmesse „Florian 2001“  
Ort: Cottbus  
Info: Ortec Messe Dresden GmbH, Bertold-Brecht-Allee 24, 01309 Dresden

**1. Dezember 2001:** 4. Internationales Rettungshunde-Forum  
Ort: Messe Stuttgart  
Info: Wolfgang Straub, ASB-Rettungshundezug, Mauserstraße 20, 70469 Stuttgart

\*

**3.-5. September 2001:** Brandschutz-Seminare für Führungskräfte im Sicherheitsbereich  
Ort: Wadersloh  
Info: Gloria-Werke, Postfach 1160, 59321 Wadersloh

\*

**12.-13. Juni 2001:** Brand- und Explosionsschutz  
Ort: München  
Info: Haus der Technik e.V., Hollestraße 1, 45127 Essen

## Termine 2002

**26. Januar 2002:** 12. Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften  
Ort: Hinterzarten  
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

## IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:  
Postfach 20 03 51, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivilschutz, Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:  
Bundesverwaltungsamt,  
Zentralstelle für Zivilschutz  
Internet: <http://www.bva.bund.de>  
E-Mail: [redaktion@bzs.bund400.de](mailto:redaktion@bzs.bund400.de)

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur: Hans-Walter Roth  
Telefon (02 28) 940-1100

Redaktion: Tel. (0228) 940-1164  
Rainer Schramm 940-1151  
Alexander Krapf 940-1105  
Telefax (02 28) 940 - 2981

Layout: Astrid Öhlschläger  
Alexander Krapf

Druck, Herstellung und Vertrieb:  
Werbedruck GmbH  
Horst Schreckhase  
Postfach 1233  
34283 Spangenberg  
Telefon (0 56 63) 94 94  
Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50  
Abonnement jährlich DM 14,-  
zzgl. Porto und Versandkosten.  
Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

### Heute: Krankentransportwagen (KTW) des LSHD

Die ehemaligen Sanitäts- beziehungsweise Krankentransportzüge des Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) und des Katastrophenschutzes (KatS) verfügten über Krankentransportwagen unterschiedlicher Typen. Eines der ersten Fahrzeuge dieser Art war der Ford Transit FK 1000, lackiert in RAL 7008 (oliv, LSHD) oder RAL 1014 (elfenbein, KatS). Die optische Kennzeichnung der Fahrzeuge bestand in der Regel aus dem KatS-Zeichen an den Türen (ZB oder ZS), später individuell ergänzt durch Embleme der jeweiligen Organisation (z.B. DRK).

### Das Modell

Die Firma Roco liefert ein weitgehend vorbildgerechtes Modell des KatS-Krankentransportwagens. Unter der Bestellnummer 1645 findet sich das khakifarbene LSHD-Fahrzeug (KTW), darüber hinaus ein elfenbeinfarbiges Modell (KTW) und unter der Bestellnummer 660 (Militär-Programm) zum Beispiel gar ein neutraler „Bus“, letzterer allerdings ohne die Verblendung der Scheiben im Transportraum. Alle KTW-Modelle könnten im Prinzip unbearbeitet in den Modell-Fahrzeugpark übernommen werden, eine detaillierte Ergänzung allerdings macht sie zu kleinen Schmuckstücken.

Empfohlen wird eine khaki- oder elfenbeinfarbige Gesamtlackierung über alles (einschließlich Stoßstangen und Radkappen). Zuvor ergänzt werden sollte - je nach Vorbild - die Organisationsleuchte



Aus dem historischen Archiv: KTW des MHD Stuttgart mit Nebelleuchten, Organisationsleuchte und Schutzbügel.



Das Modell in 1:87/H0, hier ohne die o.g. Details.

vorn auf dem Fahrzeugdach (z.B. Roco-Zubehör, kleine Roco-Blaulichter sind ebenfalls geeignet für die größere Version der Leuchte) und die Nebelscheinwerfer (Roco-Zubehör, z.B. sind runde Rückspiegel geeignet) unterhalb der Fahrscheinwerfer. Andere Vorbildfahrzeuge verfügen über Schutzbügel für das Rundum-

licht (Preiser-Zubehör). Ansonsten verbleibt die übliche Farb- und Beschriftungsdetailierung: Rückspiegel und Türgriffe silber, Blinker orange, Rückleuchten rot, Nebelscheinwerfer gelb. Embleme aller Organisationen (auch BS und ZS) stehen von Preiser, Roco und Müller (Siegen) zur Verfügung.

## INTERNATIONALES JAHR DER FREIWILLIGEN 2001



### Aufruf zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“

Das Jahr 2001 wurde im November 1997 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ ausgerufen. Rund 22 Millionen Menschen sind in der Bundesrepublik ehrenamtlich tätig. Viele dieser „Ehrenamtlichen“ sind im Bereich des Katastrophenschutzes engagiert. Sei es bei den freiwilligen Feuerwehren, beim Technischen Hilfswerk oder einer der Hilfsorganisationen, -sie alle könnten ihren wichtigen Auftrag nicht erfüllen, gäbe es die freiwilligen Helfer nicht. In jeder dieser Organisationen gibt es Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen, die wie ein Schrittmacher das Leben in der Organisation positiv bestimmen. Jeder unserer Leser kennt mit Sicherheit einen dieser Idealisten.

Die Redaktion des Magazins bittet deshalb die Organisationen, aber auch Einzelpersonen, uns die Geschichte eines oder einer Ehrenamtlichen mit besonderen Verdiensten zur Veröffentlichung zu überlassen. Der Beitrag sollte zwei bis vier DIN A4-Seiten umfassen. Zusätzlich können noch Fotos mitgeliefert werden. Veröffentlichte Texte und Bilder werden honoriert. Die Adresse der Redaktion steht im Impressum auf der Seite 56 dieses Heftes.

(Titelfoto: ASB / Foto oben: DLRG)